



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Rechtspopulismus. Wahlkämpfe der FPÖ 2006  
im Vergleich zur SVP 2007 in der Schweiz

Verfasserin

Kristina Terplak

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im November 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>7</b>
<b>2</b>	<b>Populismus- Rechtspopulismus .....</b>	<b>10</b>
2.1	Der Begriff Populismus .....	11
2.2	Populismus in der historischen Dimension .....	15
2.2.1	die Populists in den USA .....	16
2.2.2	Die russischen Narodniki .....	18
2.2.3	Europäische Bauernbewegungen.....	19
2.3	Die Funktionsweisen von Populismus .....	20
2.3.1	Methoden populistischer Rhetorik .....	21
2.4	Der Begriff Rechtspopulismus .....	23
2.4.1	Allgemeine Kennzeichen des Rechtspopulismus .....	25
2.4.2	Ideologie des Rechtspopulismus.....	26
2.5	Themen und Kriterien des Rechtspopulismus .....	28
2.5.1	Anti- Immigrationspartei.....	28
2.5.2	Anti-Globalisierungspartei .....	29
2.5.3	Law-and-order-Partei.....	29
2.5.4	Anti-EU Partei.....	30
2.5.5	Partei des Antiamerikanismus .....	31
2.5.6	Partei der sozialen Gratifikationen.....	32
2.6	Der Begriff des Rechtsextremismus/Rechtsradikalismus .....	33
<b>3</b>	<b>Populismus der FPÖ .....</b>	<b>35</b>
3.1	„Lagertheorie“ nach Adam Wandruszka .....	35
3.2	Gründung und Entwicklung der FPÖ .....	41
3.3	Heinz-Christian Strache und die FPÖ.....	49
3.4	populistische Mechanismen und Rhetorik der FPÖ.....	51
<b>4</b>	<b>Die Nationalratswahl der FPÖ 2006.....</b>	<b>58</b>

4.1	Die Nationalratswahlkampagne der FPÖ- Wahlstrategien, Wahlthemen und Wahlplakate.....	61
4.1.1	Techniken und Mittel der Werbekampagne der FPÖ.....	68
4.1.2	Stärken und Schwächen der FPÖ .....	70
4.2	Wahlergebniss und Wählermotive der FPÖ.....	72
<b>5</b>	<b>Die Nationalratswahl der Schweizer Volkspartei (SVP) 2007.....</b>	<b>75</b>
5.1	Die Schweizer Volkspartei (SVP) .....	76
5.1.1	Gründung und Entwicklung der SVP .....	78
5.1.2	Christoph Blocher und die SVP .....	81
5.1.3	Populistische Mechanismen der SVP.....	84
5.2	Die Nationalratswahl der SVP 2007 .....	86
5.3	Die Nationalratswahlkampagne der SVP- Wahlstrategie, Wahlthemen und Wahlplakate.....	89
5.4	Wahlergebniss und Wählermotive der SVP .....	94
<b>6</b>	<b>Conclusio .....</b>	<b>97</b>
<b>7</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>104</b>
<b>8</b>	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis.....</b>	<b>107</b>
<b>9</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>114</b>
A.1	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	114
A.2	Abstract.....	118
A.3	Lebenslauf .....	119

Geschlechtsneutrale Schreibweise:

Für eine leichtere Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die explizite geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet. Hierfür wird als Vereinfachung stellvertretend für beide Geschlechtsformen die jeweils kürzere Schreibweise angewendet.

## Danksagung

Ganz besonderer Dank gilt meinem Vater Josef F. Terplak, der mich während meines Studiums immer unterstützt und motiviert hat. Auch wenn es nicht immer leichte Zeiten waren die ich durchleben musste, mein Vater ist bei all meinen Entscheidungen immer hinter mir gestanden.

Ich möchte mich auch sehr bei meinem Freund Günther bedanken. Besonders für seine Motivation und Geduld, während der Zeit meines Studiums, aber auch während der Zeit wo ich meine Diplomarbeit verfasst habe, da ich weiß, dass er es nicht immer leicht mit mir gehabt hat.

Für ihre außerordentliche Hilfe und die ständigen Ratschläge die sie immer für mich hatte, möchte ich mich besonders bei meiner Freundin Sylvia bedanken. Danke sage ich auch meinen Freunden Markus, Kati, Barbara und Kerstin.

Besonderer Dank gilt auch meinem Diplomarbeitbetreuer Herrn Univ.-Doz. Dr. Wimmer, der für meine Anliegen immer Zeit fand und mich während des ‚Schaffungsprozesses‘ laufend mit Ratschlägen unterstützt und motiviert hat.

Ein danke auch an Frau Dr. Nina Petauer für ihre Hilfe, Ratschläge und Motivation.



# 1 Einleitung

Das Thema Populismus spielt seit vielen Jahren eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen vor allem die mit dem Etikett als populistisch versehenen Parteien, welche sich in Europa etabliert haben. Sei es durch ihre beachtlichen Wahlerfolge, durch ihre gewachsenen Stimmenanteile oder als wichtige, ernstzunehmende und aktive politische Akteure. Im Mittelpunkt meiner Arbeit steht jedoch der Begriff des Rechtspopulismus. Es ist aufgefallen, dass es viele unterschiedliche Definitionen und Erscheinungen in Bezug auf den Begriff des Populismus gibt. Diese Erscheinungen sollten in zeitlicher, räumlicher und sachlicher Hinsicht eingegrenzt werden. Eine solche Eingrenzung leistet der Rechtspopulismus. Seine politische Orientierung richtet sich nach rechts. Ein überwiegender Teil der Forschung steht dem Begriff des Rechtspopulismus noch heute skeptisch gegenüber. So lehnen manche Autoren den Begriff unspezifisch ab und präferieren Bezeichnungen wie „rechtsextrem“ oder „rechtsradikal“.

Seit ca. Mitte der 80er Jahre beherrscht das Phänomen des neuen Rechtspopulismus nun bereits die politische Arena in zahlreichen europäischen Ländern, vor allem jedoch in Westeuropa. Da ein länderübergreifender Prozess im Hinblick auf den Rechtspopulismus festgestellt werden konnte, tauchten mit der Zeit wesentliche Merkmale des Rechtspopulismus auf. Während das Phänomen des Rechtspopulismus am Anfang noch eher unbedeutend war, konnten die rechtspopulistischen Parteien in relativ kurzer Zeit ansteigende Erfolge erzielen.

Da ich mich während meines Studiums immer sehr für vergleichende Politik interessiert habe, sollte auch meine Diplomarbeit einen vergleichenden Teil enthalten. Die Gründe warum ich für diese Arbeit gerade die FPÖ und SVP ausgewählt habe liegen darin, dass während den Nationalratswahlen 2006 in Österreich und den Nationalratswahlen

2007 in der Schweiz sowohl die FPÖ als auch die SVP in ihrer Wahlwerbung markante Sprüche, als auch aggressive Wahlwerbung geführt haben. Diese sorgten innerhalb der Bevölkerung für Aufruhr. So hatte zum Beispiel die SVP auf ihrem Wahlplakat 3 weiße Schafe und ein schwarzes Schaf abgebildet, dieses schwarze Schaf sollte einen kriminellen Ausländer darstellen und die weißen Schafe treten das schwarze Schaf quasi aus dem Land. Aber auch die FPÖ mit ihren Wahlslogans „Daham statt Islam“, „Deutsch statt nix“ verstehen, sorgten für Aufregung. Für beide Parteien stand der Begriff „Ausländer“ im Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne.

Vor diesem Hintergrund möchte ich in meiner Arbeit zu folgenden Fragestellungen eine Antwort finden:

- Welche Wahlthemen und Wahlstrategien haben die FPÖ und die SVP angewendet um ihre Wähler mobilisieren zu können?
- Mit welchen Mitteln haben die FPÖ und die SVP versucht wahlzuwerben?
- Haben die FPÖ und die SVP anhand ihrer Plakate und Wahlkampagnen versucht, sich als jene Partei zu positionieren, die den Ängsten der Bürger entgegenwirken sollen?
- Welche Parallelen und Kontroversen weisen diese beiden Parteien auf?

Der Aufbau meiner Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel: Am Beginn dieser Arbeit steht zunächst eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des (Rechts-) Populismus. Da der Populismusbegriff viele unterschiedliche Varianten von Definitionen aufweist, werde ich zuerst versuchen das Begriffsverständnis auf einen Nenner zu bringen. Danach wird der Populismusbegriff in der historischen Dimension genauer beleuchtet werden. Da der Populismus auch zum politischen Handeln dient, soll weiter dargestellt werden, dass dieses politische Handeln darauf



gerichtet ist, mit der Zeit zu versuchen ein Mobilisierung der Wählerschaft herzustellen, um diese mit einfachen und emotionalen Botschaften erreichen zu können. Da im Mittelpunkt meiner Arbeit der Begriff des Rechtspopulismus steht, wird sich danach ein überwiegender Teil dieses Kapitels mit diesem beschäftigen.

Im anschließenden dritten Kapitel soll zuerst kurz die Parteigeschichte der FPÖ angeführt werden. Weiters steht der Populismus der FPÖ im Mittelpunkt meiner Untersuchung. Angeführt werden hier die unterschiedlichen populistischen Mechanismen und Rhetoriken der Partei, welche angewendet werden um ihr Wahlvolk erfolgreich ködern zu können. Weiters wird im vierten Kapitel die Nationalratswahl der FPÖ 2006 angeführt. Im Vordergrund stehen hier ihre Wahlstrategien, Wahlkampagnen und Wahlplakate zu analysieren. Da gerade ihre Wahlplakate für Aufregung gesorgt haben, sollen diese auch dargestellt werden.

Im fünften Kapitel wird im Vergleich zur Nationalratswahl der FPÖ 2006, die Nationalratswahl der SVP 2007 angeführt. Ein Unterkapitel beschäftigt sich jedoch auch hier sowohl mit der Gründung und Entwicklung der Partei als auch mit ihrem Versuch der populistischen Rhetorik. Weiters werden auch hier die Wahlplakate der SVP angeführt und analysiert werden. Das Kapitel dient dazu einen Vergleich der beiden Parteien darzustellen, welcher meiner Meinung nach vorhanden ist. Hier sollen die Nationalratswahl 2006 der FPÖ und die Nationalratswahl 2007 der SVP im Vordergrund stehen.

Es soll auch versucht werden die Parallelen und Kontroversen dieser beiden Parteien anzuführen. Das Kapitel sieben „Ausblick“ soll nur ganz kurz auf die Zukunftsperspektiven dieser beiden Parteien eingehen.

## 2 Populismus- Rechtspopulismus

Bereits im Jahre 1986 formulierte in einem Sammelband Helmut Dubiel „Ein Gespenst geht um die Welt- Populismus“, unter verfremdeter Verwendung eines bekannten Topos, nämlich das Gespenst das Karl Marx vor fast 140 Jahren beschwor.“<sup>1</sup> Bis heute ist dieses scheinbare „Gespenst“ nicht verschwunden. So heißt es zu Beginn des 21. Jahrhunderts, vor allem im deutschsprachigen Raum „Ein Gespenst geht um in Europa- der Rechtspopulismus.“<sup>2</sup>

Der Rechtspopulismus als eine gesellschaftliche Erscheinung hat vielseitige Gründe. Zum einen aufgrund der Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, welche gekennzeichnet werden durch die Begriffe „ökonomische Globalisierung, informatisierte Dienstleistungsgesellschaft und Individualisierung.“<sup>3</sup> Ein weiterer Grund ist auch der Einfluss der Massenmedien „auf das politische Geschehen, die den Erfolg von Politik mitunter in Abhängigkeit von der marktgerechten Vermittlung ihrer Inhalte setzt.“<sup>4</sup> Im Mittelpunkt dieser rechtspopulistischen Parteien stehen nicht die Lösung für komplexe Probleme im politischen Geschehen, sondern vielmehr werden „Tabuverletzungen und Polarisierung als dominierendes Mittel im politischen Diskurs eingesetzt.“<sup>5</sup> Nicht die Bürgerbeteiligung steht hier im Vordergrund, sondern der Versuch der Auflösung der demokratischen Demokratie.

Zu beobachten ist, dass in West- und Osteuropa eher Formen des Rechtspopulismus vorherrschen, während zum Beispiel in Nord- und Südamerika der Populismus sowohl linke als auch rechte Formen aufzeigt.

---

<sup>1</sup> Helmut Dubiel (1986): Das Gespenst des Populismus. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/Main, S.33-50.

<sup>2</sup> Hans-Georg Betz (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In ÖZP 2002/3, S.251-264.

<sup>3</sup> Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S.9.

<sup>4</sup> Ebenda, S.9.

<sup>5</sup> Ebenda, S.9.

Während Populisten in den unterschiedlichsten Ländern zur Normalität gehören, wenn sie im politischen Geschehen mitmischen, sieht dies in Europa anders aus. In Europa wirft das Erscheinen der Populisten Kontroversen hervor. Nachdem in Frankreich zum Beispiel in den 80iger Jahren der Rechtspopulist „Le Pen“ Erfolge durchkämpfen konnte, kam im Jahre 1994 sogar der Populist Silvio Berlusconi an die Spitze der Regierung. Zu innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen führte die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000. Durch das Protestwählerpotenzial bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1999 und Brandenburg 2001 und durch die Regierungsbeteiligung der Schill-Partei in Hamburg erzielte dieses Thema auch an Aktualität in Deutschland.<sup>6</sup>

Der Begriff des Populismus ist nach wie vor in den verschiedensten Verwendungszusammenhängen zu finden. Sowohl in politischen als auch in publizistischen und wissenschaftlichen Debatten kommt dieser Begriff zum Vorschein, jedoch fehlt oft die grundlegende Erörterung für das Begriffsverständnis.<sup>7</sup> Hans-Jürgen Puhle resümiert und bringt das Problem auf den Punkt: „Der Begriff steht ungenau, schillernd und impressionistisch im Raum...“, die Literaten und die Leser intellektueller Blätter, vielleicht sogar manche Politiker, meinen irgendetwas zu wissen.“<sup>8</sup>

## **2.1 Der Begriff Populismus**

Was ist Populismus? Die heutige Auseinandersetzung mit populistischer Politik, vor allem im Mittelpunkt die Theoriebildung und Definitionsversuche des Begriffs, befinden sich heute noch in der Phase der Forschung. Der Populismusbegriff kann nicht kurz und bündig

---

<sup>6</sup> Vgl. Nikolaus Werz (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S.8.

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Jürgen Puhle (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S.15-43.

<sup>8</sup> Ebenda, S.12.

beantwortet werden, da dieser viele verschiedene Varianten aufweisen kann.

Im Lexikon der Politikwissenschaft definieren die Politikwissenschaftler Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze den Begriff des Populismus folgendermaßen: „mehrdeutig verwendeter Begriff extrem unterschiedlicher Bewertung. Er dient allg. als Bezeichnung für eine negative bewertete Politik, die sich in der Gier nach Zustimmung von Seiten des Volkes demagogischer Parolen bedient, dem Volke nach dem Munde redet, an Instinkte appelliert und einfache Lösungen propagiert sowie verantwortungsethische Gesichtspunkte weitestgehend außer acht lässt. Positiv bewertet eine Politik, die die Probleme der kleinen Leute ernst nimmt, sie artikuliert und sich in direkter Kommunikation mit dem Volk vollzieht.“<sup>9</sup>

Populismus ist nicht nur ein politischer sondern seit den 60iger Jahren auch ein politikwissenschaftlicher Begriff. „Der lateinische Wortstamm „populus“ bedeutet Volk, Bevölkerung. Die latinisierte griechische Endung –ismus zeigt eine Generalisierung an und zwar im Sinne einer ständigen oder intensiven Betätigung.“<sup>10</sup> Die Wortendung –ismus drückt einen abstrakten Zweck, Richtung oder Einstellung aus.

Das Wort Populismus kann sowohl eine negative als auch eine positive Bedeutung haben. Der negative Populismus bedient sich manipulativen, beeinflussenden und werbenden Parolen, um den Zuspruch vom „Volk“ zu bekommen. Der positive Populismus versucht die Probleme der Bevölkerung ernst zu nehmen und zu artikulieren.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> Dieter Schultze/Rainer-Olaf Nohlen (2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München, S. 749.

<sup>10</sup> Rupert Breitling (1987): Populismus. In: Anton Pelinka (Hrsg.): Populismus in Österreich. Wien, S.27.

<sup>11</sup> Vgl. Martin Reisinger (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus. Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Lars Frölich-Steffen/Susanne Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S.51-52.

Manche Autoren sehen den Populismus bis heute inhaltlich nicht klar festgelegt und stellen fest, dass das Gemeinte und Assoziierte weiterhin diffus und widersprüchlich bleibt und so nur sehr schwer auf den Punkt zu bringen ist.

Den Versuch, Populismus auf einen Punkt zu bringen, hat der Politikwissenschaftler Werner W. Ernst durchgeführt. Er führt bestimmte Merkmale, Phänomene, Charakterzüge und Eigenschaften des Populismus an, welche er zusammengefasst als das „Populismus-Syndrom“ definiert<sup>12</sup>:

*Eine mystische, religiöse Vereinigung mit der Masse, dem „Volk“*

Der Populismus spricht mit einer einzigen Stimme und weist sozusagen Partikularinteressen zurück. Im politischen Meinungs-austausch ist das Volk ein konformer Faktor. Der Populist gleicht seinen Willen des Volkes gleich. Zentrales Element ist der Aufruf und die Berufung auf „das Volk“ die so genannte „Stimme des Volkes“.<sup>13</sup>

*Gegnerschaft zum Establishment:*

Der Populismus richtet sich gegen „die da oben“, das heißt gegen die politische und gesellschaftliche Elite, da diese gegen die Interessen des Volkes handeln. Er richtet sich hier vor allem gegen die staatlichen Institutionen und dem Staat, gegen Bürokratie, gegen Finanzherrschaft und gegen die so genannten Cliquenwirtschaft.<sup>14</sup>

*Ausgeprägter Hang zu Selbstgerechtigkeit und moralischer Tyrannei (die „Guten“ und die „Schlechten“):*

---

<sup>12</sup> Vgl. Werner Ernst (1987): Zu einer Theorie des Populismus. In: Pelinka, Anton (Hrsg.): Populismus in Österreich. Wien, S.10.

<sup>13</sup> Vgl. Martin Reigl (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus. Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Lars Frölich-Steffen/Susanne Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S.149.

<sup>14</sup> Vgl. Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S.50.

„Tugend wird nur bei den einfachen Leuten, den Menschen von der Straße vermutet, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildeten und der Traditionen in Ehren gehalten bleiben müssten.“<sup>15</sup> Das Volk ist sozusagen „tugendhafter“ als die Regierenden.

*Die Modernisierungstendenzen werden als apokalyptische (Alp-)Träume erfahren:*

Werner Ernst führt an, das neue Formen von Wissenschafts- und Technik eine gewisse Feindschaft erfahren.

*Anlehnung an real existierende diffuse Einstellungen und Vorurteile:*

In diesem Zusammenhang spricht Ernst von „Ressentiments“, „die ein tiefsitzendes Unbehagen mit der herrschenden Politik beschreiben.“<sup>16</sup> Das heißt, dass Volk wird sozusagen von der Macht im politischen System ausgeschlossen. Der Populismus versucht, durch einer Herstellung von Feindbildern, auf das Allgemeinwohl der Völker einzugehen. Er rekrutiert Gegen-Gefühle, welche zu Rechthaberei und Fremdenhass führen können.<sup>17</sup>

Populisten tendieren in der Regel also dazu, die Gesellschaft und die Politik „nicht in den Kategorien horizontaler gesellschaftlicher „cleavages“ (Geschlecht, Generation, Klasse, Religion etc...) zu sehen. Im Mittelpunkt steht die Kategorie einer vertikalen Dichotomie- „wir da unten, ihr da oben.“<sup>18</sup>

Populismus wird von einigen Autoren auch als Ideologie eingestuft. Jedoch fehlt es im Unterschied zu anderen Ideologien an Ansichten wie Gleichheit, Freiheit oder soziale Gerechtigkeit und an zentralen Werten.

---

<sup>15</sup> Werner Ernst (1987): Zu einer Theorie des Populismus. In: Anton Pelinka (Hrsg.): Populismus in Österreich. Wien, S.12.

<sup>16</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S.51.

<sup>17</sup> Vgl. Ebenda, S.51.

<sup>18</sup> Anton Pelinka (2005): Die FPÖ: eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Lars Frölich-Steffen/Susanne Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S.89.

Versucht man das Begriffsverständnis von Populismus der unterschiedlichsten Politikwissenschaftler, Sozialwissenschaftler, etc...auf einen Nenner zu bringen, erlangt man folgendes Ergebnis:

Populistische Bewegungen wenden sich an das „einfache Volk“ im Gegensatz zu den Eliten. Im Mittelpunkt dieser Bewegungen stehen nicht bestimmte Schichten, Klassen oder Berufsgruppen. Sie sind gegen das so genannte Establishment.

Die Populisten sehen das Wohl der Bevölkerung am meisten bedroht durch Wirtschaft und Politik, staatlichen und privaten Bürokratien, anderen Parteien, Parlamenten und anderen Vermittlungsgremien zwischen Volk und Regierung. Das Bild der Populisten von der Gesellschaft ist dichotomisch und das Feindbild sehr real. Das Verhältnis der Populisten zum Staat ist sehr kompliziert, denn einerseits soll der Staat für das Gemeinwohl der Bevölkerung sorgen und auf der anderen Seite soll er selbst keine organisierten Strukturen bilden und im Hintergrund bleiben.<sup>19</sup>

Bemerkenswert sind die vielen unterschiedlichen Bilder des Phänomens des Populismus. Vor allem drei Traditionslinien sind es, welche den neueren Populismus geprägt haben. Diese drei Traditionslinien sollen nun genauer angeführt werden.

## **2.2 Populismus in der historischen Dimension**

Wenn man vom klassischen historischen Populismus spricht, so gehen die modernen Populismen des 20. Jahrhundert in wesentlichen auf drei unterschiedliche Wurzeln zurück: als Erstes ist die populistische Bewegung in den USA des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts zu nennen, die zweit größere populistische Bewegung sind die russischen Volkstümler „narodniki“ und die Dritten sind in der Tradition direkter, unvermittelter Demokratie seit der Französischen Revolution, in

---

<sup>19</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S.50-51.

Ostmitteleuropa waren dies vor allem Bauernbewegungen. Diese drei Ausgangspunkte haben relativ wenig miteinander zu tun.<sup>20</sup>

### **2.2.1 die Populists in den USA**

Wenn man in den USA über „populism“ spricht, dann sind jene Farmerbewegungen gemeint, die nach dem Ende des Bürgerkrieges entstanden sind und dadurch zu einem wichtigen Faktor in der US-Innenpolitik wurden.<sup>21</sup>

Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg wurden die Siedler von der deflationistischen Währungspolitik verfolgt. Diese Zustand hatte eine fatale Entwicklung für die Farmer zur Folge, da diese weniger Dollar für Ihre Agrarprodukte erhielten. Die Städte wurden immer mächtiger, so auch die Monopole und Kreditinstitute.

Schließlich kam es zur Gründung der „Farmers´ Alliance“, welche versucht hat auf die Interessen der Farmer einzugehen. Jedoch gingen diese schon bald zu einem aktivem politischen Protest über.<sup>22</sup>

Da die beiden großen Parteien Demokraten wie Republikaner versuchten, sich gegen die populistischen Bewegungen zu stellen, beschloss die Farmers´Alliance im Jahre 1890, sich bei den Wahlen aufzustellen. Aus diesem Anlass gründeten sie die People´s Party auch Populist Party genannt. „Mit Forderungen wie der Erhebung einer progressiven Einkommensteuer, der Errichtung eines öffentlichen Postbanksystems und der Verstaatlichung der Eisenbahn- und Telekommunikationskonzerne konnten die Kandidaten der Populisten in eineigen Präsidentschafts- und

---

<sup>20</sup> Vgl. Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S 8-10.

<sup>21</sup> Vgl. Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S. 35.

<sup>22</sup> Vgl. Frank Decker (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 40.



Kongresswahlen beachtliche Erfolge erlangen und sogar die Gouverneure in einigen Bundesstaaten stellen.“<sup>23</sup>

Sowohl die Farmers' Alliance als auch die People's Party wiesen die wesentlichen Eigenschaften populistischer Bewegungen auf und hatten aus diesem Grund eine positive Wirkung auf die Farmerfamilien. Das heißt sie besaßen ein idealisiertes Volksverständnis. Sie vertraten den Anhaltspunkt, dass eine „agrarische Demokratie“ wieder hergestellt werden sollte, jedoch auch durchaus „janusgesichtig“<sup>24</sup>: „Sie konnten hinterwäldlerisch, autoritär, sektiererisch-fundamentalistisch und antisemitisch sein und gleichzeitig progressive Sozialreformer und Basisdemokraten. Sie waren aber keine Sozialrevolutionäre oder Sozialdemokraten.“<sup>25</sup>

Nach der Jahrhundertwende entschwanden die populistischen Farmerbewegungen von der Bildfläche. Als Ursache für den Niedergang nennt Puhle „die abnehmende Protestbereitschaft der Agrarier während es Konjunkturaufschwungs zwischen 1897 und 1920.“<sup>26</sup> Viele ihrer Ziele wurden von den beiden großen Parteien Demokraten und Republikanern übernommen und teilweise auch realisiert.

Unterzieht man den amerikanischen Populismus einer Gesamtbetrachtung, weist dieser im 19. Jahrhundert eine zwar etwas kurzlebige, aber eine sehr komplexe Entwicklung auf.

---

<sup>23</sup> Frank Decker (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 41.

<sup>24</sup> Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S. 9.

<sup>25</sup> Hans-Jürgen Puhle (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S.19.

<sup>26</sup> Ebenda, S.21.

## 2.2.2 Die russischen Narodniki

Als zweites relevantes Phänomen werden neben den amerikanischen Populisten die russischen Narodniki, zu Deutsch: Volkstümler oder Volksfreunde genannt. Im Gegensatz zu den amerikanischen Bewegungen waren diese keine Massenbewegungen „von unten“, sondern in diesem Fall handelte es sich um eine Gruppe städtischer Intellektueller. Sowohl mit sozialrevolutionären als auch mit agrarideologischem Gedankengut versuchten diese eine Unterstützung der Völker zu erlangen.<sup>27</sup> Die russischen Narodniki richteten sich gegen den Kapitalismus insgesamt und wollten „die agrarischen Traditionen der alten Agrargesellschaften wiederherstellen, von denen sie eine Art natürliche Harmonisierung der Interessen erwarteten (...) Man berief sich nicht auf Jefferson, sondern auf Rousseau, Herder und Adam Müller, die Urväter romantisierender Agrarideologien in Europa.“<sup>28</sup> Im Mittelpunkt dieser populistischen Bewegungen standen nicht die kleinkapitalistischen Farmer, sondern „die traditionellen russischen Bauern, inzwischen zwar individuell bereit, aber nach Moral und Sitte fest im Land und in der kleinen Dorfgemeinschaft verwurzelt, deren alte, unverdorbene Werte er garantierte.“<sup>29</sup>

Die russischen Intellektuellen lösten sich vom wirtschaftlichen und politischen Establishment, führten Protestbewegungen durch, bekämpften radikal den Kapitalismus und versuchten gegen das zaristische System zu agieren. Hier zeigt sich, dass die russischen Volkstümler wesentlich radikaler agierten als die amerikanischen Populisten. Im Gedächtnis der Narodniki standen die Zerstörung des Staates und die Zentrierung der Gesellschaft im Vordergrund.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. Frank Decker (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S.42.

<sup>28</sup> Nikolaus Werz (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S. 22.

<sup>29</sup> Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S.11.

<sup>30</sup> Vgl. Nikolaus Werz (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S.22-23.

Auf den ersten Blick scheinen die Forderungen der russischen Narodniki der amerikanischen Populisten zu ähneln. Aber im Unterschied zu den USA, wo die Farmerbewegungen sozusagen für sich selbst sprachen, sind die Wortführer in Russland die städtischen Intellektuellen. Auch die Anschauungen der russischen Bewegungen sind wesentlich radikaler. In Amerika richteten sich die Farmer nicht direkt gegen das Wirtschaftssystem. Im Gegensatz dazu lehnten die Narodniki den Kapitalismus „radikal“ ab.<sup>31</sup>

### **2.2.3 Europäische Bauernbewegungen**

Neben den beiden größeren Bewegungen zeigten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts oft auch andere populistische Gruppierungen, die als Bauernbewegungen und Bauernparteien verstanden wurden. Diese kamen zwischen den beiden Weltkriegen in Ostmitteleuropa und des Balkans zum Vorschein. In der Regel waren diese Parteien sehr stark von den russischen Volkstümlern geprägt worden, vertraten ein verhältnismäßig identisches soziales Milieu, welches sie imstande waren zu mobilisieren. Sie versuchten eine konservativ- agrarische Politik zu vertreten.<sup>32</sup> Manche Bauernbewegungen wiesen große Ähnlichkeiten mit faschistischen Parteien auf. In den Entwicklungsländern zeigten diese populistischen Gruppierungen starke „anti-imperialistische, sozialrevolutionäre und reformerische Züge.“<sup>33</sup>

Die Frage stellt sich, warum genau diese europäischen Bewegungen als populistisch bezeichnet wurden. Die charakteristischen Merkmale zeigten sich erstens aufgrund der großen Abneigung gegen das so genannte Establishment, zweitens richtete sich ihr Anliegen direkt an das Volk und

---

<sup>31</sup> Vgl. Ebenda, S.23.

<sup>32</sup> Vgl. Ebenda, S.23-25

<sup>33</sup> Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S.10.

drittens wurde dieses „Volk“ als homogene Einheit betrachtet und so vor die herrschenden Elite gestellt.<sup>34</sup>

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Botschaft der Populisten bereits in der Geschichte verbreitet wurden. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen immer „die Anderen“, welche Schuld am Niedergang haben. Gemeint sind hier die Kapitalisten, die Politiker, etc...Diese haben sozusagen das Volk entfremdet und in gewisser Weise verraten. Doch nun erscheinen diese Bewegungen, welche sozusagen genau wissen was das „Volk“, die Öffentlichkeit wirklich will. So kann der Populist für oder gegen den Staat sein, auch für oder gegen den Kapitalismus sein und links oder rechts orientiert sein. Populistische Bewegungen wenden sich an die „einfachen Leute“ und verteidigen so die „Kleinen“ gegen die so genannten „Großen“.<sup>35</sup>

### **2.3 Die Funktionsweisen von Populismus**

Die Frage stellt sich wie Populismus eigentlich funktioniert? Populismus dient zum politischen Handeln von Politikern und politischen Parteien. Das politische Handeln ist eine Form, welches darauf gerichtet ist, mit der Zeit zu versuchen eine Mobilisierung der Wählerschaft herzustellen, um diese mit einfachen und emotionalen Botschaften erreichen zu können. Mit Botschaften ist hier gemeint, dass verschiedene Hilfsquellen gebraucht werden, welche in der öffentlichen Relation zugänglich sind, inbegriffen auch verschiedene diverse Formen wie zum Beispiel Demonstrationen oder Straßenkämpfe.<sup>36</sup>

Auch Robert Leicht hat sich in seinem Artikel in der Zeit mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt. Er führt an, dass das Handeln des

---

<sup>34</sup> Vgl. Hans-Jürgen Puhle (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S.15-29.

<sup>35</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden.

<sup>36</sup> Vgl. Rudolf Hoffmann/Anna von Thadden (2005): Populismus in Europa – Krise der Demokratie? Göttingen, S.7-10.

Populismus zwei Seiten hat. Einerseits betonen die Populisten die vorhandene Missstimmung z.B. in einer Regierung und andererseits ergreifen diese keine Eigeninitiative zur Behebung der Missstände, welche zu diesen geführt haben. Wäre die Situation jedoch so, dass der Populist das Volk über die Ursachen der Missstände aufklären würde, wäre die Durchführbarkeit eines Populismus nicht möglich.<sup>37</sup> Leicht führt auch an, dass ein Populist, „von den Problemen, die er – ohne es zuzugeben – mit erzeugt hat, für deren Lösung er aber entweder keine praktikablen Ratschläge weiß (oder zu nennen wagt) – oder für die er, mangels formalisierter, verfassungsrechtlicher Aufgabenverteilung auch nicht unmittelbar zuständig und haftbar ist.“<sup>38</sup>

Eine Existenz populistischer Parteien wäre ohne Massenmedien kaum vorstellbar. Da eine starke Beziehung zwischen den Medien und den Politikern vorherrscht wird angenommen, dass dadurch die Medien einen starken Einfluss auf die politischen Prozesse verfügen.<sup>39</sup>

### **2.3.1 Methoden populistischer Rhetorik**

„Die zur Schau gestellte Rhetorik der populistischen Bewegungen stellt einen Affront gegen die vom „Konsens der Demokraten“ getragenen guten politischen Sitten dar. Sie treten als „Störer eines Burgfriedens der Etablierten“ auf, die sie durch stillschweigend beschlossene Übereinkünfte und Tabuisierungen zum schlecht gelittenen Eindringling machten.“<sup>40</sup>

Spricht man von den Methoden der Rhetorik populistischer Akteure stehen unterschiedliche angewandte Prinzipien im Vordergrund:

---

<sup>37</sup> Vgl. [www.zeit.de/2004/15/Robert\\_Leicht\\_05\\_04\\_04](http://www.zeit.de/2004/15/Robert_Leicht_05_04_04)

<sup>38</sup> [www.zeit.de/2004/15/Robert\\_Leicht\\_05\\_04\\_04](http://www.zeit.de/2004/15/Robert_Leicht_05_04_04)

<sup>39</sup> Vgl. Beata Ociepka (2005) Populismus und Massenmedien. Anmerkungen zur Rolle der Medien. In: Rudolf Hoffmann/Anna von Thadden (Hrsg): Populismus in Europa – Krise der Demokratie? Göttingen, S.32.

<sup>40</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S.77.

Ein Prinzip der populistischen Rhetorik ist die „schwarz-weiß- malerische Einteilung der Welt in verschiedene soziale Akteure, dass heißt eine Herstellung von Freund-Feindbilder und die Schaffung von so genannten „Sündenböcken“ (wir-ih/rie unrigen-rie rie oben).<sup>41</sup> Die Sündenbock-Theorie wird auch zu den Mechanismen des Populismus gezählt. Hier werden bedeutungslose kleine Gruppen als Sündenböcke hingestellt. Als eine ideale „Sündenbock-Gruppe“ für Populisten erweisen sich die „Ausländer“. <sup>42</sup> Hier entwerfen die Populisten ein soziales Panoramabild, in welchem eine IN-Gruppe (die „Wir“) im Gegenteil zu einer entfernten OUT-Gruppe (die „Anderen“) steht. So konstruieren diese auch eine spannungsgeladene Beziehung zu den „Anderen“, welche als politische Feinde definiert werden.<sup>43</sup> Ein zweites wichtiges Prinzip steht unter dem populistischen Motto: „Nimm dir kein Blatt vor den Mund!“<sup>44</sup> Hier gehen Populisten von der Meinung aus, dass sie ihre Ansichten ungeniert sagen können, um es der „Elite“ zu zeigen und sie mit abwertenden Beschimpfungen zu schockieren, um sie somit aus dem Konzept bringen zu können. Eine dritte Methode der populistischen Bewegungen beschäftigt sich mit dem Prinzip der Wiederholung. Sie versuchen ihre Botschaften so oft zu wiederholen, bis diese im Gedächtnis der Umworbeneu hängen bleiben.<sup>45</sup> Das vierte und letzte angeführte Prinzip stellt die charismatische Führungsfigur dar. „Diese Führungsfigur greift die individuellen Verunsicherungen, die neurotischen Ängste auf und verstärkt sie gezielt mit dem Zweck, den Patienten nicht mündig werden zu lassen,

---

<sup>41</sup> Vgl. Martin Reisl (2005): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbietereuungen und Agitationsweisen in der Sprache österreicherischer Politikerinnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg): Rechtspopulismus. Österreicherische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, S.166-168.

<sup>42</sup> Vgl. Walter Ötsch (2002): Haider light. Handbuch für Demagogie. Wien.

<sup>43</sup> Vgl. Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S. 69-107.

<sup>44</sup> Martin Reisl (2005): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbietereuungen und Agitationsweisen in der Sprache österreicherischer Politikerinnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg): Rechtspopulismus. Österreicherische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, S. 166.

<sup>45</sup> vgl. Ebenda.

um eine feste Bindung zu erzeugen.<sup>46</sup> Martin Reisigl nennt noch weitere rhetorische Prinzipien dazu zählen: „das Prinzip der Komplexitätsreduktion durch drastische und vereinfachende Veranschaulichung Hypostasierung und Personalisierung, das Prinzip der Froschperspektive, das Prinzip der pathetischen Dramatisierung und Emotionalisierung und das Prinzip der kalkulierten Ambivalenz.“<sup>47</sup>

## 2.4 Der Begriff Rechtspopulismus

Es ist aufgefallen, dass es viele unterschiedliche Definitionen und Erscheinungen in Bezug auf den Begriff des Populismus gibt. Diese Erscheinungen sollten in zeitlicher, räumlicher und sachlicher Hinsicht eingegrenzt werden. Eine solche Eingrenzung leistet zum Beispiel der „Rechtspopulismus. Seine politische Orientierung richtet sich nach rechts und er hat seit ca. Mitte der 80er Jahre vor allem in den westlichen Demokratien einen Durchbruch erzielt.“<sup>48</sup>

Auffallend ist, dass der Populismus nahezu automatisch als „rechts“ geortet wird. Allgemein steht fest, dass populistische Bewegungen, Ideologien und Führungsfiguren sowohl „rechts“ als auch „links“ orientiert sein können. So ist noch anzuführen, dass „nicht alle Populismen rechter Provenienz sind und nicht alle sind antidemokratisch und ausländerfeindlich. Es kommt fast durchgängig zu einer falschen Gleichsetzung von Populismus und Rechtspopulismus.“<sup>49</sup>

Obwohl zwei Anzeichen den Grundtyp des Populismus verbinden, nämlich auf der einen Seite das Appell an das „Volk“ und auf der anderen

---

<sup>46</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S. 88.

<sup>47</sup> Vgl. Martin Reisigl (2002): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbietungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, S.166-174.

<sup>48</sup> Vgl. Frank Decker (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 12-30.

<sup>49</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S. 26.

Seite ein so genannter Anti-Elitarismus, sind Unterschiede zwischen Rechts- und Linkspopulismus sichtbar. So ist beim „linken“ Populismus wie in diversen Alternativbewegungen am deutlichsten zu beobachten, dass dieser mit der Hoffnung bzw. Absicht verbunden ist, dass jene, an die appelliert wird, ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Im Gegensatz dazu ist das Ziel jedes „rechten“ Populismus, mittels der Mobilisierung des „Volkes“ die legitimatorische Grundlage für das Handeln gewisser Politiker zu schaffen und die eigenen Machtbefugnisse zu sichern bzw. auszubauen.<sup>50</sup>

Rechts- und Linkspopulismus unterscheiden sich also im Hinblick auf Freund-Feindbilder und Verschwörungstheorien. Jedoch lassen sich auch inhaltliche Parallelen herauskristallisieren, denn beide sind sozialstrukturell und in ihren Ressentiments gegen das System, eng miteinander verbunden.<sup>51</sup>

Das Übergewicht meiner Untersuchung nimmt jedoch der Rechtspopulismus ein. Der Rechtspopulismusforscher Hans-Georg Betz definierte Rechtspopulismus folgendermaßen:

„Die wahlpolitischen Erfolge dezidiert rechtsgerichteter Parteien und Bewegungen stellen zweifelsohne eine der wichtigsten aktuellen politischen Herausforderungen an die politische Kultur Westeuropas dar. Dabei handelt es sich um Parteien, die kaum mehr dem klassischen Muster von Rechtsradikalismus bzw. Rechtsextremismus entsprechen. Im Gegensatz zu den Parteien am rechten Rand der Nachkriegszeit stellen Parteien wie die FPÖ, die Schweizer Volkspartei oder die Lega Nord weder die Demokratie zugunsten eines autoritären Regimes formell in Frage, noch leugnen sie die Menschenrechte und damit das Prinzip formaler menschlicher Gleichheit. In der Literatur hat sich deshalb immer

---

<sup>50</sup> Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S.13.

<sup>51</sup> Vgl. Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S.15-47.



mehr der Begriff des Rechtspopulismus zur Charakterisierung dieser Parteien eingebürgert.“<sup>52</sup>

Ein überwiegender Teil der Forschung steht dem Begriff des Rechtspopulismus noch heute skeptisch gegenüber. Manche Autoren lehnen den Begriff unspezifisch ab und präferieren zu Bezeichnungen wie „rechtsextrem“ oder „rechtsradikal“. So führt Michael Minkenberg an, „es wird deutlich, dass ein Begriff wie Rechtspopulismus, sich eher auf einen politischen Stil als auf eine Ideologie bezieht (...) und es schafft mehr Unklarheit als Klarheit den Begriff Rechtsradikalismus durch Rechtspopulismus zu ersetzen.“<sup>53</sup>

#### **2.4.1 Allgemeine Kennzeichen des Rechtspopulismus**

Als generelle Kennzeichen des Rechtspopulismus lassen sich viele Charakteristiken anführen. Sowie beim Populismus-Syndrom gibt es ein Rechtspopulismus-Syndrom anhand dessen sich folgendes skizzieren lässt: Der Rechtspopulismus richtet sein starkes Misstrauen gegen „die da oben“, das heißt gegen das Establishment. Besonders auch gegenüber Berufspolitikern, Juristen, Bankern und Großunternehmern. Im Visier steht auch die Regierung, welche großer Kritik und verbalen Angriffen ausgesetzt ist.<sup>54</sup>

Im Vordergrund des Rechtspopulismus steht ein undifferenziertes, einfaches Gesellschaftsbild, mit genauen Freund-Feind Unterscheidungen.

---

<sup>52</sup> Hans-Georg Betz (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In ÖZP 2002/3, S. 251.

<sup>53</sup> Michael Minkenberg (1998): Die Erneuerung der radikalen Rechten in westlichen Demokratien: USA, Frankreich und Deutschland im Vergleich. In: Helmut Fröchling/Wolfgang Gessenharter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen, S. 44.

<sup>54</sup> Vgl. Martin Reisigl (2002): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbietungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, S. 153.

Er ist „antimodernistisch, neokonservativ, antiwohlfahrtsstaatlich und historisch ambivalent.“<sup>55</sup>

Der Rechtspopulismus hat eine starke Tendenz zum Personalismus und zur Personalisierung. Er orientiert sich auf einheitliche kollektive Identitäten. Diese werden über regionale, nationale, ethnische, religiöse oder sprachliche Zusammensetzung bestimmt.<sup>56</sup>

Zusammengefasst rücken zwei zentrale Merkmale der Rechtspopulisten in den Mittelpunkt. Erstens „Wir“ gegen „die da oben“, welches sich gegen die politische Elite richtet und zweitens „Wir“ gegen „die da draußen“, welches sich gegen Immigranten, Fremde und Kriminelle richtet.

#### **2.4.2 Ideologie des Rechtspopulismus**

Versucht man die Motive zu erforschen, wer die Wähler der „rechten“ Parteien sind, welche Beweggründe bei ihrer Stimmabgabe im Vordergrund stehen, führt diese Untersuchung zu den Parteien selbst hin. Obwohl eine Grundlage generell für den Populismus vorhanden ist und dieser eine Mobilisierung der Wähler durchführt, heißt dies dennoch nicht, dass dieser Akteur seine Chance erkennt und diese auch wirklich nutzt. Stehen mehr als nur ein Einmalserfolg für diesen Akteur im Vordergrund, benötigt er neben einer charismatischen Führungsfigur an der Spitze, auch eine stabile Organisation, welche die Partei zusammenhält. Auch eine widerspruchsfreie Ideologie, die möglichst alle bedeutsamen Politikbereiche abdeckt, gehört mitinbegriffen. Bei einer Analyse der Ideologie sollte man eine Unterscheidung nach dem Extremismusgrad vornehmen. Als extremistisch werden Parteien bezeichnet, welche

---

<sup>55</sup> Ebenda, S.155.

<sup>56</sup> Vgl. Ebenda, S.56.

systemfeindliche Ziele verfolgen und den Grundprinzipien der liberalen Demokratie widersprechen.<sup>57</sup>

„Populistische und extremistische Parteien können Hand in Hand gehen, müssen aber nicht. So ist es bei der FPÖ und den skandinavischen Fortschrittsparteien durchaus fraglich, ob sie zu den rechtsextremen Vertretern gerechnet werden können, obwohl sich in ihrer Programmatik manche Hinweise finden, die in diese Richtung deuten. Andererseits gibt es rechtsextremistische Parteien, denen die typischen Merkmale des Populismus fehlen.“<sup>58</sup>

Die thematischen Schwerpunkte der rechten Ideologie liegen im Kampf gegen Globalisierung und Islamisierung. Die größten Schnittpunkte der rechtspopulistischen Parteien liegen heute auf dem kulturellen Gebiet. Das heißt, die Schlüsselthemen sind hier die Zuwanderung und „multikulturelle Gesellschaft.“ Um ein hohes Wählerpotenzial zu erreichen, verhalten sich die Akteure populistisch und nennen meist ihr Hauptanliegen nicht direkt beim Namen. Sie tauchen ihr Hauptanliegen in diese Begriffe wie Differenz, Verteidigung kultureller Eigenheit, Identität und Selbstbestimmung. Damit versuchen sie sich von den neofaschistischen und neonazistischen Parteien deutlich abzugrenzen. Im Mittelpunkt der Rechtspopulisten steht also die Identitätspolitik und sowohl das Bewahren als auch der Schutz der eigenen kulturellen und nationalen Identität. Der so genannte Kampfbegriff, welcher sich in den rechtspopulistischen Parteien also etablieren konnte, vor allem im westeuropäischen Parteiensystem, heißt also: Identitätspolitik.<sup>59</sup>

„Nachdem ihre nationale Ausrichtung und die Stigmatisierung als rechtsextrem in der Vergangenheit wechselseitige Berührungängste

---

<sup>57</sup> Vgl. Frank Decker (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 9-30.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>59</sup> Vgl. Hans-Georg Betz (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In ÖZP 2002/3, S. 252-254.

ausgelöst hatten, ist die europaweite Zusammenarbeit der Rechtsparteien inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden.“<sup>60</sup>

## **2.5 Themen und Kriterien des Rechtspopulismus**

### **2.5.1 Anti- Immigrationspartei**

Im Mittelpunkt der Diskussion der rechtspopulistischen Parteien steht der Begriff der Immigration. Die Einstellungen beschäftigen sich mit einem klaren „Nein“ zu Asylbewerbern und Arbeitsimmigranten. Aufgrund der teilweise schwierigen wirtschaftlichen Lage, wie zum Beispiel die hohe Arbeitslosigkeit, bekommt die Zuwanderungsdiskussion populistischer Parteien in Europa viel Aufmerksamkeit. Sie sehen sich als so genannte „Helfer“ der Einheimischen, um diese vor illegalen Migranten zu schützen. Im Vordergrund steht hierbei auch die Bekämpfung von Ausländerkriminalität. Die Immigranten werden hier mit populistischen Vorurteilen konfrontiert und stigmatisiert. In Europa haben zum Beispiel Muslime unter Diskriminierung zu leiden. So sehen populistische Parteien die europäische Kultur durch Islamisierung gefährdet. Es steht der Kampf der Parteien gegen die Existenz des Islams, das heißt gegen einen Bau von Moscheen und traditionelle Kleidung im Vordergrund. Es ist aufgefallen, dass es im Verlauf der Jahre zu Veränderungen im Bezug auf die Themengebiete der populistischen Parteien gekommen ist. Das Asylproblem steht nicht mehr im Mittelpunkt der Diskussion, sondern die Einwanderungspolitik. Hiermit versuchen die Parteien innerhalb der Öffentlichkeit Ängste zu schüren und Emotionen auszulösen, um so potenzielle Wähler anzusprechen. In der Regel geht es den populistischen Parteien darum, Einwanderung mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und steigender Kriminalität sowie zusätzlichen Sozialkosten gleichzusetzen. Eine rechtspopulistische Verschwörungstheorie bringt der Begriff der

---

<sup>60</sup> Frank Decker (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 17.

„multikulturellen Gesellschaft“ mit. Diese vertritt, dass eine fortgeschrittene multikulturelle Gesellschaft zu einer „Ghettoisierung“ führt und bürgerkriegsähnliche Situationen vorherrschen würden.<sup>61</sup>

### **2.5.2 Anti-Globalisierungspartei**

Im Mittelpunkt der populistischen Parteien ist die Kritik oder auch Ablehnung an der Globalisierung. Globalisierung wird in diesem Kontext als negativer Eindringling definiert. Besonders angegriffen wird die demokratische Politik, dies hängt laut populistischer Parteien mit dem Souveränitätsverlust und der Auflösung gemeinschaftlicher Solidarität bzw. Identität zusammen. Die Illusion der Parteien liegt darin, die Welt vor einem globalen Wirtschaftszyklus zu schützen. Es wird versucht innerhalb der Bevölkerung Ängste zu schüren, indem von einem Verlust heimischer Arbeitsplätze durch Importe und Investitionen gesprochen wird.<sup>62</sup>

### **2.5.3 Law-and-order-Partei**

Die rechtspopulistischen Parteien sprechen in diesem Kontext von einer steigenden Kriminalität und plädieren zu einer stärkeren und intensiveren Verbrechensbekämpfung. Sie treten dafür ein, dass der Staat an einem Ausbau der Exekutive arbeiten soll, um den Ängsten aufgrund der nichtaufzuhaltenden Kriminalität entgegenzuwirken. Die Forderungen an den Staat gehen dahin, dass dieser die Polizei nachhaltig besser auszurüsten, besser auszubilden und besser bezahlen soll. Die rechtlichen Gewährungen sollten ausgedehnt werden, das heißt sowohl akustische als auch optische und elektronische Überwachungen zulässig werden. Auch die Beschleunigung des Strafverfahren zählt zu einem der Anliegen der rechtspopulistischen Parteien. Hier gilt die Forderung auch einer Verschärfung des Strafrechts vor allem in Bezug auf Sexual- und

---

<sup>61</sup> Vgl. Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S. 117-122.

<sup>62</sup> Vgl. Ebenda. S. 122-125.

Mordverbrechen. In diesem Bereich wollen die Parteien als Retter und Beschützer der nationalen Identität innerhalb der Öffentlichkeit gelten. Das Thema dieser Law-and-Order Partei versucht das Thema Verbrechen mit unmittelbaren Erfahrungen zu kombinieren, um so die Ängste und Unsicherheit der Bevölkerung zu wecken. Zu einer aktionistischen Law-and-order-Maßnahme zählt zum Beispiel eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze.<sup>63</sup>

#### **2.5.4 Anti-EU Partei**

„Europa ja- EU nein!“ mit solchem Misstrauen stehen die rechtspopulistischen Parteien der Europäischen Union gegenüber. Bekrittelt werden die nicht vorhandenen positiven Visionen der Europäischen Union für ein vereintes Europa und der massive Eingriff in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüssler Institutionen, bei welchen auch die Bürgernähe fehlt.<sup>64</sup>

„Die Europäische Union sei eine oligarchische und selbstherrliche Clique von Funktionären.“<sup>65</sup> Die vorhandene Europabürokratie stellt in allen Bereichen eine Gefahr dar. Laut Anti-EU Parteien greift die Europäische Union tief in das tägliche Leben der europäischen Mitglieder ein, jedoch Sicherheiten bietet sie keine. In der Argumentation der Rechtspopulisten verkörpert die EU weder „Volksnähe“ noch beherrscht sie ein unbürokratisches Regieren, um auf die Bedürfnisse der eigenen nationalen Bevölkerung zu reagieren. Was innerhalb Europa fehlt, ist laut den rechtspopulistischen Parteien eine politische Öffentlichkeit, um gesamteuropäische Fragen diskutieren zu können. Nimmt man zum Beispiel die Wahlkämpfe des Europäischen Parlament in den Vordergrund, zeigen diese kaum einen europäischen Bezug auf. Dies erschwert praktisch ein gemeinsames europäisches Bewusstsein.<sup>66</sup>

---

<sup>63</sup> Vgl. Ebenda, S. 125-126.

<sup>64</sup> Vgl. Ebenda, S. 127-131.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 127.

<sup>66</sup> Vgl. Ebenda, 127-131.

Ein rechtspopulistisches Charakteristikum in Bezug auf die Europäische Union war die „vergebliche“ Ablehnung des Euro. Das Zahlungsmittel wurde im Dezember 2001 als europäische Währung gültig. Im Mittelpunkt der Kritik der Parteien lag der Verdacht, dass mit der Einführung des Euros, die eigene Staatswährung als sozusagen wichtiges nationales Symbol und auch die Identität verloren gehen würde. Laut den rechtspopulistischen Parteien konnte das Volk nicht frei entscheiden ob es für oder gegen eine Einführung des Euros war. Aus diesem Grund warfen die Parteien der Europäischen Union vor, dass diese die Grundrechte der europäischen Bürger verletzt hat. Ein weiteres Thema der Anti-EU Parteien stellte die EU- Osterweiterung dar. Es wurde die Meinung vertreten, dass die EU versucht hat die Anpassungen zu erzwingen, welche in gesamt Europa Schaden anrichten hätten können. Das Aufscheinen von Themen wie zum Beispiel „Konkurrenz von billigen Arbeitskräften“ löste so bei der Bevölkerung Angst und Emotionen aus. Die Europäische Union versuchte sich mit aller Mühe gegen die Anschuldigungen der Populisten zu wehren. Laut rechtspopulistischer Parteien sind seit den Verhandlungen der EU- Osterweiterung Unruhen entstanden. So versuchten diese Ihre Politik anhand verschiedener Themen zu vermitteln. Das EU- Thema lässt sich für die Rechtspopulisten in verschiedenen Variationen einfach gestalten. Sie versuchten darzustellen, dass die europäischen Außen- und Sicherheitspolitik Schwächen zeigten und kritisierten daher den freien Warenverkehr im Binnenmarkt und machten diesen für die zunehmende organisierte Kriminalität verantwortlich.<sup>67</sup>

### **2.5.5 Partei des Antiamerikanismus**

Im Mittelpunkt der Diskussion der rechtspopulistischen Parteien steht die „globale Dominanz der USA“. „Ein Antiamerikanismus von „rechts“ enthält einen kulturkritischen Hintergrund, der mit dem Prinzip USA Traditionslogik, totale Kommerzialisierung und einem Verfall der Sitten

---

<sup>67</sup> Vgl. Ebenda, S. 127-132.

verbindet. Einzelne eindeutig negative Ansatzpunkte, die es in der Geschichte und in der Gegenwart der USA in Hülle und Fülle gibt, werden zu einem einseitigen Gesamtbild verformt und zu einem Pamphlet ausgestaltet. Bei einem Antiamerikanismus „von rechts“ handelt es sich nicht um eine gegen Amerikaner und- in Analogie zum ethnozentrischen europäischen Nationalismus –gegen Fremde schlechthin gerichtete Xenophobie.<sup>68</sup>

Für die rechtspopulistischen Parteien wird Amerika nicht als Fremd definiert, sondern eher steht der Begriff des „Anderssein“ im Vordergrund. In diesem Kontext wird besonders die militärische und wirtschaftliche Macht der USA kritisiert.<sup>69</sup>

### **2.5.6 Partei der sozialen Gratifikationen**

Die rechtspopulistischen Parteien stellen folgende Forderungen für Staat und Wirtschaft an: der Staat soll in die Wirtschaft nicht eingreifen, der Staatsapparat selbst soll reduziert werden, sowohl die Steuer- und Kulturpolitik als auch die staatlichen Förderungen gehören auf verschiedene wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen aufgeteilt, der Staat hat die Aufgabe einer Schutzfunktion, das heißt zum Beispiel im Gesundheitswesen, um die „bedürftige“ Bevölkerung zu unterstützen. Auch soll die Stärkung einer sozialen Sicherheit gefördert werden und die Ausgaben für Familien und Polizei sollen erhöht werden. Die Akzeptanz der rechtspopulistischen Parteien gegenüber der Marktwirtschaft ist positiv.<sup>70</sup>

„Rechtspopulistische Parteien mischen in ihren Programmen und in ihrer Propaganda die ökonomischen Ziele neoliberaler Deregulierung mit Anti-Globalisierungsressentiments, verbinden Einkommensumverteilung

---

<sup>68</sup> Ebenda, S.133.

<sup>69</sup> Vgl. Ebenda, S.140.

<sup>70</sup> Vgl. Ebenda, S.138-142.



zugunsten höherer Einkommensschichten mit sozialen Gratifikationen bzw. sozialstaatsprotektionistischen Elementen und sprechen mit diesem höchst widersprüchlichen Ideologiekonglomerat eine bereite Wählerschicht an.“<sup>71</sup>

Zusammengefasst neigen die Parteien hier grundsätzlich zu wirtschafts- und sozialpolitisch neoliberalen Grundorientierungen. Im Mittelpunkt steht der Schutz der „einfachen Leute“.<sup>72</sup>

## **2.6 Der Begriff des Rechtsextremismus/Rechtsradikalismus**

In meiner Arbeit stehen, wie bereits erwähnt, die rechtspopulistischen Bewegungen im Vordergrund. Bereits analysiert wurde, dass es sich dabei um Gruppierungen mit „rechten“ Einstellungen und Werten handelt. Jedoch herrscht weiterhin im Bezug auf ihre genaue Bezeichnung eine Uneinigkeit und Unstimmigkeit. So sprechen heute noch viele Autoren von rechtspopulistischen Parteien, andere wiederum von rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien. Auch die Definition der „Neuen Rechten“<sup>73</sup> ist im Umlauf. Im Folgenden soll daher auf diese unterschiedlichen Begrifflichkeiten kurz eingegangen werden, um einen Einblick in diese Gruppierungen zu geben.

Die rechtsorientierten Bewegungen zeigen einen festen Bestandteil im politischen Spektrum. In den Ländern wie Frankreich, den Niederlanden, in Italien, in Belgien und der Schweiz nehmen oder nahmen diese Gruppierungen einen teilweise bedeutenden Einfluss auf die jeweilige Politik. Manche haben auch den Einzug in das Parlament geschafft. Jede einzelne dieser politischen Gruppierung beruft sich auf unterschiedliche politische Traditionen. Die Einen beziehen sich stärker auf historische

---

<sup>71</sup> Ebenda, S.138.

<sup>72</sup> Vgl. Ebenda, S.138-142.

<sup>73</sup> Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S.11.

Systeme, andere ziehen die historische Orientierung nicht in Betracht, sondern orientieren sich auf Trends der Gegenwart. Da diese unterschiedlichen Ausrichtung vorherrschen, besteht eine ständige Verwirrung um eine genaue Bezeichnung dieser Gruppierungen. Die Begriffe wie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind keinesfalls gleichzusetzen, obwohl sie vielleicht in manchen Punkten ähnlich wirken. Zu erwähnen ist jedoch, dass der Rechtspopulismus sowohl extremistische als auch nicht-extremistische Züge haben kann. Grundsätzlich kämpfen rechtsextremistische Parteien gegen bestehende gesellschaftspolitische Formen. Das heißt sie trennen klar zwischen Gut und Böse, zwischen Freund und Feind- und ziehen so genannte Verschwörungstheorien heran. Das Politikverständnis des Rechtsextremismus widersteht sich praktisch gegen Menschen- und Bürgerrecht.<sup>74</sup>

„Der Rechtsextremismus bildet im Extremismustheoretischen Sinn einen Gegen- oder Abgrenzungsbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat und umfasst politische Auffassungen, welche die Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates direkt oder indirekt ablehnen. Er verneint das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit, zeigt sich aggressiv gegenüber ethnischen Minderheiten und definiert sein Weltbild nach rassistischen Maximen.“<sup>75</sup>

Für den Rechtsradikalismus stehen die intensiven Modernisierungsschübe im Vordergrund. Durch eine Form der politischen Ideologie richtet sich der Rechtsradikalismus gegen eine liberale Demokratie. Seine Position richtet sich gegen den Individualismus und Pluralismus und gegen alles Fremde. „Der Begriff Radikalismus findet für Besterbungen Verwendung, die Ziele verfolgen, welche per se nicht antidemokratisch sind, jedoch außerhalb des demokratischen Mehrheitskonsenses liegen. Er teilt- wenn auch nicht

---

<sup>74</sup> Vgl. Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S. 14-17.

<sup>75</sup> Florian Hartleb (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden, S. 113.

aus voller Überzeugung- das Demokratieprinzip, die rechtsstaatlichen Garantien sowie die Richtschnur der Grund- und Menschenrechte.“<sup>76</sup>

Grundsätzlich steht fest, dass für all diese populistischen Gruppierungen das „Volk“ im Vordergrund steht. So sehen sich diese Parteien selbst als die Einzigen, welche mit dem Volk gleich sind, auf derselben Stufe wie das Volk stehen und sowohl für das Volk sprechen, als auch für diese eintreten. Sie wollen für das Volk arbeiten, um das Ansehen der Bevölkerung zu bewahren und es denen „da oben“ zukünftig zu zeigen. Versucht wird das Volk für sich zu gewinnen, um so zu potenziellen Wählern zu gelangen.<sup>77</sup>

### **3 Populismus der FPÖ**

Im folgenden Kapitel werde ich kurz auf die Parteigeschichte der FPÖ eingehen. Da es unterschiedlichste Ansichten über das Selbstverständnis der heutigen FPÖ in Bezug auf ihre Entstehungsgeschichte gibt, werde ich im ersten Unterkapitel vor die Parteigründung, d.h. zu den freiheitlichen Wurzeln zurückgehen. Darauffolgend wird im zweiten Unterkapitel die Entwicklung, beziehungsweise die Gründung der FPÖ eine zentrale Rolle spielen. Weiters werde ich mich mit der Biografie des jetzigen Parteiführers Heinz Christian Strache auseinandersetzen. Im letzten und vierten Unterkapitel werden die populistischen Mechanismen der FPÖ genauer beleuchtet.

#### **3.1 „Lagertheorie“ nach Adam Wandruszka**

Die freiheitlichen Wurzeln liegen im nationalen oder nationalliberalen Lager, welche bereits in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine

---

<sup>76</sup> Vgl. Ebenda, S. 113.

<sup>77</sup> Vgl. Doris Sottopietra (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien, S. 16-18.

wichtige Rolle gespielt haben. Seit der Gründung der Ersten Republik war das nationalliberale Lager gegen das christlichsoziale und sozialdemokratische Lager. Die „Lagertheorie“ nach Adam Wandruszka definiert die FPÖ als parlamentarische Vorstellung des Dritten Lagers, das in der Monarchie seine Positionen in den Deutschnationalen wie Schönerers „Alldeutschen“ fand. Schon damals wurde dem Historiker Wandruszka vorgeworfen, nicht aus einem wissenschaftlichen Motiv heraus sein Werk verfasst zu haben, denn der Historiker zählte sich selbst zum dritten Lager. Jedoch geht die Formulierung der Drei-Lager-Theorie zurück auf die Ursprünge und Entwicklungslinien eines christlichsozial-konservativen, sozialistischen und deutschnational-nationalliberalen Lagers. Die Entstehung aller drei Lager hatte für Wandruszka nicht nur dieselbe Ursache, sondern auch denselben zeitlichen und örtlichen Zusammenhang. Das heißt alle drei Lager entstanden als Antwort auf den politischen Liberalismus. Dieser Liberalismus hatte seinen Höhepunkt im Jahr 1880. Viele Fragen und Antworten blieben während dieser Zeit offen. So waren die „Gründerväter“ aller drei Lager, u.a. der spätere christlichsoziale Karl Lueger, die Begründer der Sozialdemokratie Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer um Georg Ritter von Schönerer geschart, um Antworten zu finden. In jedem Lager blieb auch noch in späteren Zeiten eine Verbindung zum Liberalismus aufrecht. Der laizistische Antiklerikalismus blieb im sozialistischen und nationalen Lager und der ökonomische Liberalismus bei den Christlichsozialen. Wandruszkas Kernthese obliegt der Behauptung, dass eine dauerhafte Stabilität dieser Dreiteilung, innerhalb des österreichischen Parteiensystems besteht, obwohl eine Weiterentwicklung und Wandlung der drei Gruppen vorherrscht.<sup>78</sup>

---

<sup>78</sup> Vgl. Adam Wandruszka (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich Bendedikt (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien, S. 291.

„Die Österreichische Innenpolitik, ja die gesamte soziale, ideelle und kulturelle Struktur des Landes von 1918 bis zur Gegenwart ist durch das Neben- Gegen- und Miteinander der drei großen „Lager“ beherrscht worden.“<sup>79</sup>

Seinen Lagerentwurf sieht Wandruszka dadurch stabilisiert, dass auch der Zweite Weltkrieg die Gewichtung der drei Lager kaum verändert hat. Mit unterschiedlicher Gewichtung, wandten sich die drei Lager, an dieselben sozialen Schichten, nämlich an die Arbeiterschaft, das Kleinbürgertum und die mittellosen Gelehrten. Die Sozialisten sprachen die Industriearbeiterschaft an, die Christlichsozialen bemühten sich um die Kleinbürger und die Nationalen warben in erster Linie um die Akademiker und Beamtschaft. Trotzdem konnte zu späteren Zeiten ein Kampf um Anhänger- und Wählerschichten, der ursprünglich drei vereinten Lager, nicht verhindert werden. Die Feindschaft zwischen Sozialisten und Christlich-Konservativen artete in der Ersten Republik in einem Bürgerkrieg aus, obwohl sich ihre Außenpositionen durchaus überkreuzt hatten.<sup>80</sup>

Bis heute wird das Wandruszkasche Konzept der Lagerbildung- und theorie kritisiert. Zwar liegt keine derartige Ablehnung dieser Theorie vor, jedoch wäre man in entscheidenden Punkten von einer Modifizierung in diesem Bereich nicht abgeneigt. Hermann Fritzl und Martin Uitz orten jedoch einen Angriff auf die Lagertheorie, aufgrund der in den 70er Jahren stärker werdenden Strömung zu den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP, den Hauptexponenten des sozialistischen und christlich-konservativen Lagers. Aber auch aufgrund des langsamen, aber konstanten Anstiegens von Wechselwählern. Fritzl und Uitz gehen auch davon aus, dass die ursprüngliche Definition von Adam Wandruszka für die Zweite Republik nicht mehr ganz so gültig ist.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Ebenda, S. 291.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 291

<sup>81</sup> Vgl. Hermann Fritzl/Martin Uitz: Kritische Anmerkungen zur so genannten Lagertheorie, in: ÖZP 1975/3, S. 327.

Von den meisten Autoren wird die Definition stillschweigend dahingehend erweitert, dass Lagerparteien, die die Integration und Politisierung der von ihnen unterstützten sozialen Gruppen erreichen wollen, indem sie Vorfeldorganisationen (Sportvereine, eigene Bildungsinstitutionen, Konsum- und Autofahrervereinigungen,...) aufbauen.<sup>82</sup> Weiters beobachten die Autoren, dass die Nationalen in der Zweiten Republik keine Vorfeldorganisationen entwickelt hätten, und zahlreiche Wähler zu den beiden Großparteien gewechselt seien. Somit kann laut Fritzl und Uitz von drei Lagern in der Zweiten Republik nicht die Rede sein. Eine weitere Kritik der beiden Autoren ist, dass „auffallend am Wandruszka's Einteilung in drei Lager ist die Trennung in ein christlichsozial-konservatives und ein nationales Lager, fasst er doch die Kommunisten und Sozialdemokraten in ein gemeinsames, das sozialistische Lager zusammen. Während er zweifellos vorhandene Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einfach vernachlässigt, übertönte er die Unterschiede von Christlichsozialen und Nationalen.“<sup>83</sup> Laut Fritzl und Uitz hat Wandruszka die Unterscheidungsmerkmale zwischen den beiden Lagern gesucht und ihre gemeinsame streng antimarxistische Haltung bewusst vernachlässigt. Abschließend stellen die Autoren fest, dass sich in der Zweiten Republik dennoch nur Reste der Lager und Lagermentalität feststellen lassen.<sup>84</sup>

Von der Kritik der beiden Autoren abgesehen, ist trotzdem erstaunlich, dass Adam Wandruszka mit dieser Theorie der drei politischen Lager eine gewisse Grundstruktur erkannt hat, die sich durch die politische Landschaft in Österreich gezogen hat.

Auch Kurt Piringer sieht die politischen Parteien in Österreich, seit ihrer Entstehung vor rund hundert Jahren, in drei Lager gegliedert. Diese drei Lager, das national-liberale als ältestes, das christlich-konservative und sozialdemokratische, sind heute grob dargestellt in der FPÖ, in der ÖVP und in der SPÖ bestehend. Piringer führt an, dass seine Ausführungen

---

<sup>82</sup> Vgl. Ebenda, S. 327.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 328.

<sup>84</sup> Vgl. Ebenda, S. 329.

einer Selbstdarstellung der FPÖ entsprechen. Seiner Meinung nach ist die österreichische Parteiengeschichte eine vernachlässigte Fachrichtung der Geschichtsforschung, insbesondere die Forschung des dritten Lagers.<sup>85</sup> Hier muss jedoch festgehalten werden, dass die aktuellen Entwicklungen der FPÖ der letzten Jahre nicht einbezogen sind, da Piringers Parteigeschichte aus der Zeit vor Haider's Obmannschaft ist. Aus diesem Grund kann von einer mangelnden Forschung nicht gesprochen werden. „Die FPÖ steht in ihrem Selbstverständnis, aber auch im Urteil politischer Gegner und Wissenschaftler in der Tradition des (deutschnationalen) „Dritten Lagers.“<sup>86</sup>

Das Dritte Lager ist historisch gesehen das Älteste politische Lager. Laut Andreas Mölzer hat es die Inhalte der nationalen Identität bis heute bewahrt. Die Entstehung des österreichischen Verfassungs- und Rechtsstaates, der Hochliberalismus in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts und des Deutschnationalismus, werden zu den Leistungen und Ausprägungen der Dritten Kraft gezählt. Auf der einen Seite war das Dritte Lager gegen Thron und Altar und gegen staatliche Macht, auf der anderen Seite erfüllte es staatliche Pflichten, um den Gemeinwesen zu dienen. In den letzten Jahrzehnten haben zwei Namen das nationalliberale Lager geprägt. Anton Ritter von Schmerling als Vertreter des Hochliberalismus und Georg Ritter von Schönerer als Repräsentant der Deutschnationalismus.<sup>87</sup>

„So wie auch die anderen großen politischen Lager ihren antidemokratischen Irrweg in der Zwischenkriegszeit zu verzeichnen hatten, die Sozialdemokratie strebte zur „Diktatur des Proletariats“ und die Christlichsozialen errichteten den „autoritären Ständestaat“, beschränkten die meisten Vertreter dieses nationalliberalen Lagers den schrecklichen Irrweg hin zur NS- Rassenideologie (...) Als schließlich die Zweite

---

<sup>85</sup> Vgl. Kurt Piringer (1982): Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien, S.9.

<sup>86</sup> Brigitte Neugebauer/Wolfgang Bailer-Galanda (1997): Haider und die Freiheitlich in Österreich. Berlin, S.11.

<sup>87</sup> Vgl. Andreas Mölzer (2005): Was bleibt von der Dritten Kraft. Wien, S.24.

Republik aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs entstand, schien es so, als sei das traditionelle Dritte Lager, das deutschnationale und freisinnige das nationalliberal hieß, insgesamt durch den Nationalsozialismus diskreditiert.“<sup>88</sup>

Der Definition „National“ wurde „nationalistisch“ gleichgesetzt, somit wurde eine Partei des nationalliberalen Lagers ausgeschlossen, beziehungsweise erhielt auch keine Lizenz. Bei den ersten Parlamentswahlen 1945 durfte keine dritte Lagerpartei kandidieren. Erst im Jahre 1948 gelang es Herbert A. Kraus und Viktor Reimann, eine neue Partei des Dritten Lagers zu gründen. Es wurde „der Verband der Unabhängigen“ gegründet. Die politischen Ziele waren nicht von einem politischen Lagerdenken geprägt. Die Partei erhielt Unterstützung der SPÖ- Führung, um bei der zweiten Nationalratswahl zu kandidieren. Der Hintergrund war, eine Schwächung der ÖVP zu erzielen. „Der VdU, ein Konglomerat von Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen, setzte die Tradition des Dritten Lagers fort, und die deutschnationale Orientierung bildete das gemeinsame ideologische Fundament für die verschiedenen VdU vorhandenen Gruppierungen.“<sup>89</sup>

Die Tagespolitik der VdU wollte die Interessen der ehemaligen Nationalsozialisten wahren, dadurch herrschte von Beginn an eine starke Neigung zur Verharmlosung des Nationalsozialismus vor. „Das Erzübel des Dritten Lagers, die von diesen gewissermaßen verinnerlichte „deutsche Zwietracht“, zeitigte allerdings ein rasches Scheitern und Auseinanderbrechen der VdU.“<sup>90</sup> Kraus und Reimann hatten es nicht geschafft, ein Vertrauen auf Basis des Dritten Lagers zu gewinnen. Seit Gründung der Zweiten Republik war das Dritte Lager einer soziologischen Veränderung ausgesetzt. Nicht nur das Bürgertum, Freiberufler und Akademiker standen im Vordergrund des Dritten Lagers. Da sich die Wählerschaft nun sowohl von Kriegsheimkehrern und Vertriebenen

---

<sup>88</sup> Ebenda, S. 25.

<sup>89</sup> Brigitte Neugebauer/Wolfgang Bailer-Galanda (1997): Haider und die Freiheitlich in Österreich. Berlin, S.12.

<sup>90</sup> Andreas Mölzer (2005): Was bleibt von der Dritten Kraft. Wien, S.26.



zusammensetzte, war es für das Dritte Lager notwendig, auch auf die sozialen Probleme der Zeit einzugehen. Aufgrund der unzähligen Gegensätze und inneren Machkämpfe konnte der VdU zu keinem klaren politischen Selbstverständnis finden. Der Plan neben der ÖVP und SPÖ, als sozusagen dritte Partei zu funktionieren, war gescheitert.<sup>91</sup>

### **3.2 Gründung und Entwicklung der FPÖ**

Im Jahr 1950 fanden bereits erste Abspaltungen der Mitglieder der VdU statt. Grund dafür war auf der einen Seite, dass für manche überzeugte Anhänger sich ein zu starker liberaler VdU gebildet hatte. Auf der anderen Seite war die Dominanz der Deutschnationalen für manche anderen Parteimitglieder zu gravierend gestiegen. Die Zerspaltung des Verbandes der Unabhängigen in rivalisierende Kleingruppierungen fand vorläufig ein Ende mit der Zulassung einer neugegründeten Partei, der „Freiheitspartei.“<sup>92</sup>

Im Band „40 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ wird die Neugründung der Freiheitspartei folgendermaßen dargestellt:

„Die Notwendigkeit, Österreichs nationalliberales Lager neu zu formieren, zeichnet sich bereits zum Jahresbeginn 1955 klar ab. Der 1949 gegründete Verband der Unabhängigen zeigt seit seinen schweren Niederlagen bei Regionalwahlen im Herbst 1954 Auflösungserscheinungen. Bei einem außerordentlichen Bundesverbandstag am 5. und 6. Februar 1955 in Wien sollte ein neuer Weg zur Konsolidierung des VdU gefunden werden. An der Frage, ob der VdU weiterbestehen oder eine neue Partei gegründet werden sollte, scheiden sich die Geister: Es kommt zum Bruch, die Landesverbände

---

<sup>91</sup> Vgl. Kurt Piringer (1982): Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien, S.10-11.

<sup>92</sup> Vgl. Gerd Kräh (1996): Die freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Frankfurt/Main, S.78-79

Kärnten, Steiermark, Tirol und Vorarlberg sagen sich mehrheitlich vom VdU los. Sie bilden das Fundament der noch im Februar 1955 gegründeten „Freiheitspartei.“<sup>93</sup>

Gegründet wurde diese Partei vom ehemaligen Staatssekretär Anton Reinhaller. Nicht wenige Mitglieder der neugegründeten Freiheitspartei hatten eine NS- Vergangenheit. Sowohl Reinhaller, welcher dem Anschlusskabinett unter Seyß-Inquart angehörte, als auch sein Nachfolger Friedrich Peter, bekannten sich zu einer NS- Vergangenheit.

„Zwischen dem schwer angeschlagenen und durch Massenaustritte geschwächten VdU und der „Freiheitspartei“ ziehen sich die Einigungsverhandlungen, die Unabhängige, Parteilose und vielerlei zwischen Schwarz und Rot angesiedelte Splittergruppen erfassen sollten, monatelang hin. Im Herbst 1955 wird ein Bundesproponentenkomitee gebildet, das die Gründung einer neuen Partei vorbereitet.“<sup>94</sup> Die neue Partei sollte den Namen „Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) tragen.

Nach wie vor bestand die Mehrheit des Verbandes aus nationalliberalen Mitgliedern, welche sich vom Nationalsozialismus abgegrenzt hatten. Trotzdem gab es weiterhin NSDAP-Anhänger, welche den Versuch nicht aufgaben, in der VdU ein deutschnationales Lager durchzusetzen. Nicht alle so genannten „Ehemaligen“ kamen in die FPÖ über den VdU. Nach 1945 kamen Nationalsozialisten auch zu den Großparteien und versuchten dort politisch zu agieren.<sup>95</sup>

„Für die ÖVP und für die SPÖ war es die einfachste Form der Vergangenheitsbewältigung, die FPÖ zur „Partei der Ehemaligen“ zu stempeln, um so von Restbeständen des Nationalsozialismus im eigenen Parteikader abzulenken.“<sup>96</sup>

---

<sup>93</sup> 40 Jahre Freiheitliche Partei Österreich, S. 9.

<sup>94</sup> 40 Jahre Freiheitliche Partei Österreich, S. 13.

<sup>95</sup> Vgl. Gerd Kräh (1996): Die freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Frankfurt/Main, S. 79-81.

<sup>96</sup> Kurt Piringner (1982): Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien, S. 11.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass „der VdU und dessen Nachfolgepartei, die FPÖ, niemals die politische Heimat der übergroßen Mehrheit ehemaliger Nationalsozialisten waren. Sowohl ÖVP als auch SPÖ konnten wesentliche Teile dieses Potentials zu sich herüberziehen.“<sup>97</sup>

Zum Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreich wurde Anton Rheintaller gewählt. Nicht nur, dass die Partei organisatorisch schlecht war, sondern sie wurde auch vom politischen Geschehen ausgeschlossen. Am 13. Mai 1956 präsentierte das Nationalratswahlergebnis ihren geringen Einfluss. Bei ihrem ersten Antreten erzielte die FPÖ nur sechs Mandate. Bis Mitte der 1960er verstand sich die FPÖ als eine nationale Partei und ihre Führungsspitze setzte sich ausnahmslos aus Nationalsozialisten zusammen. Wie bereits erwähnt auch Reinthallers Nachfolger FPÖ- Obmann Friedrich Peter. Unter seiner Führung, ab Mitte der 1960er Jahre, gab es zunächst keine besonderen programmatischen Veränderungen. In Folge hatte Peter bewusst versucht, diese „Ghettopartei“ aus der Isolation der deutschnationalen Orientierung zu führen. Dieser Beginn der Normalisierungsphase war gekennzeichnet durch weitgehend stabile Wahlergebnisse und einen Neuzuwachs von Akademikern. Durch diesen Zuwachs wurde eine Gesprächsbereitschaft der politischen Gegenparteien allmählich aufgebaut.<sup>98</sup> „Diese Phase gipfelte 1970/71 in der Unterstützung der SPÖ- Minderheitsregierung durch die FPÖ, wofür sie als Gegenleistung eine minderheitenfreundliche Wahlrechtsreform erhielt.“<sup>99</sup>

Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde Friedrich Peter von Bundesparteiohmann Alexander Götz abgelöst. Da Götz als populär galt,

---

<sup>97</sup> Anton Pelinka: Die Großparteien und der Rechtsextremismus. In: Brigitte Neugebauer/Wolfgang Bailer-Galanda (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. S.471.

<sup>98</sup> Gerd Kräh (1996): Die freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Frankfurt/Main, S. 80-85.

<sup>99</sup> Kurt Richard Luther (1997): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Herbert Dachs (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien, S.287.

wurde er als neuer Hoffnungsträger in die Partei aufgenommen. Alexander Götz sucht die Zusammenarbeit mit der ÖVP. Erfolgreich gipfelte diese Kooperation im Taus-Götz-Pakt während des Nationalratswahlkampfes 1979. Ab dem Jahr 1980 löste der Rechtsanwalt Norbert Steger Götz nach dessen einjähriger Obmannschaft ab. Unter der Parteiführung der Ära Steger, repräsentierte er eine gewisse programmatische Wende und suchte eine Annäherung zur SPÖ. Wichtig für Steger war, dass das deutschnationale Erscheinungsbild der Partei verschwinden sollte, um die FPÖ als einen koalitionsfähigen Partner darzustellen. Sein Vorhaben(,) die FPÖ in eine liberale Partei zu wandeln, scheiterte aufgrund eines parteiinternen Widerstandes. Den größten politischen Erfolg erzielte Steger in Form der kleinen Koalition im Jahr 1983. Sie wurde von Bruno Kreisky in die Wege geleitet. Steger versuchte die Partei zu zentralisieren, dies scheiterte jedoch am Widerstand der Landesparteiorganisationen, welche die Unabhängigkeit gegenüber der Bundespartei Spitze behalten wollten.<sup>100</sup> Besonders traf dies auf den erfolgreichsten Landespolitiker Jörg Haider zu. Die internen Auseinandersetzungen seit dem Jahr 1983 und nicht endenden Konflikte, mündeten im September 1986 in die Wahl des charismatischen Jörg Haider zum neuen Bundesparteiobmann.<sup>101</sup>

Laut Analyse von Kurt Richard Luther seien die Freiheitlichen, mit der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann der FPÖ auf dem Bundesparteitag in Innsbruck 1986, in die bislang erfolgreichste Phase ihrer Geschichte eingetreten.<sup>102</sup>

Und in der Tat kann davon gesprochen werden, dass es die erfolgreichste Phase der Geschichte der FPÖ war, denn die Freiheitlichen entfalteten in diesen Jahren ihre Kontrolltätigkeit. Es wurden nicht mehr die üblichen Themen des Dritten Lagers aufgegriffen. Haider versuchte, nachdem er die Führung in der FPÖ übernommen hatte, die Schwachpunkte der

---

<sup>100</sup> Vgl. Gerd Kräh (1996): Die freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Frankfurt/Main, S.85-97.

<sup>101</sup> Vgl. Kurt Richard Luther (1997): Die Freiheitlich Partei Österreichs. In: Herbert Dachs (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien.

<sup>102</sup> Ebenda, S.287.

österreichischen Demokratie auf den Punkt zu bringen. Er brachte den Begriff Politik mit den Schlagwörtern wie „Verändern, Erneuern, Wandeln“ in Verbindung. Dank Haider, konnte die FPÖ bei den darauf folgenden Nationalratswahlen ihr Ergebnis verdoppeln.<sup>103</sup>

„Kaum ein anderer österreichischer Politiker kann auf eine so rasche und medienwirksame Karriere zurückblicken wie der am 26.01.1950 in Bad Goisern geborene Jörg Haider.“<sup>104</sup> Er schloss an der Universität in Wien zwischen 1969 und 1973 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften ab und arbeitete zwischen 1973 und 1976 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien. Haiders politische Karriere in der FPÖ begann als Vorsitzender des Ringes Freiheitlicher Jugend in den Jahren 1970 bis 1974. Fast alle wichtigen Ämter hatte er im Laufe der Zeit übernommen: Mitglied des Bundespartei Vorstandes der FPÖ im Jahr 1974, Landespartei sekretär der FPÖ in Kärnten in den Jahren von 1976-1983, Landespartei obmann der FPÖ in Kärnten von 1983-1998, Bundespartei obmann der FPÖ von 1986-2000 sowie 1992-1999 Klubobmann der FPÖ. Abgesehen von seinen seit 1983 verschiedenen politischen Funktion im Bundesland Kärnten.<sup>105</sup>

Nach der Machtübernahme Haiders folgte eine Erfolgsserie. Die FPÖ konnte zwischen 1987-1989 bei sämtlichen Landtagswahlen enorm zulegen. Über 100 Prozent betrug der durchschnittliche Stimmenzuwachs! Im Jahre 1989 wurde er mit den Stimmen der ÖVP zum Kärntner Landeshauptmann gewählt. Jedoch wurde Haider 1991 von diesem Posten wieder abgesetzt, nachdem er bei einer Debatte über

---

<sup>103</sup> Vgl. Nikolaus Werz (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S. 116.

<sup>104</sup> Brigitte Galanda (1987): Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Wien, S. 9.

<sup>105</sup> Vgl. Niklaus Werz (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S. 116.

Arbeitslosigkeit, sich zu einer „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ bekannt hatte.<sup>106</sup>

Der Wille Jörg Haider die FPÖ gegenüber den großen Parteien als eigenständige Machtalternative zu etablieren, brachte die Partei aufgrund des Nationalratswahlergebnis von 1990 einen großen Schritt weiter voran. Auch ein Gewinn bei den Landtagswahlen 1993 und 1994 bestätigten einen Trend der FPÖ. „Bemerkenswert war, dass die Wählergunst nahezu unberührt blieb von den massiven, zumeist öffentlich geführten Angriffen, denen sich die Haider-FPÖ auch aus den eigenen Reihen ausgesetzt sah. Die Wahlerfolge hielten Haider den Rücken frei für eine Entmachtung des liberalen Flügels, dessen Vertreter aus ihren Ämtern nach und nach heraus gedrängt wurden. Nachdem die von der stellvertretenden Vorsitzenden und Parlamentspräsidentin Heide Schmidt angeführten Kritiker Haider spätestens 1992 einsehen mussten, dass es wenig Sinn machte, sich dessen Kurs einer entschiedenen Rechtswendung der Partei weiter entgegen zu stellen, verließ sie die FPÖ, um Anfang 1993 eine eigene Gruppierung- das Liberale Forum- aus der Taufe zu heben.“<sup>107</sup>

Vor allem das von Haider im Jahre 1993 organisierte Volksbegehren zur Ausländerpolitik begründete den Austritt von Heide Schmidt. Nicht den erwarteten Erfolg dieses Volksbegehren bekam Haider und die FPÖ präsentiert. Trotzdem erhöhte sich ihr Stimmenanteil bei den Nationalratswahlen 1994 massiv und zum ersten Mal in der Zweiten Republik war nicht nur die Dauerhaftigkeit des Parteiensystems ins Wanken geraten.<sup>108</sup>

Im Jahre 1999 triumphierte die Partei bei der Wahl zum Kärntner Landtag und wurde erstmals stimmenstärkste Kraft in einem Bundesland. Haider konnte sich wiederholt zum Kärntner Landeshauptmann wählen lassen, da er ein Jahr zuvor in die Landespolitik zurückgekehrt war. Bei den Nationalratswahlen im selben Jahr, gelang der FPÖ unter seiner Führung,

---

<sup>106</sup> Vgl. Frank Decker (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen, S. 71.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 71-72.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 72.

ein sensationeller Sieg. Nach einer knappen Stimmen Mehrheit vor der ÖVP, war die FPÖ hinter der SPÖ zweitstärkste Partei geworden. Es kam zu einer Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ. International löste dieses Ergebnis Proteste aus, vor allem aus diesem Grund, da die FPÖ im Ausland als rechtspopulistische und ausländerfeindliche Partei gesehen wurde.<sup>109</sup>

Haider nahm an der Koalitionsbildung zwischen ÖVP und FPÖ maßgeblich teil. Aufgrund internationaler Proteste gegen die Koalitionsbildung, kam es zu europäischen bilateralen Maßnahmen der EU 14- den „Sanktionen“. Diese sahen eine Reduktion der diplomatischen Verbindungen mit Österreich auf ein absolutes Minimum vor. Im September 2000 wurden diese, nach Vorliegen eines „Weisenberichts“ wieder aufgehoben, nachdem Haider schon im Februar überraschend von seinem Posten als FPÖ- Vorsitzender zurückgetreten war. Nach Haiders Rücktritt im Februar 2000, wurde Susanne Riess-Passer Vizekanzlerin. Obwohl Haider nur mehr einfaches Parteimitglied war, hatte er weiterhin erheblichen Einfluss auf die FPÖ-Bundesregierung.<sup>110</sup>

Im Jahre 2000 kritisierte Haider seine Partei, denn ohne Rückversicherung durch die zuständigen Parteigremien verschob die Partei die für 2003 geplante erste Etappe der Steuerreform. Haider warnte, schlägt zwei Finanzierungsvarianten vor und forderte die Steuerreform vehement ein. Aufgrund der Diskussionsverweigerung der Regierungsmannschaft, kam es zu FPÖ- internen Machtkämpfen. Diese fanden ihren Höhepunkt bei der FPÖ-Delegiertenversammlung in Knittelfeld. Im Verlauf der mehrstündigen Sitzung wurde ein 5 Punkte- Papier erstellt und angenommen. Die Einigkeit wurde jedoch nicht erzielt, denn ein Kompromiss scheiterte in letzter Sekunde. Susanne Riess-Passer wollte nicht mehr verhandeln und gab gemeinsam mit Karl Heinz Grasser und

---

<sup>109</sup> Ebenda, S.72-74.

<sup>110</sup> Vgl. Wolfgang Lahodynsky/Otmar Böhm(2001): Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel. S. 142-150.

Peter Westenthaler ihren Rücktritt bekannt. Um die Erhaltung der Regierung beizubehalten schlägt Haider Schüssel neue freiheitliche Persönlichkeiten vor. Doch Schüssel ruft Neuwahlen aus, bei denen Haider jedoch nicht zur Verfügung stand, sondern Herbert Haupt. Die FPÖ erlitt bei den Nationalratswahlen 2002 eine bittere Niederlage. Für Österreich setzte die Wende fort. Schwarz-Blau 2 wurde angelobt, Herbert Haupt wurde Vizekanzler. Im Jahre 2004 wurde Haider zum dritten Mal zum Landeshauptmann gewählt. 2005 gaben Jörg Haider, Vizekanzler Hubert Gorbach und das freiheitliche Regierungsteam, in einer Pressekonferenz, die Trennung von der „alten FPÖ“ und die Gründung des „Bündnis Zukunft Österreich“ bekannt.<sup>111</sup> Die Begründung Haiders war: „er habe 30 Jahre dafür gekämpft, dass Österreich vom Zweiparteiensystem und ausufernden Proporzsystem befreit werden. Viele in der Partei hätten diesen Weg nicht mitgehen wollen. Daher wolle er nun einen neuen Weg gehen, ohne Behinderung und Heckenschützen.“<sup>112</sup> Bei den Nationalratswahlen 2006 schaffte das BZÖ, wenn auch überraschend, den Einzug in den Nationalrat.

Im Ganzen geschehen kann man sagen, dass Haider durch sein rhetorisches Talent zur allgemeinen Begeisterung geführt hat. Er hatte die Themenführerschaft klar inne. Denn er stellte sich gegen „die da oben“ das heißt gegen die herrschende Elite und setzt sich für untergründige Gemeinschaft ein. Er konstruierte dadurch ein Gefühl der „Wir- Gemeinschaft“. Seine Denkanstöße in der politischen Debatte waren vernünftig aber auch teilweise unvernünftig. Seinen politischen Standort lässt Haider keinen Bedenken aufkommen. Er sieht sich als Vertreter auf der Rechten des politischen Spektrums. Er hat die Geschichte der Zweiten Republik geprägt.

Da im Mittelpunkt meiner Diskussion die Nationalratswahl 2006 steht und nach dem Machtwechsel an der FPÖ- Spitze Heinz Christian Strache die

---

<sup>111</sup> Vgl. Die Freiheitlichen in Kärnten/BZÖ: 30 Jahre Jörg Haider. Sein Weg. S.3.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 3.



Führung übernommen hat, wird sich mein nächstes Kapitel mit dem Spitzenkandidaten auseinandersetzen.

### **3.3 Heinz-Christian Strache und die FPÖ**

Heinz- Christian Strache wurde am 12. Juni 1969 in Wien geboren. Er besuchte von 1975 bis 1979 das Private Internat Neulandschule in Wien, von 1979 bis 1983 das Private Internat Strebersdorf/Schulbrüder und von 1983 bis 1984 die HAS Weiss. Von 1984 bis 1988 absolvierte er seine Lehre als Zahntechniker. Im Jahre 1993 gründete er sein eigenes Unternehmen (Labor Strache Ges.m.b.H.). Schon in frühen Jahren schloss er sich der FPÖ an. Strache wurde vom ehemaligen Chef der Wiener FPÖ Rainer Pawkowitz, zu dem ihn auch eine private Freundschaft verbindet, politisch gefördert. 1991 wurde er zum Bezirksrat gewählt. 1993 wird er Bezirksobmann der FPÖ- Landstraße und galt als einer der jüngsten in der Ausübung seiner Funktion. 1997 wurde er Mitglied des Landespartei Vorstandes der FPÖ- Wien.<sup>113</sup> Im Jahre 2004 wurde er schließlich Landesparteiobmann der FPÖ- Wien. Obwohl Heinz-Christian Strache Jörg Haider vor der Abspaltung sehr nahe stand und als Wiener Parteiobmann ähnliche Positionen wie Haider vertrat, witterte er sozusagen seine politische Chance im Kampf um die Macht, als Haider sich plötzlich für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aussprach. Ab diesem Zeitpunkt war Straches Kritik gegenüber Haider sehr groß. Gerüchten zufolge, hätte Strache eine Kampfkandidatur um den Posten des Bundesparteiobmanns gegen Haiders Schwester Ursula Haubner erwägt, um die Partei wieder auf eine nationalere Linie zu führen. Zu Straches wichtigsten Anhängern zählten zu dieser Zeit der FPÖ-Funktionär Anderas Mölzer und der FPÖ- Volksanwalt Ewald Stadler. Ab diesen Zeitpunkt stand für Strache im Mittelpunkt, seinen Lehrmeister Jörg

---

<sup>113</sup> Vgl. Andreas Mölzer (2004): Neue Männer braucht das Land. Heinz- Christian Strache im Gespräch mit Andreas Mölzer. Wien, S.198.

Haider mit allen Mitteln zu schlagen. Ein offener Machtkampf zwischen Strache und Haider konnte jedoch verhindert werden.<sup>114</sup>

Nach der neugegründeten Partei „Bündnis Zukunft Österreich“ wurden die Geschäfte der übrig gebliebenen FPÖ zuerst vom Wiener Klubobmann Hilmar Kabas weitergeführt. Erst am Parteitag in Salzburg wurde Heinz-Christian Strache am 23. April 2005 mit 90,1 Prozent zum Bundesparteiobermann gewählt. Strache verkündigte: „die alte FPÖ ist gegangen, die echte FPÖ ist zurückgeblieben. Die echten Freiheitlichen sind zurück. Das wird heute die Wiedergeburt der FPÖ in Österreich.“<sup>115</sup>

Straches erste größere Aufgabe war, bei den Wiener Landtagswahlen 2005 zu punkten. Durch Schürung von Fremdenangst wollte er eine altbewährte Taktik einsetzen. Für große Aufregung sorgte sein Plakat mit dem Wahlslogan „Wien darf nicht Istanbul werden“. Obwohl es keiner für möglich gehalten hatte, erhielt die FPÖ mit dem Spitzenkandidaten Strache 14,9 Prozent der Wählerstimmen und somit den dritten Platz. „Das ist uns in kurzer Zeit gelungen. Das BZÖ hat ja überall durch Wahlen eine demokratische Absage erhalten, während die Freiheitliche Partei sich im Großen und Ganzen, auch in der Steiermark, aber vor allem im Burgenland konsolidieren konnte. In Wien schafften wir eine blaue Wiedergeburt, ein blaues Wunder mit 15 Prozent. Dies ist auch als ein erster Testlauf für eine Nationalratswahl anzusehen,“ sagte Strache in einem Gespräch mit Andreas Mölzer.<sup>116</sup>

Konnte sich die Freiheitliche Partei Österreichs mit dem Spitzenkandidaten Heinz Christian Strache bei den Nationalratswahlen 2006 wirklich durchsetzen? Wie hat die FPÖ versucht ihre Wahlwerbung und ihre politische Themen an die Bevölkerung zu bringen? Diese Fragen in Bezug auf die Nationalratswahl 2006 werde ich im Kapitel vier meiner Arbeit genauer erörtern.

---

<sup>114</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Heinz-Christian\\_Strache](http://de.wikipedia.org/wiki/Heinz-Christian_Strache)- 29.09.2008

<sup>115</sup> Neue Freie Zeitung, Nummer 17 Mittwoch 27. April 2005, S. 1

<sup>116</sup> Andreas Mölzer (2004): Neue Männer braucht das Land. Heinz-Christian Strache im Gespräch mit Andreas Mölzer. Wien, S.198.

### 3.4 populistische Mechanismen und Rhetorik der FPÖ

Die Freiheitliche Partei Österreich versucht durch unterschiedliche Mechanismen und Rhetoriken ihr Wahlvolk bei den Wahlen, beziehungsweise schon beginnend bei den Wahlkämpfen, zu ködern. Die populistischen Sprachmanöver gehören unterschiedlichsten Prinzipien an. In diesem Kapitel soll nun dargestellt werden, welche die häufigsten angewendeten Maximen der FPÖ sind.

An erster Stelle der populistischen Rhetorik steht die Methode der schwarz-weiß-malerischen Einteilung der Lebensbereiche sozialer Akteure, das heißt eine Freund-Feind-Darstellung und eine Erstellung von Sündenböcken und Feindbilder nach einer schematischen Vierteilung: „wir-ih/ die unsrigen – die da oben – die da draußen / die ganz anderen. Bei dieser Konstruktion von Feindbildern und Sündenböcken, werden im speziellen „Ausländer“ für die schlechten Zustände und für ungelöste Probleme verantwortlich gemacht.<sup>117</sup> „Bei den von dieser Propaganda Angesprochenen werden diffuse Ängste vor Fremdem, Neuem, vor sozialen und existentiellen Problemen auf diese Feindbilder projiziert bzw. durch diese Theorien zu erklären versucht. Verunsicherungen und Ängste können durch Propaganda, Indoktrination und Hetze in Aggressionen umgewandelt werden.“<sup>118</sup> Die FPÖ hat eine Reihe solcher Feindbilder aufgebaut. Strache hat zum Beispiel bei seiner behaupteten „Islamisierung“ in Österreich Ängste geschürt. Die umstrittene „Moslem-Studie“ des Innenministeriums nahm Strache im Mai 2006 als Grundlage, um eine „Integrationsunwilligkeit vieler Moslems“ zu behaupten: Schnitzelverbot in Kindergärten, Minarette in Tirol, muslimische Väter, die von österreichischen Lehrerinnen verlangen, sich zu verschleiern, Soldaten, die der österreichischen Fahne den Rücken zuwenden- die Integrationsunwilligkeit ist für Strache bei vielen Moslems klar ersichtlich. Für Strache gilt: „wer nicht bereits ist, sich den Lebensgewohnheiten der

---

<sup>117</sup> Vgl. Ebenda, S. 166.

<sup>118</sup> Brigitte Neugebauer/Wolfgang Bailer-Balanda (1997): Haider und die Freiheitlichen in Österreich. Berlin.

Österreicher anzupassen hat in diesem Land nichts verloren und sollte umgehend wieder in eine Heim zurückkehren.“<sup>119</sup>

Die Ausländer sind die idealen Sündenböcke für die FPÖ. Sie verknüpfen in geeigneter Weise „die da Draussen“ mit „denen da unten“, denn Ausländer sind die perfekten „Anderen“. Im Wahlkampf für die Nationalratswahlen 2006 wurde von der FPÖ plakatiert: „Daham statt Islam“, „Deutsch statt nix verstehn“, „Arbeit statt Zuwanderung“. Strache behauptete, dass sich viele Ausländer nicht integrieren wollen, weil sie sowieso glauben, dass sie bald die Mehrheit in Österreich sind. Die Bevölkerung in Österreich selbst, würde so bald zur Minderheit im eigenen Land werden. Weiters forderte Strache einen Stopp des Familiennachzuges für „Gastarbeiter“, denn laut Strache warten in Bulgarien und Rumänien hunderttausende Zigeuner nur darauf, endlich nach Österreich kommen zu können. Die Gastarbeiter die nach Österreich gekommen sind, wären als Gastarbeiterlose geendet und liegen im sozialen Faulbett, fügt Strache hinzu.<sup>120</sup>

Strache und die Freiheitliche Partei versuchen drei große Botschaften im Hinblick auf „die Ausländer“ zu vermitteln:

- „die Ausländer“ sind kriminell
- „die Ausländer“ nehmen Österreichern den Arbeits- und Wohnplatz
- „die Ausländer“ werden durch das österreichische Sozialsystem privilegiert.<sup>121</sup>

Strache fügt hinzu, dass „ die FPÖ dazu entschlossen, sie ist und bleibt die Partei des Österreichischenpatriotismus (...), d.h. dieser patriotische Anspruch verpflichtet zu Widerstand gegen Bestrebungen, Parallelgesellschaften entstehen zu lassen, deren Werte und Selbstverständnis im Gegensatz zur freiheitlichen- demokratischen

---

<sup>119</sup> Herbert Schiedel (2007): Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien, S.129-130.

<sup>120</sup> Vgl. Ebenda, S. 130

<sup>121</sup> Vgl. Walter Ötsch (2002): Haider Light. Handbuch für Demagogie. (5. Auflage) Wien, S. 41.

Leitkultur stehen. Abgelehnt wird auch ein Verständnis von „Integration“, das darin besteht, die heimische Kultur durch das Zusammenführen mit fremden Kulturen einem grundlegenden Wandel zulasten des sozialen Friedens und der österreichischen Identität auszusetzen. Nicht alle Kulturen sind kompatibel, nicht alle Kulturen ohne Beschäftigung ihre Substanz miteinander vereinbar. Wer hier leben möchte, muss daher auch Integrationswillen zeigen.“<sup>122</sup>

„Am 2. Juni 2007 verstieg sich Strache schließlich zur Ungeziefer-Metapher: Das österreichische Sozialsystem würde „Ausländer“ wie „das Licht die Motten anziehen.“<sup>123</sup>

Eine weitere Methode der FPÖ ist: „Nimm dir kein Blatt vor den Mund!“ „Rede, wie dir der Schnabel gewachsen ist. Ohne diese These scheint eine populistische Rhetorik nie auskommen zu können.“<sup>124</sup> Im Gegensatz zu den anderen Parteien, welche laut rechtsstehenden Parteien immer nur um den heißen Brei herumreden, zeigt sich die FPÖ ungeniert, nennt die Dinge beim Namen und getraut sich „denen da oben“ so richtig hineinzusagen. Zum Beispiel hat sich Strache im Hinblick auf das Thema „Europäische Union“ auch kein Blatt vor dem Mund genommen. 2006 versuchte er ein Volksbegehren mit dem Titel „Österreich bleibt frei!“ zu starten. Er sprach strikt gegen einen Beitritt der Türkei zur EU und begründete diesen so: „Viele Gründe sprechen gegen einen EU- Beitritt der Türkei. Nicht zuletzt die religiös und politisch motivierten Krawalle um die Mohammedkarikaturen haben gezeigt, dass die Türkei und Europa Welten voneinander trennen und dass die Toleranz in der Türkei nach wie vor ein Fremdwort ist. Die Trennung von Religion und Staat hat die Türkei in Wahrheit bis heute nicht geschafft. Wäre die Türkei in der EU, würden dem Islam die Tore nach Europa noch weiter geöffnet werden. Das Risiko wäre enorm. Nach der Türkei kämen dann

---

<sup>122</sup> Andreas Mölzer: Was bleibt von der Dritten Kraft. Wien, S.185.

<sup>123</sup> Herbert Schiedel (2007): Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien, S.130.

<sup>124</sup> Frank Decker (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen, S.166.

Länder wie Marokko, Tunesien oder auch Israel in die EU. Damit besteht auch die Gefahr, dass radikale Moslems in der EU noch stärker Fuß fassen werden. Von einem solchen „Religionskrieg“ wäre Österreich auch betroffen. Aus diesem Grund: Stoppt den Türkei- Wahnsinn. „Erweiterungsstopp statt Türkeibeitritt“. <sup>125</sup>

Da Politik immer mit Gefühlen zu tun hat, versuchen aus diesem Grund die Politiker Emotionen innerhalb der Wählerschaft auszulösen. Gefühle können die Absichten der Politiker steigern, indem sie intensive teilweise auch tabuisierte Gefühlszustände steuern versuchen. Strache versucht anhand von Begriffen, Bildern und Szenen von Gewalt, innerhalb der Bevölkerung Hass zu erwecken. Das heißt, er spricht die Gewalt an, die „WIR“ von „den Anderen“ erleiden müssen. Die Sprache von Strache ist hier selbst von Gewalt belegt, weil er Österreich von den radikalen Moslems befreien und eine Zerstörung vieler kleiner Existenzen verhindern will. Die Gewalt- Sprache die Strache hier ausübt beschreibt Walter Ötsch folgendermaßen und beschreibt hier deutlich wie versucht wird Angst zu schüren: „Die Anderen bedrohen UNS. Dauernd machen sie UNS Angst. Wir sind IHRE Opfer. WIR müssen uns gegen SIE wehren. Deshalb ist es angebracht, den Spieß umzudrehen und den Anderen auch zu drohen. Drohungen an die Anderen sind ein Akt von Notwehr. Lassen Sie sich nichts gefallen. Versetzen sie die Anderen in Angst und Schrecken.“ <sup>126</sup>

Ein weiteres Prinzip ist das der Froschperspektivierung: „Durch sie wird bei den Adressierten versucht zu vermitteln: „Ihr, da oben, ihr Politiker und Politikerinnen, missbraucht eure Macht zu euren Gunsten. Wir, hier unten, sind eurem Treiben ausgeliefert, sind ohnmächtige Opfer eurer Politik. Dass soll ich aber ändern.“ <sup>127</sup> Es ist festzustellen, dass bei der Kritik am herrschenden System die Unzufriedenheit von Strache selbst zum Ausdruck kommt. Er begnügt sich nicht damit, argumentative Kritik zu

---

<sup>125</sup> Neue Freie Zeitung Nummer 7 16. Februar 2006 S. 4

<sup>126</sup> Vgl. Martin Reisingl (2002): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbietungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, S. 153.

<sup>127</sup> Ebenda, S. 167.

üben, sondern versteigt sich in eine grundlegende und überzogene Kritik. Damit versuchte Strache zum Beispiel seine Rolle als Oppositionspolitiker besondere Bedeutung zu verleihen. Aus der folgenden Formulierung ist dies deutlich herauszuhören:

„Zum einen ist es das Ziel der FPÖ, als einzige wirkliche und verlässliche Oppositions- und Kontrollpartei so stark wie möglich zu werden. Das heißt, die Zweistelligkeit zu erreichen, auch als politische dritte Kraft vor den Grünen zu liegen und sowohl schwarz-grün als auch rot-grün für Österreich verhindern. Denn das wäre ein Experiment auf dem Rücken Österreichs, das nicht erwünscht ist und das kann nur verhindert werden, wenn wir auch wirklich den dritten Platz nach der kommenden Nationalratswahl sicherstellen können. Wir werden als die verlässliche Oppositions- und Kontrollpartei natürlich auch in den kommenden Jahren ohne Kompromisse die einzige soziale Österreich- und Heimatpartei sein. Das heißt, wir werden „Österreich zuerst“ unter dem Motto „Herr im eigenen Hause bleiben“ in allen Themenbereichen im Parlament in den Mittelpunkt stellen und versuchen, die großen Parteien vor uns herzutreiben.“<sup>128</sup>

Strache versucht auf das Bewusstsein der Bevölkerung einzuwirken, aufgrund seiner äußerst „verständlichen“ Sprache. Das heißt, diese Verständlichkeit seiner Aussagen wird erreicht durch einfache und kurze Sätze. Auch ständige Wiederholungen wirken sozusagen auf das Bewusstsein ein. Wird in der Sachsprache vom „politischen Erfolg der FPÖ“ gesprochen, so versucht Strache dies mit der so genannten Gefühlssprache „wir haben allerhand zusammengebracht“ an die Bevölkerung zu bringen. Ein weiteres Beispiel, wird von einem „Maastricht-konformen Budget“ gesprochen, würde dies von Strache so verbreitet werden: „Die österreichischen Wähler haben genug davon, (...) den Maastricht Befehlen aus Brüssel gehorchen zu müssen. Zusammengefasst bedeutet dies, dass mit dieser Gefühlssprache eine

---

<sup>128</sup> Andreas Mölzer (2005): Neue Männer braucht das Land. Wien, S. 81-82.

persönliche Beziehung anhand dieser politischen Inhalte erzielt werden soll. Die Politik versucht hier zwischen Freund und Feind zu kämpfen.<sup>129</sup>

Das Prinzip der Wiederholung darf nicht unterschätzt werden. Denn es „(...) zielt auf das eindringliche, persuasive, gebetsmühlenartige Eintrichtern der populistischen Botschaften ab, hat somit einen verstärkenden, Nachdruck verleihenden Charakter, d.h. für das Gedächtnis einprägsame Funktion. Die Repetition soll bewirken, dass die populistische Botschaft bei den Umworbenen hängen bleibt.“<sup>130</sup> Für Heinz Christian Strache sind „Ausländer kriminell und drogensüchtig“. Wenn sich nicht bald etwas ändere, nämlich ein Zuwanderungsstopp geschaffen wird, meint Strache, dass in wenigen Jahrzehnten unter den Jugendlichen in Österreich, bis zu einem Alter von 14 Jahren, jeder zweite ein Moslem sein wird. Deswegen gilt, diese Behauptung so oft wie möglich an die Bevölkerung zu bringen und zu wiederholen. Es ist klar festzustellen, dass mit der Zahl der Wiederholungen einer Behauptung, die Bereitschaft beim Hörenden wächst, diese Behauptung als wahr zu beurteilen. Das gilt aber vor allem nur dann, wenn auf Antrieb diese Behauptung den Hörenden nicht als unwahr erschienen ist.<sup>131</sup>

Eine wichtige Rolle in der FPÖ spielt auch die Repräsentation des „Führers“ der Partei. Ein jung- dynamisches Image erfolgt bei dieser Partei auf verschiedenen Ebenen. Bei der FPÖ steht hier vor allem die Person des Parteiobmanns und Spitzenkandidaten im Mittelpunkt. Das Spektrum geht von seinen sportlichen Leistungen bis zu seinem Outfit. In der Verkörperung eines jung dynamischen Politikers, will Strache vor allem die „junge Wählerschaft“ überzeugen.

---

<sup>129</sup> Vgl. Walter Ötsch (2002): Haider Light. Handbuch für Demagogie. (5. Auflage) Wien, S. 55.

<sup>130</sup> Martin Reisigl (2002): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbietungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, S. 168.

<sup>131</sup> Vgl. Walter Ötsch (2002): Haider Light. Handbuch für Demagogie. (5. Auflage) Wien, S. 84.



Zusammenfassend möchte ich die wichtigsten unterschiedlichen populistischen Mechanismen von Walter Ötsch anführen:

1. die „Sündenbock-Theorie“, hier werden bedeutungslose kleine Gruppen als Sündenböcke hingestellt. Als eine ideale „Sündenbock-Gruppe“ erweisen sich „Ausländer“.

2. die selektive Wahrnehmung. Die Behauptung ist nicht schwer aufzustellen, dass sich die Ausländer nicht integrieren wollen, weil sie zum Beispiel kein Deutsch lernen. Die Fehleinschätzung dieser Behauptung liegt aber darin, dass Immigranten, die gut Deutsch sprechen, nicht mehr als so genannter „Ausländer“ wahrgenommen werden.

3. die Pauschalverurteilung von Gruppenverhalten. Für rechte Politiker ist es auch sehr praktisch, Rückwirkungen einfach nicht zu erwähnen. So nehmen, zum Beispiel wie es auch H.C. Strache in seinen Wahlreden öfters angesprochen hat, die Ausländer „uns“ die Wohnungen etc... weg, jedoch ohne zu erwähnen, dass das so nicht richtig ist.

Zuletzt spielt auch die Wortwahl bei den „Populisten“ eine große Rolle. H.C. Strache versuchte bei seinen Wahlkampfreden ein so genanntes „Wir-Gefühl“ zu vermitteln. Die Einteilung in „Gut und „Böse“ Kategorien und die Dämonisierung der so genannten „Anderen“, die übermächtig einem gegenüberstehen, werden als Werkzeuge bezeichnet, um vor allem mit der Angst von der Bevölkerung zu arbeiten.<sup>132</sup>

Es ist schwer vorzustellen, wie die Freiheitlich Partei Österreich agieren würde, wenn sie nicht mit großteils- irrationalen Ängsten operieren und gegen geschaffene Feindbilder agitieren könnten. Das Charakteristikum würde jedoch wahrscheinlich erhalten bleiben, nämlich um jeden Preis Aufmerksamkeit zu erregen.

---

<sup>132</sup> Vgl.Ebenda, S. 84.

## 4 Die Nationalratswahl der FPÖ 2006

Im österreichischen Nationalrat waren nach der Nationalratswahl im Jahre 1999 vier Parteien vertreten. Zu diesen gehörten die SPÖ, ÖVP, FPÖ und die Grünen. Diese Wahl ging in die Geschichte ein, denn erstmals in der Zweiten Republik (nach 1945) kam es zu einer Koalitionsregierung zwischen FPÖ und ÖVP. Die Führung übernahm Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Aufgrund von internen Auseinandersetzungen der FPÖ wurden vorgezogene Neuwahlen im Jahre 2002 durchgeführt. Diese Nationalratswahl brachte mit 42 Prozent der ÖVP die relative Mehrheit und eine Fortführung der Koalition mit der FPÖ, welche jedoch 10 Prozent einbüßen musste. Als es im Jahr 2005 zur Spaltung der FPÖ und zur Gründung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) unter der Führung von Jörg Haider kam, setzt die ÖVP die Koalition mit der neuen Partei weiter fort. Ab diesem Zeitpunkt waren fünf Parteien im Nationalrat vertreten.<sup>133</sup>

„Für den 1. Oktober als Termin war ein vorzeitiger Auflösungsbeschluss des Nationalrats nötig, den die fünf Parlamentsparteien einstimmig am 14. Juli 2006 fassten. Ohne frühzeitige Auflösung hätte die Wahl regulär knapp zwei Monate später, am 26. November 2006, stattgefunden.“<sup>134</sup>

Bei den Nationalratswahlen 2006 traten erstmals in der Geschichte Österreichs zwei rechtsorientierte Parteien zur Wahl an. Dies waren die BZÖ und die FPÖ. Da im Mittelpunkt meiner Arbeit die FPÖ steht, wird sich dieses Kapitel mit folgenden Fragestellungen auseinandersetzen:

Welche Wahlthemen und Wahlstrategien hat die FPÖ angewendet um ihre Wähler mobilisieren zu können? Mit welchen Mitteln hat die FPÖ versucht wahlzuwerben? Hat die FPÖ anhand ihrer Plakate und Wahlkampagne versucht, sich als jene Partei zu positionieren, die den Ängsten der Bürger entgegenwirken soll?

---

<sup>133</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl\\_in\\_%C3%96sterreich\\_2006](http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2006)- 29.09.2008

<sup>134</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl\\_in\\_%C3%96sterreich\\_2006](http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2006)- 29.09.2008

Die Freiheitliche Partei Österreichs wurde seit April 2005 von Heinz Christian Strache geführt und diese trat mit Strache als Spitzenkandidat zur Nationalratswahl 2006 an. Noch unter der Obmannschaft von Haider konnte der Anteil der Stimmen der FPÖ fast verdreifacht werden, jedoch stürzte die Partei im Jahr 2002 auf 10 Prozent ab. Für Strache galt, die „alte FPÖ“ wieder neu aufzubauen.

Strache führte an: „Will die Freiheitliche Partei in Zukunft wieder erfolgreich sein, dann muss die Renaissance der FPÖ mit einer Renaissance ihrer Werte und Tugenden einhergehen. Diese Werte und Tugenden sind aber weder als alt noch als neu zu bezeichnen. Denn unsere Tugenden, die von manchen verächtlich als „alt“ oder als „überlebt“ bezeichnet werden, sind in Wahrheit bestehend und konstant und treten nur in immer anderen Formen auf.“<sup>135</sup>

Das Hauptziel der FPÖ war es den Vertrauensverlust, welche die FPÖ aufgrund der Spaltung hinnehmen musste, zu entschädigen. Denn „durch die Spaltung der FPÖ in ein regierungsloyales BZÖ und eine auf einen rechtspopulistischen Oppositionskurs abgeschwenkte FPÖ stütze sich die Koalitionsregierung zwar weiterhin auf eine parlamentarische Mehrheit, da die ehemaligen FPÖ- Abgeordneten mit wenigen Ausnahmen zum BZÖ gewechselt waren und nun die ÖVP+BZÖ Regierung unterstützen, verlor aber, was die Wählerunterstützung betrifft, seit 2005 ihre Mehrheit, da sich das neu gegründete BZÖ konstant unter der Vizeprozent- Marke bewegte und bei Regionalwahlen in Wien und der Steiermark deplorable Ergebnisse einfuhr.“<sup>136</sup> Für die FPÖ Führung stellte dieser absolute Neubeginn eine große Hürde dar.

Die Nationalratswahlkampagne der FPÖ hatte indirekt bereits im Herbst 2005 bei den Wiener Gemeinderatswahlen angesetzt. Die Kampagne der Gemeinderatswahl war geprägt vom Bundesparteiobmann und

---

<sup>135</sup>Andreas Mölzer (2005): Was bleibt von der Dritten Kraft. Wien, S. 43.

<sup>136</sup>Fritz Ulram/Peter A. Plasser (2007): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S. 9.

Spitzenkandidaten Heinz Christian Strache. Die Themen wie Ausländer und kein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union wurden mit dem Slogan anhand von Plakaten „Wien darf nicht Istanbul werden“ verbreitet. Dieses Plakat H.C. Straches („Wien darf nicht Istanbul werden“) weist vor allem auf die Zuwanderung hin und versucht erstmals die Kernbotschaft der FPÖ für den Wahlkampf 2006 an die Bevölkerung zu bringen. Hierbei stand also fest, dass die Werbelinie der FPÖ keine großen Neuheiten in den Vordergrund gestellt hatte, sondern insgeheim den Wahlkampf wie ihn bereits Jörg Haider geführte hatte, fortgesetzt wurde. Denn auch blau, weiß und rot blieben die Farben und die österreichische Fahne kam wie schon in der Kampagne zum EU- Volksbegehren wieder zum Vorschein. Bei einem weiterem Wahlplakat wurde „Das Duell um Wien“ ausgerufen. Dieses Plakat wurde auf den Wiener Bürgermeister Michael Häupl und auf den Spitzenkandidaten Heinz Christian Strache beschränkt.<sup>137</sup>

Auf der einen Seite Bürgermeister Häupl, welcher sich für Asylanten und für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union einsetzt und auf der anderen Seite Heinz Christian Strache, der seine Hilfe in den Mittelpunkt stellte, um der Wiener Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um vor allem den Beitritt der Türkei zur EU zu verhindern. Die Botschaft Straches an die Bevölkerung richtete sich gegen die absolute Mehrheit der SPÖ im Wiener Rathaus.<sup>138</sup> Bei den Gemeinderatswahlen im Oktober 2005 erhielt die FPÖ 14,9 Prozent der Wählerstimmen. Aufgrund dieses Ergebnisses setzte die Partei fort an einer Mobilisierung mittels Volksbefragung. Ein möglicher EU Beitritt wurde aufgrund einer Volksbefragung versucht zu bekämpfen und zwar unter dem Schlagwort „Österreich bleib frei“.<sup>139</sup>

---

<sup>137</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien: [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/Wahlkampf\\_in\\_Wien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/Wahlkampf_in_Wien.pdf)

<sup>138</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>139</sup> Vgl. Kurt Richard Luther (2007): Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus. In: Fritz Ulram/Peter Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S. 238-239.

Welche Wahlstrategie und Wahlthemen die FPÖ jedoch genau bei ihrer Wahlkampagne verwendet hat, damit wird sich jetzt mein nächstes Unterkapitel genauer auseinandersetzen.

#### **4.1 Die Nationalratswahlkampagne der FPÖ- Wahlstrategien, Wahlthemen und Wahlplakate**

Mit welchen Mitteln hat die FPÖ bei den Nationalratswahlen 2006 versucht wahlzuwerben? Diese Fragestellung soll im Laufe dieses Kapitels genauer erörtert werden.

Die FPÖ hat die Werbelinie ihrer Wahlkämpfe und Wahlkampagnen intern erarbeitet und nie mit externen Werbeagenturen zusammengearbeitet. Bei den Nationalratswahlen 2006 stand die Gestaltung der Wahlkampagne unter der Führung von dem Wahlkampfleiter Herbert Kickl.<sup>140</sup>

Die graphische Darstellung der Werbemittel der FPÖ waren teilweise ident mit der grafischen Aufmachung vor der Wienwahl 2005. Ein ähnlicher Slogan wie „Deutsch statt nix verstehn“ wurde bereits 2005 verwendet. Im Mittelpunkt stand der Kandidat Heinz Christian Strache, der auf sehr vielen Wahlplakaten präsent war.

„Zu den Hauptwerbemittel der FPÖ zählte das Plakat, welches in der Groß- und Kleinfläche (24-Bogen, 16-Bogen bzw. 2- und Einbogenplakate) auf den Transport der Marke H.C. Strache zugeschnitten war und in der graphischen Umsetzung die bisherige Werbelinie der FPÖ ohne wesentliche Veränderungen konsequent weiterführte.“<sup>141</sup>

Bereits zu Beginn der Nationalratswahlen wurden Inserate geschaltet um vor allem den Parteiführer und Spitzenkandidaten H.C. Strache zur

---

<sup>140</sup> Vgl. Andreas Lederer (2007) : Strategien und Praktiken politischer Werbung. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S. 46.

<sup>141</sup> Herbert Kickl (2007): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S. 79.

Popularität zu verhelfen. Hierbei wurden verschiedene Botschaften an die Wählerschaft gerichtet zum Beispiel der Slogan „*Hart, aber herzlich*“. Auf diesem Plakat wurde Strache mit einer Frau und Kindern sowie mit Pensionisten abgebildet. Dieses Plakat sollte der Öffentlichkeit den gutmütigen und hilfsbereiten Umgang Straches mit der Bevölkerung darbringen, jedoch parallel auch den Prüfer der Macht darstellen.<sup>142</sup>

Entweder stand die Person des Heinz Christian Strache im Mittelpunkt der Wahlplakate oder eine Österreichfahne. Die Farben blau, weiß und rot dominierten auf den Wahlplakaten. Am Ende der Kampagne nahm die österreichische Fahne „einen zunehmend größeren Platz am Plakat im Hintergrund des Portraitfotos des Spitzenkandidaten ein, bis sie im Schlussplakat mit der Kernbotschaft „Österreich zuerst“ zum dominierenden graphischen Element wurde.“<sup>143</sup>

Da gerade die Wahlplakate als essentielles Hauptwerbemittel galten, werden diese nun genauer dargestellt und erörtert. Es sollen die Botschaften dieser Wahlplakate genau analysiert werden:

Mit der Einführung der Plakate wurden teilweise mehrere Botschaften in den Mittelpunkt gestellt. H.C. war der einzige durchgängige Werbeträger am Plakat als auch in den bundesweiten Wahlplakaten und Inseraten.



Abbildung 1: „Der Patriot, Er für Euch“-

FPÖ- Wahlplakat 2006

(Quelle: eigene Fotografie vom 26.09.2006)

<sup>142</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien.

[http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/Wahlkampf\\_in\\_Wien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/Wahlkampf_in_Wien.pdf)

<sup>143</sup> Herbert Kickl (2007): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S 80.

Die Textierung dieses Plakats folgte ebenso dem Prinzip „so einfach wie möglich, aber jedoch nicht einfacher“ („Er für Euch“). Gearbeitet wird im Hintergrund mit der österreichischen Fahne und im Mittelpunkt steht der Parteiführer und Spitzenkandidat H.C. Strache. Auffällig vor allem hier sind die Augen, welche in einem extremen blau gehalten sind.

Die Hauptbotschaften auf den Plakaten wurden grundsätzlich in einem auffälligen Rot gehalten, mit klaren und durchaus angriffig-provokanten Alternativen, die die Kernthemen der Wahlkampagne der FPÖ verdeutlichen, „wobei die Großfläche die emotional-positiven Metaebenen zum Ausdruck bringen sollte, während die Kleinfläche als Angriffsmittel konzipiert war.“<sup>144</sup>

Die Sublinie, welche in Weiß gehalten wurde, diente mit dem Experiment, dieses Plakat mit der Botschaft sozusagen zum interaktiven Medium zu machen.



Abbildung 2: Sozialstaat statt Zuwanderung (Quelle: eigene Fotografie vom 24.09.2006)

Mit diesem Plakat versuchte die FPÖ die Botschaft zu vermitteln, dass Österreich kein Einwanderungsland ist und dies sollte in der Bundesverfassung festgeschrieben werden. Angesprochen wird hier insbesondere die Zuwanderungsproblematik. „Es ist ein eigenes Staatssekretariat einzurichten, das sich mit der Rückführung von

---

<sup>144</sup> Herbert Kickl (2007) : Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S. 80.

Ausländern befasst.“<sup>145</sup> In diesem Zusammenhang vertritt die FPÖ daher die Meinung, dass es eine generelle Visumpflicht für Nicht-EU-Ausländer geben sollte. Die Zuwanderungsproblematik wurde hier eng mit der Frage der Zukunft des Sozialstaates in Verbindung gebracht.<sup>146</sup>

„Diese verstärkte und konkrete Hereinnahme der sozialen Dimension ins Wahlprogramm, etwa in Form von Vorschlägen zur steuerlichen Entlastung von Familien, als garantierte Pflege- und Gesundheitsleistungen unabhängig von Alter und Einkommen und insgesamt als Verschiebung des Bezieherkreises von Sozialleistungen hin zum Staatsbürger, sollte aus der Sicht der FPÖ ganz bewusst eine gleichermaßen inhaltliche wie emotionale Nische zu schließen versuchen, die ÖVP und SPÖ hinterlassen hatten.“<sup>147</sup>



Abbildung 3: Heimat statt Schüssel & Brüssel (Quelle: eigene Fotografie vom 25.09.2006)

Vor allem wurde versucht im Layout alle Bilder die Themen der Dreieckständer darzustellen, um das Thema und die Forderungen der FPÖ bekannt zu geben. Es wurde versucht vor allem kurze Slogans zu verwenden. Sichtbar hierbei ist, dass immer häufiger Slogans mit auffälligen Worten zur Marktpositionierung genutzt werden, um die FPÖ die Wählerschaft viel schneller und direkter erreichen zu können.

---

<sup>145</sup> www.fpoe.at- Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ. Nationalratswahl 2006.

<sup>146</sup> Ebenda, S. 80.

<sup>147</sup> Herbert Kickl (2007): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien.S. 78.



Mit dem Slogan „Heimat statt Schlüssel & Brüssel versuchte die FPÖ ihre EU- kritische Position als sozusagen zweites inhaltliches Standbein in den Vordergrund zu bringen. „Über hoch emotionale Themen wie die Ablehnung der EU- Verfassung in der bestehenden Form und insbesondere die klare Position gegen einen Beitritt der Türkei in die Europäische Union wurde gezielt die inhaltliche Oppositionsrolle der FPÖ gegen einen Einheitsblock der anderen Parteien in für die österreichische Bevölkerung sensiblen Bereichen gefestigt (...) Überdies bot die EU- Thematik eine optimale Gelegenheit, in einer bundesweiten Kampagne die Bekanntheit des Spitzenkandidaten und Siegers von Wien weiter zu stärken.“<sup>148</sup>

Nicht nur die Ablehnung einer EU- Mitgliedschaft der Türkei lehnte die FPÖ ab, sondern sie forderte auch eine Aufrechterhaltung der Souveränität Österreichs, als auch der immerwährenden Neutralität. „Diese Neutralität gewinnt in einer Zeit, in der ein US- amerikanischer Vorherrschaftsanspruch aggressiv die Welt erfasst, an Bedeutung. Österreichische Soldaten dürfen als Bürger eines neutralen Landes nicht für imperialistische Ziele missbraucht werden.“<sup>149</sup> Weiters sollte aufgrund dieser EU kritischen Ausgangsposition auch ein Einwanderungsstopp für alle Staaten der Europäischen Union erfolgen.

Mit der Einführung der Dreieckständer wurden mehrere Botschaften in den Mittelpunkt gestellt wie Zuwanderung, Arbeit, EU und das Asylwesen. Mit diesen Plakaten wurde versucht teilweise die Ängste der Bürger zu schüren wie zum Beispiel die Gefahr der EU- Erweiterung mit dem Beitritt der Türkei. Vor allem der Islam erhielt in diesem Bereich eine zentrale Botschaft der FPÖ-Kampagne.<sup>150</sup>

---

<sup>148</sup> Herbert Kickl (2007): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S.79.

<sup>149</sup> Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ. Nationalratswahl 2006-  
www.fpoe.at

<sup>150</sup> Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien:  
vgl. [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/Wahlkampf\\_in\\_Wien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/Wahlkampf_in_Wien.pdf)



Abbildung 4: Wahlplakate FPÖ Nationalratswahl 2006 (Quelle: <http://www.politikberatung.or.at-07.11.2008>)

Die Freiheitliche Partei versuchte ihre Position in Bezug auf die islamische Welt, anhand eines eigenen Wahlplakates der Bevölkerung folgendermaßen zu vermitteln:



Abbildung 5: „Daham statt Islam“ (Quelle: <http://www.politikberatung.or.at-07.11.2008>)

Das sich die Wahlkampagne der FPÖ bei den Nationalratswahlen vor allem gegen Ausländer gerichtet hatte, konnte mit der Darstellung der vorherigen Plakate festgestellt werden.

„Die Entwicklung als FPÖ- Monopol bestand in der Aufnahme des Leitkulturthemas in bewusster Auseinandersetzung mit dem Phänomen des radikalen Islamismus als aktuelles und relevantes Bedrohungspotenzial für eine demokratisch organisierte

Gesellschaftsordnung, die als einen ihrer wesentlichsten Werte Toleranz artikuliert.“<sup>151</sup>

So richtete sich das Plakat „Daham statt Islam“ insbesondere gegen die Problematik der Zuwanderung des Islams in Europa beziehungsweise in Österreich. Die FPÖ wollte hiermit die Botschaft vermitteln, dass sie für eine klare Trennung zwischen Kirche bzw. Religion und Staat steht. Hier führte die FPÖ an, dass eine Vereinbarkeit mit der muslimischen Tradition und dem europäischen Demokratie- und Grundrechtsverständnis bestehen muss. Egal in welcher Weise, ist für die FPÖ klar festzuhalten, dass der Islam kein Teil österreichischer oder europäischer Leitkultur war und ist. Laut FPÖ hat sich die Zahl der eingebürgerten Muslime in Österreich seit der Volkszählung im Jahre 1991 mehr als versechsfacht.<sup>152</sup>

Im Bereich der Integration von Muslimen in Österreich diskutierte die FPÖ zu dieser Zeit folgende Maßnahmen: zum Beispiel, „sollte der Religionsunterricht in islamischen Schulen in deutscher Sprache abgehalten werden. Lehrer mit mangelnden Deutsch-kenntnissen dürfen keine Lehrererlaubnis bekommen. Weiters sollte es ein Verbot von Minaretten durch eine dahingehende Änderung der österreichischen Bundes- Verfassung, bzw. der einzelnen länderspezifischen Bauordnungen geben. Ein Kopftuchverbot sollte in öffentlichen Räumen durchgesetzt werden. Jeder Bewerber um die Staatsbürgerschaft hat vor Verleihung derselben eine Bekenntnisurkunde zu unterfertigen, in der sich zu den europäischen Werten, insbesondere der parlamentarischen Demokratie und den in Europa geltenden Rechtsordnungen bekennt. Handelt er diesem Bekenntnis in späterer Folge zuwider, in dem er etwa die Scharia propagiert oder seine Töchter zwangsverheiratet, ist ihm die Staatsbürgerschaft zu entziehen.“<sup>153</sup>

---

<sup>151</sup> Herbert Kickl (2007): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S. 79.

<sup>152</sup> Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ. Nationalratswahl 2006-  
www.fpoe.at

<sup>153</sup> Ebenda.

Trotz großer Zurückhaltung der beiden Parteien ÖVP und SPÖ bekam das Ausländerthema eine zentrale Rolle während des Wahlkampfes zugeschrieben.

#### **4.1.1 Techniken und Mittel der Werbekampagne der FPÖ**

Folgende Fragestellung steht hier im Mittelpunkt: welche Mittel hat die FPÖ angewendet, um die Wähler in Österreich überzeugen zu können?

Zu den wichtigsten Mitteln und Techniken der FPÖ gehörten die Werbemittel wie Plakate, Inserate, Radiospots, aber auch Folder, welche auf verschiedenen Veranstaltungen verteilt wurden.<sup>154</sup> Vor allem die Plakate der FPÖ haben sowohl innerhalb der Bevölkerung aber auch im Medienbereich für eine sehr hohe Resonanz gesorgt. Im Mittelpunkt stand die Aufmerksamkeit der Wählerschaft zu bekommen, um vor allem diesen die Botschaften, welche anhand dieser Plakate vermittelt wurden, nahezubringen.

Das wesentliche Wahlkampfinstrument der FPÖ blieb jedoch die direkte Kommunikation mit der Wählerschaft. Zu den wesentlichen Maßnahmen der Wahlkampfstrategie der FPÖ zählte die „HC Tour“. Natürlich wurden auch Fernsehauftritte in den Vordergrund gestellt, jedoch an erster Stelle stand, einen direkten Kontakt zur Wählerschaft auf den Straßen herzustellen. Zu diesen öffentlichen Straßenveranstaltungen zählten auch die Informationsstände, welche von den Bezirksorganisationen aufgestellt wurden. Hier stand vor allem der Bezirksmandatar für Rede und Antwort bereit, jedoch wurde auch gelegentlich ein Besuch des Spitzenkandidaten H.C Strache abgestattet.<sup>155</sup>

---

<sup>154</sup>Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien.

vgl. [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/Wahlkampf\\_in\\_Wien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/Wahlkampf_in_Wien.pdf)

<sup>155</sup> Ebenda.

Neben Foldern und Broschüren wurden auch Kugelschreiber oder Feuerzeuge sowie kleine Stoffbären mit der Aufschrift „HC Strache“ ausgeteilt. Die zentralen Wahlkampfveranstaltungen wie, der Wahlkampfauftakt (September 2005) sowie die Wahlabchlusskundgebung (Oktober 2006), zählten zu den Höhepunkten der Wahlkampagne. Diese öffentlichen Auftritte des Spitzenkandidaten waren gut besucht. Zuletzt gehörte zu den modernen Wahlkampfmittel das Internet im Besonderen die Homepage der FPÖ, aber auch die Homepage von H.C. Strache. Die Homepage von H.C. Strache beinhaltete wenig Text, den dieser Text wurde gegen Bilder getauscht. Unverwechselbare Botschaften und Links über die neusten Infos über die laufende Kampagne waren integriert.<sup>156</sup>

Wichtig für die Partei war auch die Ausgangslage und Aufmerksamkeit innerhalb der Bevölkerung zu finden, vor allem in einer Informationsgesellschaft, wo die Dominanz bei immer schnelleren Informationen und immer schnelleren Werbebotschaften liegt. Eine der wichtigsten politischen Informationsquellen war nach wie vor das Fernsehen.<sup>157</sup>

Die 12 TV-Debatten, welche zur Nationalratswahl 2006 im ORF angeboten wurden, hatten im Durchschnitt 658.000 Zuseher im Alter über zwölf Jahren. Die Wahlkonfrontationen sahen laut einer Statistik des ORF vier von zehn Österreichern, welche um genau zu diesem Zeitpunkt ferngesehen hatten. Zu beobachten war, dass die Diskussion der Spitzenkandidaten auf Platz eins und das Duell des Kanzlerkandidaten auf Platz zwei war. Schon an dritter Stelle kam das Duell der gegnerischen Parteichefs H.C. Strache und Peter Westenthaler.<sup>158</sup>

---

<sup>156</sup> Vgl. Ebenda

<sup>157</sup> Vgl. Irmtraud Voglmayr (1999): Politik online. Österreichische Parteien im Internet. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Neue Medien und Politik. Innsbruck, S. 42-43.

<sup>158</sup> Vgl. Franz Renner (2007): Die Qual der Fernsehwahl. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S.121.

Tabelle 1: kurzer Ausschnitt aus dem Ranking der TV- Debatten zur Nationalratswahl 2006

			Seher	MA in %	RW in %
1.	Diskussion der Spitzenkanal-Daten	28.9.	1,264 Mio.	47	18,3
2.	Schüssel-Gusenbauer	21.9.	1,148 Mio.	45	16,6
3.	Strache-Westenthaler	15.9	597,000	40	8,7

(Quelle: Franz Renner (2007): Die Qual der Fernsehwahl. In: . In: Thomas Hofer/Barbara Toth (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien. S. 133.

ORF. MA Marktanteil – Prozentanteil an der Gesamtzahl der Zuseher, die zu einem bestimmten Zeitpunkt fernsehen. RW Reichweite – Prozentanteil an der Gesamtzahl der Personen in TV- Haushalten, die vom ORF (über einen bestimmten Zeitraum) erreicht werden können).

#### 4.1.2 Stärken und Schwächen der FPÖ

Vor allem nach den Streitereien zwischen FPÖ und BZÖ befand sich die FPÖ in schwierigen Turbulenzen. Durch die Abspaltung des BZÖ war der Landesparteitag der Wiener FPÖ im April 2005 immer noch betroffen, jedoch blickte man vorausschauend dem bevorstehenden Wahlkampf entgegen. Die FPÖ bediente sich wie bereits vor ihrer Spaltung mit den Themen wie Ausländer, Kriminalität und Sicherheit. Der Fokus des Wahlkampfes war auf eine Person gerichtet nämlich auf Heinz Christian Strache. Schon die Selbstvermarktung der Abkürzung seines Namens „HCS“ erinnerte an den Finanzminister KHG. Viele Behauptungen standen jedoch im Mittelpunkt, dass gerade „die Ausländer“ als Wahlkampfthema nicht mehr so innerhalb der Bevölkerung ankommen würden, da dieses

Thema bereits in den 1990er Jahren von Jörg Haider als Wahlkampfstrategie verwendet wurde. Während der Wahlkampfkampagne wurden somit auch alte Erinnerungen wieder geweckt zum Beispiel mit dem Plakat „Wien soll nicht Istanbul“ werden.<sup>159</sup>

„Das Plakat wurde als das wirksamste Mittel innerhalb der Kampagne der FPÖ auf der politischen Bühne gesehen. Ebenso bedeutsam für die FPÖ war auch die Festigung einer inhaltlichen Monopolstellung rund um die Themen wie Zuwanderung, Asyl und Sicherheit. Im organisatorischen Bereich wurden in der Wahlauseinandersetzung neue Wege gezeigt. Die FPÖ entwickelte empirisch-systematische Grundlagen als grundlegende Unterstützung für die Entscheidungen der Wahlkampfführung. „Gemeint sind damit nicht die klassischen Instrumente der Meinungsumfragen in quantitativer oder qualitativer Hinsicht, sondern die Entwicklung eines völlig neuartigen statistischen Verfahrens, für das der Terminus Potenzialanalyse als Bezeichnung gewählt wurde.“<sup>160</sup>

Die FPÖ wies folgende Schwächen auf: Die FPÖ musste bereits zu Beginn mit einem angeschlagenen Image in den Wahlkampf gehen. Vor allem der Spitzenkandidat und Parteiführer H.C. Strache wurde am Anfang des Wahlkampfs als „Haider-Kopie“ gesehen, da auch die Partei selbst mit alten Ideen in den Wahlkampf starten wollte. Zu Beginn des Wahlkampfs wurden viele verschiedenen Themen der FPÖ angeführt, jedoch ihre Kernkompetenzen kamen nicht richtig zum Vorschein. Die Chancen der FPÖ waren jedoch nicht ausgeschlossen, denn die FPÖ lag vor allem bei Umfragen bei ca. 7 % mit einem Potential bis zu 10 %. H.C. Strache so stand fest, würde dies als Erfolg verkaufen und könnte somit mit Stärke in die Nationalratswahl 2006 gehen. Als zweite Chance wurde

---

<sup>159</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien.-  
[http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/WahlkampfInWien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/WahlkampfInWien.pdf)

<sup>160</sup> Herbert Kickl (2007): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S.80.

in Betracht gezogen, dass zum Beispiel die SPÖ als regierende Partei eine Wohlfühl-Kampagne führte und die Themen wie Arbeitslosigkeit und Bildung nicht anführen wollte, wurde dieser Weg des Protestwählerspektrum für die FPÖ ohne Konkurrenz geöffnet.<sup>161</sup>

## 4.2 Wahlergebniss und Wählermotive der FPÖ

Auffallend war, dass sich das Interesse am Wahlkampf 2006 sehr in Grenzen hielt. Anfang August waren nur 17 Prozent der Bevölkerung am Wahlkampf selbst interessiert. Das Niveau vom Wahlkampf 2002 konnte nicht erreicht werden. Gekennzeichnet war dieser Wahlkampf von einem hohen Anteil an schwankenden Wählern. Grund dafür war vor allem die hohe Unsicherheit innerhalb der österreichischen Bevölkerung. Diese Unsicherheit war gezeichnet „ (...) durch eine rückläufige Bindungskraft der Parteien, die die Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei immer weniger von tradierten Einstellungsmustern und Verhaltensweisen abhängig macht. Nur etwa jeder zweite österreichische Wähler weist eine (positive) emotionale Identifikation mit einer Partei auf und für etwas drei Viertel des Elektors stellt die regelmäßige Stimmabgabe für nur eine Partei keine politische Selbstverständlichkeit mehr dar. Die Praxis des Parteiwechsels – auf bundesweiter wie regionaler Ebene- wird inzwischen von der Mehrheit der Wähler ausgeübt.“<sup>162</sup>

Innerhalb der FPÖ waren zu früheren Zeiten noch drei unterschiedliche Wählerschichten sichtbar. Diese waren neben den Negativ- und Anti-Regierungswählern, die Trendy-Wähler und zuletzt die Nationalen Wähler. Nach den Turbulenzen d.h. der Abspaltung des BZÖ sind vor allem die so

---

<sup>161</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien.- [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/WahlkampfInWien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/WahlkampfInWien.pdf)

<sup>162</sup> Fritz Peter/Ulram A. Plasser (2007): Wählerbewegungen und Parteikampagnen. In: Fritz Ulram/Peter Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S.30.



genannten Nationalen Wähler übrig geblieben. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes der FPÖ stand vor allem, dass verschiedene Wählerschichten mobilisiert werden sollten. Unterschiedlichste Wählergruppen standen hier im Vordergrund: neben den Stammwählern, welche die Basis des Wahlerfolges darstellten, galt es auch die ehemalige FPÖ- Wähler zu erreichen.<sup>163</sup>

Aus der Sicht der Wählerschaft wählten diese die FPÖ aus folgenden Gründen. Erstens aufgrund ihrer Stellung in Bezug auf die Zuwanderungsfrage und zweitens aufgrund ihrer Zusicherung, härter gegen die Kriminellen in Österreich vorzugehen. Für die FPÖ Wählerschaft waren gerade diese Positionen der FPÖ in Hinblick auf die Immigrationspolitik und der Kriminalitätsbekämpfung entscheidende Motive, ihre Stimme der FPÖ zu geben. Andere Gründe warum die Wählerschaft gerade die FPÖ gewählt haben, war auch eine generelle Unzufriedenheit mit dem Angebot der anderen Parteien.<sup>164</sup>

Die Stellung der FPÖ nach den Nationalratswahlen 2006 war überraschend. War die FPÖ, nach der BZÖ-Spaltung, nur mehr mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten, konnte die Partei nun an absoluten Stimmen gewinnen und 21 Mandate im Nationalrat erlangen.<sup>165</sup>

„Etwa ein Fünftel oder 93 000 der FPÖ- Wähler 2002 gingen diesmal nicht zur Wahl. Weitere 75 000 Wählerinnen und Wähler wanderten zum BZÖ ab. Die FPÖ verzeichnete die geringste Behalterate von allen erneut angetretenen Parteien: So wählten diesmal knapp die Hälfte (49%) der FPÖ- Wähler des Jahres 2002 wieder die FPÖ, die anderen wechseln zu

---

<sup>163</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien.-  
[http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/WahlkampfInWien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/WahlkampfInWien.pdf)

<sup>164</sup> Vgl. Fritz Ulram/Peter A. Seeber/Gilg Plasser (2007): Was Wähler(innen) bewegt Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen. In: Fritz Ulram/Peter A. Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S.182.

<sup>165</sup> Vgl. Christoph Nitsch/Sigrid Salfinger/Birgit Hofinger (2006): Alles Bawag oder was? Kampagnen, Wählerströme und Motive der Nationalratswahl 2006. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S.144.

einer anderen Partei oder bleiben der Wahlurne fern. Große Gewinne erzielt die FPÖ vor allem von den Großparteien mit jeweils über 100 000 Stimmen.“<sup>166</sup>

Hierbei hat sich die Frage in den Mittelpunkt gestellt was der Hauptgrund für diese Zugewinne der FPÖ war. Vor allem durch die propagierte Ausländerpolitik sowie damit in Verbindung stehende Skepsis des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, war einer der Hauptgründe der Zugewinne und auch die zentralen Antriebsfelder für 57 Prozent der FPÖ-Wähler.

„Es fiel auf, dass die FPÖ- Anhänger in der geschlossenen Fragestellung (vierstufige Antwortskala) allen Themenbündeln eine zumindest leicht überdurchschnittliche Wichtigkeit zuweisen. Allerdings zeigt sich bei deroffen gestellten Fragen nach den Wahlmotiven, bei der keine Antwortkategorien vorgegeben waren, dass der Zuwanderungsstopp bzw. eine härtere Politik gegenüber Ausländerinnen und Ausländern bei den Wählerinnen und Wählern der FPÖ eine herausragende Rolle spielen: Sechs von zehn FPÖ- Wählern nannten in der untergestützten Frage als Wahlmotiv die Ausländerpolitik, ein Viertel die Verhinderung des EU-Beitritts der Türkei. In den Antworten auf die offen gestellten Frage nach den Beweggründen für die Wahl der FPÖ fanden im Jahr 2006 weder der Versuch der FPÖ, sich im Wahlkampf als „soziale“ Partei zu propagieren, noch die Anti- Establishment- Rhetorik aus früheren Jahrzehnten in nennenswertem Ausmaß Wiederhall.“<sup>167</sup>

Aufgefallen ist, dass die österreichische Wählerschaft nicht mehr sehr stabil ist, sondern sich mobil gemacht hat. Am Wählermarkt in Österreich gewinnen die Wahlstrategien und Wahlkampagnen der einzelnen Parteien jedoch weiterhin an Bedeutung. Bevorzugt hierbei sind jedoch vor allem

---

<sup>166</sup> Vgl. Christoph Ogris/Günther Salfinger/Brigitte Hofinger (2007): What goes up must come down. Wählerströme und Wahlmotive bei der Nationalratswahl 2006. In: Fritz Ulram/Peter A. Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S. 199.

<sup>167</sup> Ebenda, S. 210.

die kleineren Parteien. Wie es mit den Parteien in anderen Länder, wie zum Beispiel in der Schweiz aussieht, soll nun in meinem nächsten Kapitel weiter behandelt werden.

## **5 Die Nationalratswahl der Schweizer Volkspartei (SVP) 2007**

Der Rechtspopulismus beherrscht die politische Arena seit Jahren in Europa. Nicht nur die Freiheitliche Partei in Österreich hat während ihrem Wahlkampf bei den Nationalratswahlen 2006 für Aufregung gesorgt, sondern auch die Schweizer Volkspartei stand bei den Nationalratswahlen in der Schweiz im Jahre 2007 im Mittelpunkt der Diskussionen. Dieses Kapitel soll nun das Phänomen des Rechtspopulismus in der Schweiz genauer darstellen. Ähnlich wie in Österreich hat die Schweizer Volkspartei mit ihren Wahlplakaten bei den Nationalratswahlen 2007 für Trubel innerhalb der Bevölkerung gesorgt. Die Analyse dieser Wahlplakate wird in einem der Unterkapitel genauer erörtert werden.

Der Grund für die Auswahl der Schweizer Volkspartei im Vergleich zur Freiheitlichen Partei Österreich liegt darin, dass sich auch innerhalb dieser Partei ein stetig ansteigender Erfolgskurs gebildet hat. In der Schweiz hat sich diese Partei zu einem ernstzunehmenden Gegner im politischen System entwickelt. Obwohl noch vor einigen Jahren die Politlandschaft in der Schweiz weniger von Personen gekennzeichnet wurde, änderte sich diese Situation mit dem Aufkommen der Person von Christoph Blocher. Wie kaum ein anderer Politiker in der Schweiz hat er es geschafft, der Schweizer Volkspartei zu ihrem Aufstieg zu verhelfen. Blocher war auch der Grund für den politischen Wandel den die Schweiz in den letzten Jahren erlebt hat. Der erste Teil dieses Kapitels soll sich mit der Gründung und Entwicklung der Schweizer Volkspartei auseinandersetzen. Hierbei wird auch das schweizerische Regierungssystem kurz erklärt werden, da dieses System im Vergleich zu Österreich einen Sonderfall darstellt. Weiters wird kurz die Parteiorganisation angeführt, da hier im Vergleich

zur FPÖ in Österreich auch gewisse Unterschiede vorhanden sind. Die Führungspersönlichkeit des Christoph Blocher wird ein weiteres Unterkapitel bearbeiten. Im Vordergrund steht jedoch die Nationalratswahl 2007 in der Schweiz, wo die SVP unter ihrem Vorsitzenden Christoph Blocher einen großen Wahlerfolg erzielen konnte und seit dem 21. Oktober 2007 eine starke Nationalratsfraktion darstellt. In diesem Zusammenhang soll vor allem folgende Fragestellung im Mittelpunkt stehen: Hat die SVP bei den Nationalratswahlen 2007 in der Schweiz ähnliche Wahlstrategien und Wahlthemen wie die FPÖ bei den Nationalratswahlen 2006 in Österreich angewendet?

## **5.1 Die Schweizer Volkspartei (SVP)**

Was die Schweizer Volkspartei von anderen Parteien in Europa unterscheidet ist, dass sie bereits auf eine lange Geschichte zurückblicken kann. Diese Geschichte wurde vor allem durch den Erfolg den die Partei im Laufe der Zeit erreicht hatte geprägt. Dieser Erfolg der SVP hat jedoch auch dazu geführt, dass die politische Landschaft in der Schweiz verändert wurde. Wenn man sich mit dem Phänomen der Schweizer Volkspartei auseinandersetzen will, ist vor allem wichtig, dass das staatspolitische System der Schweiz zuerst ansatzweise erläutert wird.<sup>168</sup>

„Das schweizerische Regierungssystem wird in den klassischen Einführungen zur Vergleichenden Regierungslehre zu Recht als Sonderfall klassifiziert. Im Geiste des „Non-Zentralismus“ ist die Bundesgewalt von den 26 Kantonen und den Gemeinden in einer Weise beschränkt, die den Begriff des Föderalismus noch rechtfertigt. Die Aufspaltung des Landes in einen deutschsprachigen Teil, der drei Viertel der Bevölkerung umfasst, einen französischen Teil von etwas einem Fünftel, das italienischsprachige Tessin (ca. 5 Prozent) sowie die in Graubünden

---

<sup>168</sup> Vgl. Elisabeth Mettauer (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken, S. 34.

ansässige rätoromanische Bevölkerungsgruppe spiegelt auch Unterschiede in der Wertorientierung wieder: der deutschsprachige Teil, in dem Blochers SVP verwurzelt ist, ist deutlich konservativer und wirtschaftsliberaler orientiert als der sozialdemokratische wohlfahrtsstaatlich geprägte welsche Landesteil. (...) Neben der Sozialdemokratischen Partei (SPS) sind dies drei bürgerliche Parteien: die Christlich-Demokratische Volkspartei (CVP), die vor allem in den kleinen deutschsprachigen Urkantonen überwiegend katholische Wähler vereint, die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), die eher laizistisch ausgerichtete Bürgerliche anspricht, und die Schweizer Volkspartei (SVP), welche erst seit dem Jahre 1971 unter ihrem heutigen Namen auftritt.“<sup>169</sup>

In der Schweiz wird der Bundesrat als das Exekutivorgan gesehen. Vertreten sind die vier großen Parteien: die Sozialdemokraten (SPS), Freisinnig- Demokratische (FDP), Christdemokratische- Volkspartei (CVP) und die SVP. „Aufgrund der seit 1959 geltenden „Zauberformel“ stellen SP, CVP und FDP je zwei, die SVP einen Bundesrat in der siebenköpfigen Bundesregierung, die von den beiden Parlamentskammern unter Beachtung eines sorgfältig austarierten Sprachen- und Regionalproporz in gemeinsamer Sitzung gewählt wird.“<sup>170</sup> Jeder Bundesrat ist einem Kollegialitätsprinzip ausgesetzt. Das heißt, egal welcher Partei dieser Bundesrat angehört, die Mitglieder müssen gemeinsame Beratungen durchführen und diese politische Geschäfte als Gemeinschaft nach außen hin vertreten können. Wird eine Entscheidung intern gefällt, dann muss eine Unterstützung der jeweiligen anderen Mitglieder erfolgen. Da jedoch ein ausgeprägtes föderalistisches und direktdemokratisches System in der Schweiz vorherrscht, ist jeder Bundesrat dazu verpflichtet, dass bei politischer Entscheidungsfindung die Bevölkerung und die einzelnen Kantone zustimmen. Diese Zustimmung ist wichtig, bevor der Bundesrat die eigenen Entwürfe umsetzen kann. Die Schweizer Volkspartei

---

<sup>169</sup> Hans Jörg Hennecke (2003): Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S. 146-147.

<sup>170</sup> Ebenda, S.146-147.

beherrschte dieses direktdemokratische System hervorragend. Denn sie nutze diese Volksinitiative geschickt aus, um die Stimmung welche gerade in der Bevölkerung vorherrschte abzuwägen und somit die Durchsetzung der eigenen Angelegenheiten auf nicht-parlamentarischen Weg zu ermöglichen.<sup>171</sup>

### 5.1.1 Gründung und Entwicklung der SVP

Als letzte der heutigen Regierungsparteien wurde die SVP unter ihrem heutigen Namen am 22. September 1971 aus bäuerlichen und bürgerlich-kleingewerblichen Bewegungen gegründet.<sup>172</sup>

Ursprünglich ging die SVP aus der schweizerischen Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) hervor. Die BGB entstand im Jahre 1917 in Zürich. Nach der Abspaltung von der damaligen Freisinnigen Partei wurde sie im Jahre 1918 auch in Bern gegründet. Der Grund für die damalige Abspaltung lag vor allem in der Unzufriedenheit der Landwirte mit der FDP.<sup>173</sup> Eine Erweiterung der Partei erfolgte im Jahre 1921 durch einen so genannten Gewerbeflügel. Im Jahre 1936 kam es zu einem landesweiten Zusammenschluss der Kantonalparteien, das heißt zu einer gesamtschweizerischen BGB. Obwohl die BGB bereits seit dem Jahre 1929 in der Regierungskoalition von Freisinnigen und Christdemokraten mit einem Bundesratssitz vertreten waren. Danach, wie bereits erwähnt, kam es zur Gründung der SVP als so genannte Nachfolgepartei der BGB. Weiterhin konnte die Schweizer Volkspartei einen Bundesratsitz stellen.<sup>174</sup> „Mit dieser Regelung wurde auch die so genannte Zauberformel fortgesetzt, die seit 1959 bestimmt, dass je zwei Bundesratssitze in der

---

<sup>171</sup> Vgl. Elisabeth Mettauer (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken, S. 34-35.

<sup>172</sup> Vgl. Hans Jörg Hennecke (2003): Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S. 146-147.

<sup>173</sup> Vgl. Wolf Linder (1999): Schweizerische Demokratie. Institutionen-Prozesse-Perspektiven. Wien, S. 104.

<sup>174</sup> Vgl. Elisabeth Mettauer (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken, S. 35.

schweizerischen Allparteienregierung auf SPS, FDP und CVP und ein Sitz auf die traditionell kleinste Partei BGB bzw. SVP entfallen. Die Sicherung dieser Allparteienregierung durch die Zauberformel soll vor allem den Interessenausgleich innerhalb der Schweizer Politik garantieren und die Prinzipien von Konkordanz, Konsens und Kompromiss festigen.“<sup>175</sup>

Der Zusammenschluss der SVP 1971 sollte der Partei vor allem eine Verstärkung mitbringen. Die Namensänderung sollte jedoch eine Wandlung der Partei, nämlich von einer Klientelpartei (Landwirtschaft, Gewerbe und freie Berufe) zu einer Volkspartei, bewirken. Der große Wirkungseffekt der neuen Partei ließ jedoch auf sich warten. Nach den Wahl Niederlagen in den 70er und 80er Jahren war die SVP, wenn das prozentuale Wahlergebnis in Betracht genommen wird, die deutlich schwächste Bundespartei in der Schweiz mit ungefähr ca. 11 Prozent.<sup>176</sup>

Doch auch diese Niederlage wurde überstanden.

„Der Anfang der SVP Erfolgsgeschichte wurde dann letztendlich gerade im Kanton Zürich gemacht, wo sich Christoph Blocher seit der Präsidentschaftsübernahme der rebellischen Zürcher SVP 1977 als charismatischer und volksnaher Anführer präsentierte, der kontroversielle bzw. bisher tabuisierte Themen ansprach und auf diese Weise den großen Parteien das Leben schwer machte. Obwohl Blocher dadurch die SVP auf nationaler Ebene immer bekannter machte, ließ der erhoffte landesweite Durchbruch immer noch auf sich warten.“<sup>177</sup>

Spätestens ab den 90er Jahren begann sich ihre Niederlage und Position deutlich zu ändern. Die Gründe dafür lagen vor allem an dem Wandel der Partei, nämlich hin zu einer Partei der bürgerlichen Mitte. Sie schaffte es die nationalkonservativen Positionen mit neoliberalistischen Ideen zu

---

<sup>175</sup> Ebenda, S. 35.

<sup>176</sup> Vgl. Christoph Herold (2003): Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP). Deutschland, S. 4.

<sup>177</sup> Ebenda, S. 36.

kombinieren.<sup>178</sup> „Auf nationaler Ebene begann der Aufstieg der SVP 1986 mit ihrer erfolgreichen Kampagne gegen die UNO- Mitgliedschaft der Schweiz und erreichte 1992 einen ersten Höhepunkt mit ihrer nicht minder erfolgreichen Kampagne gegen den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).“<sup>179</sup> Als einzige Regierungspartei wandte sich die SVP gegen einen Beitritt der Schweiz zum EWR. „Am Ende der längsten und intensivsten Abstimmungskampagne, die die Schweiz je erlebt hatte, gewann die Partei einen knappen Sieg gegen die vereinte politische Elite des Landes und blockierte damit den vorgezeichneten Weg zur Integration der Schweiz in die EU.“<sup>180</sup>

Vor allem im Kanton Zürich konnte die SVP ihre Verteidigung für eine neutrale und unabhängige Schweiz mobilisieren. Und etablierte sich bald darauf zur stärksten Partei im Kanton Zürich. Mit der Zeit gelang es der SVP in den Sachfragen wie Asylrecht, Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern zunehmend (Protest-)Wähler von sich zu überzeugen. So wechselten auch viele Wähler zur SVP die sich durch die Parteien wie FDP und CVP nicht mehr vertreten fühlten. Auch die Bedeutung der Kleinparteien änderte sich drastisch, da viele zur SVP wanderten.<sup>181</sup>

„Die SVP gewann die nächsten drei Wahlen und erhöhte dabei ihren Wähleranteil von ungefähr 11 Prozent bei den Wahlen von 1991 auf 26,7 Prozent beim Urnengang von 2003.“<sup>182</sup>

Bei den Wahlen im Jahr 1999 schaffte die SVP einen Sprung ganz nach oben. Mit 22,5 Prozent wurde sie gemeinsam mit den Sozialdemokraten zur stärksten politischen Kraft im Land. Deutlich an Stimmen legte die SVP bei den Parlamentswahlen 2003. Mit 26,6 Prozent überholte sie sogar die Sozialdemokraten. Das bisher erfolgreichste Wahlergebnis, auf

---

<sup>178</sup> Christoph Herold (2003): Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP). Deutschland, S. 5.

<sup>179</sup> Hanspeter Lachat/Romain Selb/Peter Borschier/Simon Helbling/Marc Kriesi (2005): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich, S. 4.

<sup>180</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>181</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Schweizerische\\_Volkspartei](http://de.wikipedia.org/wiki/Schweizerische_Volkspartei)- 09. November 2008

<sup>182</sup> Hanspeter Lachat/Romain Selb/Peter Borschier/Simon Helbling/Marc Kriesi (2005): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich, S.3.



nationaler Ebene erzielte die SVP jedoch bei den Nationalratswahlen 2007. Eine genaue Analyse dieser Nationalratswahlen 2007 wird in den nächsten Kapiteln genauer bearbeitet werden.<sup>183</sup>

Im Hinblick auf die Themenwahl, versuchte die SVP von Wahl zu Wahl sich vehement gegen den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union durchzusetzen. „Die SVP positionierte sich als einzige größere Partei in der Nähe der Wählerschaft, die gegen eine politische Öffnung der Schweiz ist. Ähnlich verhält es sich mit Ausländerfragen. Denn eine restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik waren Teil ihrer Forderungen. Auch hier positionierte sich die SVP abseits von den anderen großen Parteien und spricht somit die Wähler an, die eine restriktive Ausländerpolitik wünschen.“<sup>184</sup> Ausschlaggebend für ihr Ergebnis war auch die Kombination von Themen mit Personen, das heißt, die SVP hat in dem Nationalrat, Unternehmer Christoph Blocher eine „charismatische Führerfigur“ gesehen.<sup>185</sup> Denn der langjährige Kantonalpräsident hat wie kein anderer die Erfolgsgeschichte der SVP mitbestimmt. Er hat es geschafft jene politische Veränderung in der Schweiz durchzuführen, der die Partei heute ihre führende Position auf der politischen Ebene verdankt.<sup>186</sup>

### **5.1.2 Christoph Blocher und die SVP**

Christoph Blocher wurde am 11.10.1940 in Schaffhausen geboren. Er entstammte aus einem agrarisch geprägten Milieu. Von 1955- 1959 führte Blocher eine landwirtschaftliche Lehre durch. Nach diesem Praktikum holte er von 1961-1963 seine Matura nach, um danach ein Studium der

---

<sup>183</sup> Vgl. Ebenda, S.3.

<sup>184</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>185</sup> Vgl. Christoph Herold (2003): Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP). Deutschland, S. 6.

<sup>186</sup> Vgl. Elisabeth Mettauer (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken, S. 37.

Rechtswissenschaften zu absolvieren. Nach seinem Studium wird er Aufsichtsrat und danach zum Besitzer der EMS- Chemie AG. Er wird als erfolgreicher Unternehmer gesehen und galt als Firmenbesitzer als einer der reichsten Schweizern. Seine politische Kampagne wurde mit seinem privaten Vermögen finanziert. In den Jahren von 1977- 2003 war Blocher Präsident der Schweizer Volkspartei des Kanton in Zürich und wurde von 1979- 2003 zum Mitglied des Nationalrates gewählt. Im Jahr 1982 gründete Blocher die Arbeitsgruppe südliches Afrika (ASA) wo er auch als Präsident tätig war. Von 1985-2003 war er Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS).<sup>187</sup>

Diese Interessengruppen der Schweiz wird als ein außerparteiliches Sprachrohr bezeichnet. Diese beruht auf den Unabhängigkeits- und Neutralitätsartikeln der Schweizer Verfassung und steht vor allem für eine Verhinderung des Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union. Auch der Kampf gegen Asylmissbrauch ist eines von den wesentlichen Zielen dieser Organisation.<sup>188</sup>

Als Redner und Diskussionsteilnehmer sowie mit finanziellen Beiträgen trug er wesentlich zum Erfolg der SVP in Kantonen und im Bund bei. Was viele Wähler an Christoph Blocher fasziniert, ist vor allem seine harte Durchsetzungsmöglichkeit. Auch seine einzigartige Fähigkeit, neue Begriffe zu prägen und diese dann an die Öffentlichkeit zu führen, welche sich dann so in die Alltagssprache einschleichen, ist ebenfalls für viele Völker attraktiv. Zum Beispiel brachte er den Begriff der „classe politique“ in das Bewusstsein der Schweizer.<sup>189</sup> „Dieser Begriff ist zu einem Kampfbegriff geworden. Mit solchen Begrifflichkeiten versucht Blocher, den Graben zwischen der Regierung bzw. den anderen Parteien und den Wählern zu vertiefen. Sich selbst betrachtet er jedoch nicht s

---

<sup>187</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph\\_Blocher](http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph_Blocher)- 09. November 2008

<sup>188</sup>Vgl. Christoph Herold (2003): Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP). Deutschland, S. 6.

<sup>189</sup> Vgl. Elisabeth Mettauer (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken, S. 53.

dieser politischen Klasse zugehörig, vielmehr überzeugte er das Volk, dass er und seine SVP noch die einzig verbleibende Alternative zur „class politique“ darstellen. Andreas Iten bescheinigt Blocher damit jedoch keine inhaltliche Überzeugungsarbeit, sondern lediglich die Fähigkeit zur rhetorischen Manipulation.“<sup>190</sup>

„Freunde und Gegner Blochers gestehen ihm übereinstimmend ausserordentliche rhetorische Fähigkeiten und große politische Breitenwirkung zu; nicht selten wurde er deswegen als Volkstribun bezeichnet. Dabei polarisiert er wie kein anderer Schweizer Politiker. Während sein Engagement gegen eine Integration der Schweiz in supranationale Organisationen und für eine Verschärfung des Asylrechts von seinen Anhängern als legitime Reaktion auf undemokratische Machtansprüche und kriminelle Machenschaften verstanden wird, werfen ihm seine Gegner und der überwiegende Teil der Medien demagogischen Stil, Populismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Seit seiner Wahl in den Bundesrat kommt es vermehrt zu Diskussionen über Sinn und Inhalt des Kollegialitätsprinzips und der Gewaltentrennung. Am Tag nach seiner Abwahl machten die übrigen Fraktionen seinen mangelnden Respekt vor den Institutionen, seine bereits erwähnte Doppelrolle als Oppositionsführer und Regierungsmitglied wie auch den von seinen Anhängern betriebenen Personenkult als Hauptgründe für die Ablehnung einer Wiederwahl geltend.“<sup>191</sup>

Christoph Blocher hat es geschafft während den Wahlkämpfen, seine rhetorische Macht durchzusetzen. Er hat dadurch versucht Missstimmungen in der Bevölkerung anzukurbeln, um danach das größtmögliche Kapital zugunsten der SVP zu erlangen.

---

<sup>190</sup> Ebenda, S. 55.

<sup>191</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph\\_Blocher](http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph_Blocher)- 09. November.2008

### 5.1.3 Populistische Mechanismen der SVP

Die Schweizer Volkspartei versucht durch unterschiedliche Mechanismen und kommunikativen Strategien ihr Wahlvolk bei den Wahlen, beziehungsweise schon beginnend bei den Wahlkämpfen, zu ködern. Die populistischen Manöver gehören unterschiedlichsten Prinzipien an. In diesem Kapitel soll nun kurz dargestellt werden wie die SVP versucht ihre kommunikative Strategie anzuwenden. Ziel dieser Strategien ist es, mit dem Wähler in ein Kommunikationsverhältnis zu treten.

Auch die SVP versucht eine Freund-Feind-Darstellung und eine Erstellung von Sündenböcken und Feindbilder zu erstellen. Bei der Konstruktion von Feindbildern und Sündenböcken, werden auch bei der SVP im speziellen „Ausländer“ für die schlechten Zustände in der Gegenwart und für ungelöste Probleme verantwortlich gemacht. Dies zeigt zum Beispiel die Wahlkampagne der SVP im Jahr 1999, welche sich gegen Asylanten und Ausländer richtete. Die SVP warb mit Wahlplakaten, die an Veröffentlichung des Stürmer im Dritten Reich erinnerte. Auf diesen Wahlplakaten war ein Mann zu sehen, vom Typ ein „krimineller bärtiger Ausländer“, der eine Schweizer Fahne zerissen hatte. Als Argument führte die Partei an, dass diese Kampagne aus besonderen Gründen in der gesamten Schweiz durchgezogen werden musste. Blocher führte an, dass das Plakat nur die ungeschminkte Wahrheit gezeigt hatte. Viele Kriminelle würden sich unter Vortäuschung von Asylgründen unberechtigt in der Schweiz aufhalten und 90 Prozent der Asylsuchenden hätten keinen Anspruch. Für Blocher stand fest: Proteste gegen die Wahrheit müsse man eben in Kauf nehmen.<sup>192</sup>

Das Ausländerthema stellt für die SVP schon seit Jahren eine Wichtigkeit dar. Denn da das Land wie es die Schweiz ist im Grunde aus drei unterschiedlichen Bevölkerungsteilen besteht, diese auch durch Sprache

---

<sup>192</sup> Vgl. Hans Henning Scharsach (2002): Rückwärts nach recht. Europas Populisten. Christoph Blocher: Polarisierung als politisches System. Wien, S. 140-147.

und Kultur teilweise unterschiedlich sind, scheint für die SVP dieses Thema zur Normalität zu gehören.<sup>193</sup>

„Das Ausländer- und Asylproblem wird in der SVP- Programmatik jedoch nicht nur als reine Zahlenspielerei verwertet, sondern geschickt in Verbindung zu anderen gesellschaftlichen Grundproblemen gebracht: „Diebstahl, Einbruch und Gewalt auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln und sogar an den Schulen sind trauriger Alltag geworden. Kriminaltouristen nützen unsere löchrigen Grenzen und Drogendealer aus aller Herren Länder missbrauchen unser Asylrecht.“<sup>194</sup> Einen Höhepunkt brachte auch der Wahlkampf im Jahre 2003. Hier wollte die SVP folgendes Inserat schalten: „Milliarden für Asyltouristen, Milliarden für EU-Träumer, Kriminelle verhätscheln und jeden fraglos einbürgern. Aufgrund des großen Medienaufruhrs und auch innerparteilichen Streitigkeiten wurde die Schaltung gestoppt und mit dem Titel „Wir Schweizer sind immer die....“ gedruckt. Jedoch war offensichtlich klar welche Absicht dahinter gesteckt hatte. Christoph Blocher unterstellt den Asylwerbern zunehmende Disziplinlosigkeit.“<sup>195</sup>

Eine weitere Strategie welche auch die SVP anwendet ist: „Nimm dir kein Blatt vor den Mund!“ „Rede, wie dir der Schnabel gewachsen ist. Ohne diese These scheint eine populistische Rhetorik wie bereits bei der FPÖ angeführt wurde nicht auskommen zu können.“<sup>196</sup> Im Gegensatz zu den anderen Parteien, welche laut rechtsstehenden Parteien immer nur um den heißen Brei herumreden, zeigt sich die SVP ebenfalls wie bereits erwähnt die FPÖ ungeniert, nennt die Dinge beim Namen.

Vor Jahren versuchte die SVP ihren politischen Gegner mit dem Slogan: „Das haben wir den Linken und den „Netten“ zu verdanken: Mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst.“ Die SVP versuchte hiermit die

---

<sup>193</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>194</sup> Ebenda, S. 76.

<sup>195</sup> Vgl. Christoph Schilling (1994): Blocher. Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers. Zürich, S. 114.

<sup>196</sup> Frank Decker (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen. S. 166.

Schuld den gegnerischen Parteien zuzuschieben, dass in der Schweiz Kriminalität und Asylmissbrauch vorherrschte.“<sup>197</sup>

„Die SVP wusste von Anfang an, dass wenn sie sich „kein Blatt vor dem Mund nimmt“, einen öffentlichen Aufschrei verursachen würde und besonders Politiker der anderen Parteien heftig darauf reagieren würden. Gerade dieses Wissen nutzte sie wohl dazu aus, um deren Reaktionen wiederum zu polemisieren und sie der Zensur bzw. Einschränkung der Redefreiheit zu bezichtigen. Dem Wähler sollte auf diese Weise dargelegt werden, wie sich die politische Elite als Sittenwächter aufspielt und jenen, die diesen Zustand anprangern, den Mund verbieten will.“<sup>198</sup>

Eines der Kernthemen der SVP war auch das Thema der Europäischen Union. Die SVP wusste welche Argumente sie an die Bevölkerung richten musste, um vor allem „gegen die da oben“ zu handeln. Blocher definierte die Europäische Union als eine „intellektuelle Fehlkonstruktion“ und „ein Produkt intellektueller Einbildungskraft“. Er versuchte den Standpunkt zu vertreten, dass durch einen Beitritt der Schweiz zur EU viele verschiedene Geschichten, Kulturen und Identitäten aufeinander treffen würden und dies für Wirtschaft und Politik nicht förderlich wäre. Es würde das Ende der Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz bedeuten. Für Blocher stand fest: „Wer seine Neutralität aufgibt, ist entweder ein Trottel oder Österreicher!“<sup>199</sup>

## **5.2 Die Nationalratswahl der SVP 2007**

Die Wahlen im Jahre 2003 führten die Schweizer Volkspartei zur wählerstärksten Partei. Mit 64 Frauen und Männern, zog die SVP in das Parlament ein. Nach langen Diskussion, wählte die Bundesversammlung

---

<sup>197</sup> Vgl. Elisabeth Mettauer (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken. S.57.

<sup>198</sup> Ebenda, S.57.

<sup>199</sup> Vgl. Ebenda, S. 91.

neben Samuel Schmid, Christoph Blocher zum zweiten SVP- Vertreter in den Bundesrat. Diese Wahl bedeutete nach 44 Jahre eine Veränderung der so genannten „Zauberformel“. Nachdem Blocher in das Amt gewählt wurde, wurde der Bundesrat von einem anderen Diskussionsklima geführt. Zum Beispiel wurde das strategische Ziel des EU- Beitritts der Schweiz nicht weiter diskutiert, sondern man sprach nur mehr von einer „längerfristigen Option“. Das bisher erfolgreichste Wahlergebnis erreichte die SVP jedoch bei den Nationalratswahlen am 21. Oktober 2007. Gegenüber den Wahlen von 2003 konnte der Wähleranteil noch einmal erhöht werden. Der Grund für diesen Erfolg waren vor allem die starken Zugewinne im Gebiet der deutschsprachigen- und französischen Schweiz. Genau dieser Erfolg war sehr bemerkenswert. Eine genaue Analyse dieser Nationalratswahl am 21. Oktober 2007 soll nun durchgeführt werden. Da im Vordergrund meiner Arbeit auch die Schweizer Volkspartei steht, wird sich dieses Kapitel nun mit folgenden Fragestellungen auseinandersetzen:

Mit welchen Mitteln hat die SVP versucht wahlzuwerben? Hat die SVP anhand ihrer Plakate und Wahlkampagne versucht, sich als jene Partei zu positionieren, die den Ängsten der Bürger entgegenwirken soll? Hat die SVP ähnliche Themen wie die FPÖ in Österreich verwendet?

Die Schweizer Nationalratswahl 2007 war stark geprägt von der Schweizer Volkspartei. Bei den Wahlkampagnen war sichtbar, dass die SVP im Gegensatz zu den anderen Parteien dominierte. Die gegnerischen Parteien hatten sichtlich Schwierigkeiten neben der SVP ihre eigenen Anliegen innerhalb der Bevölkerung anzubringen. Im Mittelpunkt der SVP stand zu Beginn des Wahlkampfes eine genaue Situationsanalyse vorzunehmen. Aus den strukturellen Begebenheiten wurde dann eine Wahlstrategie für die Nationalratswahl 2007 aufgebaut. Vor allem die

Festlegung spezieller Maßnahmen und die Schaffung neuer Botschaften wurden erarbeitet.<sup>200</sup>

Schwerpunkt der Kampagne der SVP war in der ersten Phase bis Ende August 2007 die Anforderung einer konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Dieses Thema wurde anhand eines Aufsehens erregenden Wahlplakates mit dem Titel „Sicherheit schaffen“ verbreitet. Die genaue Darstellung dieses Plakates wird ausführlich im nächsten Kapitel behandelt. In der zweiten Phase zwischen Ende August und dem Wahltag am 21. Oktober bildete die Person Christoph Blocher den Schwerpunkt der SVP- Kampagne. Er mobilisierte für die SVP außergewöhnlich. „Noch bevor die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates Anfang September SVP- Bundesrat Christoph Blocher wegen dessen Amtsführung im Zuge des Abgangs von Bundesanwalt Valentin Roschacher kritisierte, ging die SVP Ende August präventiv in die Offensive und unterstellte den anderen Parteien einen Geheimplan zur Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat. Diesen gelte es durch die Stärkung der SVP bei den Wahlen zu verhindern.“<sup>201</sup>

Die Endphase des Wahlkampfes 2007 wurde geprägt durch Ausschreitungen die sich Anfang Oktober in Bern stattgefunden haben:

„Auf eine seit langem angekündigte Demonstration zur Schlussmobilisierung der SVP reagierten linke Gruppierungen mit einem Aufruf zu einer Gegendemonstration, welche nicht bewilligt wurde. Es kam daraufhin in der Stadt Bern zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Demonstranten und der Polizei sowie zu starken Sachbeschädigungen auf dem Bundesplatz, die SVP wurde gehindert, ihren Demonstrationzug durch die Stadt Bern durchzuführen.“<sup>202</sup>

---

<sup>200</sup> Vgl. SVP-Klartext. Die Zeitung des Mittelstandes.

[http://www.svp.ch/index.html?page\\_id=23&node=101&level=0&l=2](http://www.svp.ch/index.html?page_id=23&node=101&level=0&l=2) – 13.11.2008

<sup>201</sup> Georg Lutz (2008): Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne, S. 1.

<sup>202</sup> Ebenda, S. 1.



Welche Wahlstrategien und Wahlthemen die SVP jedoch genau bei ihrer Wahlkampagne verwendet hat, damit wird sich jetzt mein nächstes Unterkapitel genauer auseinandersetzen.

### **5.3 Die Nationalratswahlkampagne der SVP- Wahlstrategie, Wahlthemen und Wahlplakate**

Mit welchen Mitteln hat die SVP bei den Nationalratswahlen 2007 versucht wahlzuwerben? Diese Fragestellung soll im Laufe dieses Kapitels genauer erörtert werden.

Nach der Festlegung der Werbestrategie ging die erste Phase der Kampagne der SVP folgendermaßen los: als Wahlhilfe wurden in der SVP zum allerersten Mal CD- Manual für alle Kandidaten, eine nationale Website und abwechslungsreiche Schulungsangebote entwickelt.<sup>203</sup>

Auch eine Erneuerung in Bezug auf die Werbeartikel hat stattgefunden zum Beispiel: „eine SVP- Feldwerbung mit großflächiger, natürlicher Werbung an exponierten Verkehrswegen wie an einer Anflugschneise oder entlang der Bahn. Auch ein Computerspiel „Zottel rettet die Schweiz“ wurde entwickelt. Weiters folgte ein Werbefilm namens „Himmel oder Hölle“, der den Schweizern die Tragweite der Wahlen aufzeigte. Es wurde auch eine Wahlhotline eingerichtet, um eine Dienstleistung der Bevölkerung zu gewährleisten.“<sup>204</sup>

Vor dem richtigen Start der Wahlkampagne, hatte sich die SVP zum Ziel genommen, den vereinigten Linken eine Niederlage zu erteilen. Bei der Abstimmung über die 5. Revision wurde die Botschaft der SVP „Missbrauch stoppen“ verstanden und so konnte die Abstimmung positiv zugunsten der SVP erfolgen.

---

<sup>203</sup> Vgl. SVP-Klartext. Die Zeitung des Mittelstandes.

[http://www.svp.ch/index.html?page\\_id=23&node=101&level=0&l=2](http://www.svp.ch/index.html?page_id=23&node=101&level=0&l=2) – 13.11.2008

<sup>204</sup> Ebenda.

Die SVP versuchte bereits zu Beginn der Wahlkampagne ihr genaues Ziel und ihr Programm für die Nationalratswahl 2007 der Bevölkerung in der Schweiz zu präsentieren. Konkret stellte die SVP folgende Punkte vor, für die sie sich einsetzen wollte, einige Punkte sollen kurz angeführt werden. Die SVP setzt sich ein für:

- „eine demokratische und eigenständige Schweiz, damit Sie auch morgen noch das Sagen haben
- eine vielfältige, freie und weltoffene Schweiz, die sich nicht auf die EU fixiert
- weniger Asylrechtsmissbrauch und Zuwanderung zum Sozialsystem
- mehr Sicherheit im Alltag und in Zukunft durch eine konsequente Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus
- wenige teuren Aktivismus des Staates und damit weniger Schulden und tiefere Schuldzinsen.
- die Sicherung der Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs
- tiefere Krankenkassenprämien durch eine Entschlackungskur für unser Gesundheitssystem
- bessere Verkehrsinfrastrukturen, damit Sie nicht im Stau stecken bleiben
- den Schutz des Lebens und der traditionellen Familie als Kern der Gesellschaft.“<sup>205</sup>

Da gerade die Wahlplakate als essentielles Hauptwerbemittel galten, werden diese nun genauer dargestellt und erörtert. Es sollen die Botschaften dieser Wahlplakate genau analysiert werden:

Am 1. August begann in der SVP die zweite Phase der Wahlkampagne. Folgendes Plakat sollte das Thema der Ausländerkriminalität anführen.

---

<sup>205</sup> Wahlplattform 2007-2011. Mein Zuhause- unsere Schweiz. S. 5.



Abbildung 7: „Sicherheit schaffen“ Wahlplakat der SVP 2007 (Quelle: <http://www.svp.ch>-07.11.2008)

Vor allem wurde mit dem Wahlplakaten versucht, die Themen der Partei bekannt zu geben. Es wurde versucht vor allem kurze Slogans zu verwenden. Sichtbar hierbei ist, dass immer häufiger Slogans mit auffälligen Worten zur Marktpositionierung genutzt werden, um sowie die SVP die Wählerschaft viel schneller und direkter erreichen zu können.

Das Thema der SVP der kriminellen Ausländer wurde durch eine entsprechende Initiative und durch ein Aufsehen erregendes Plakat unterlegt. Auf diesem Plakat abgebildet sind drei weiße Schafe, die ein schwarzes Schaf aus der Schweiz verwerfen. Diese Slogan löste im Land Skandal aus. Die SVP wollte mit diesem Plakat folgende Botschaft verbreiten nämlich, dass der größte Teil der Personen, die in der Schweiz Asyl begehren, keine Flüchtlinge sind. Laut SVP erhoffen sich diese einen besseren Lebensstandard in der Schweiz zu bekommen. Jedoch leben viele von der Sozialhilfe, handeln mit Drogen und werden kriminell. Aus diesem Grund forderte die SVP ein konsequenteres Durchgreifen zur Unterbindung der Missbräuche und Missstände im Asylwesen.<sup>206</sup>

„Die SVP hat als einzige Partei davor gewarnt, dass die Schweiz mit dieser laschen Zuwanderungspolitik an die Grenze ihrer Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft kommt. Dies hat weder etwas mit Ausländerfeindlichkeit noch mit Abschottungspolitik zu tun,

<sup>206</sup> Vgl.Ebenda, S. 42-44.

sondern mit echter Sorge um die Stabilität der Gesellschaft.“<sup>207</sup> In diesem Zusammenhang versucht die SVP durchzusetzen, dass das Ausländergesetz verschärft wird. Es sollen hier auch die finanziellen Mittel für die Integration gekürzt werden, denn nur damit kann eine Einbürgerung der Ausländer erschwert werden.

Auch bei der Wahlkampagne 2007 versuchte die SVP eine außenpolitische Abschottung durchzuführen, indem sie den Beitritt der Schweiz zur EU nach wie vor vehement verweigerte. Sie versuchte der Bevölkerung einzutrichtern, dass mit einem Beitritt der Schweiz zur EU die Unabhängigkeit, der Föderalismus, die direkte Demokratie und die immerwährende und integrale bewaffnete Neutralität verloren gehen würde. Die Ablehnung begründet die SVP stets damit, dass die EU eine „intellektuelle Fehlkonstruktion“ und ein „Produkt intellektueller Einbildungskraft“ wäre.<sup>208</sup> „Neuerdings strebt die EU auch eine gemeinsame Armee an. Damit würde der EU- Beitritt auch den Beitritt zu einem künftigen Militärbündnis und damit den Verlust der vierten Säule unseres Sonderfalls, der dauernd bewaffneten, immerwährenden, integralen Neutralität bedeuten. (...) Die EU hat rasant vergrößert und scheint ihre Grenzen nicht mehr zu kennen. Wohin führt Europa? Über den Bosphorus und den Ural hinaus? Gehören islamische Mittelmeerstaaten wie Marokko, Tunesien oder die Türkei auch zum europäischen Raum? Wo die EU enden soll, weiss keiner der Europa-Architekten so genau. Dies muss uns weiterhin kritisch stimmen.“<sup>209</sup>

„Am 18. August trafen sich alle Kandidatinnen und Kandidaten zusammen mit den Sektionen zum legendären ausserordentlichen Parteitag im Basler Musical- Theater. Der „Vertrag mit dem Volk“ wurde unterzeichnet und die Partei in einer ganz speziellen Atmosphäre auf die „heiße“ dritte Phase des Wahlkampfes vorbereitet.“<sup>210</sup>

---

<sup>207</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>208</sup> Vgl. Ebenda, S. 11-12.

<sup>209</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>210</sup> Vgl. SVP-Klartext. Die Zeitung des Mittelstandes.

[http://www.svp.ch/index.html?page\\_id=23&node=101&level=0&l=2](http://www.svp.ch/index.html?page_id=23&node=101&level=0&l=2) – 13.11.2008



Abbildung 8: „Vertrag mit dem Volk“ Wahlplakat der SVP 2007  
(Quelle: <http://www.svp.ch>- 07.11.2008)

Mit der Einführung dieses Plakates wurden mehrere Botschaften in den Mittelpunkt gestellt wie Zuwanderung, Asylwesen, EU und Steuern. Mit diesen Plakaten wurde versucht teilweise die Ängste der Bürger zu schüren wie zum Beispiel die Gefahr der EU- Erweiterung mit dem Beitritt der Schweiz. In Hinblick auf das Themengebiet der Steuern und Abgaben führte die SVP ihre Standpunkte klar an wie zum Beispiel soll die Erhöhung der bisherigen Steuern, Gebühren und Zwangsabgaben bekämpft werden. Auch die Forderung einer Steuerentlastung des Mittelstandes durch Steuersenkung wurde angeführt.<sup>211</sup>

Das Ende der Wahlkampagne sollte mit dem Slogan „Schweiz stärken- SVP wählen“ enden. Da Christoph Blocher jedoch von ständigen Angriffen der Linken geplagt war, beschloss die SVP ihren Slogan in „Blocher stärken- SVP wählen“ umzuändern.

---

<sup>211</sup> Vgl. Wahlplattform 2007-2011. Mein Zuhause- unsere Schweiz.



Abbildung 9: „Blocher stärken! SVP wählen!“ – Wahlplakat der SVP 2007  
(Quelle: <http://www.svp.ch>- 07.11.2008)

Die Textierung dieses Plakats folgte dem Prinzip „so einfach wie möglich, aber jedoch nicht einfacher“. Gearbeitet wird im Hintergrund mit der schweizer Fahne und im Mittelpunkt steht der Bundesrat Christoph Blocher.

#### 5.4 Wahlergebniss und Wählermotive der SVP

Bei den Nationalratswahlen 2007 in der Schweiz ist aufgefallen, dass die Wahlbeteiligung gegenüber dem Jahr 2003 angestiegen ist. Jedoch liegt sie mit 48.3 Prozent nach wie vor unter dem Durchschnitt für nationale Wahlen in anderen Demokratien. Da in der Schweiz zwei bis dreimal pro Jahr Volksabstimmungen durchgeführt werden, muss die Bevölkerung in der Schweiz durchaus öfters zur Wahlurne gehen. Wie bereits erwähnt wurden die Wahlen in der Schweiz 2007 stark von der SVP dominiert und geprägt. Die anderen Parteien hatten Schwierigkeiten ihre Wahlthemen und Wahlstrategien ihren Wählern zu vermitteln. Dies dürfte auch ein Grund für den Erfolg der SVP bei den Wahlen 2007 gewesen sein. Jene Partei, welche im Wahlkampf die größte Aufmerksamkeit erregte, konnte sich am 21. Oktober 2007 zu den Gewinnern zählen. Denn die SVP aber

auch die Grünen gingen als klare Sieger hervor. Mit fast 29 Prozent Wähleranteil konnte die SVP ein Rekordergebnis erreichen. Seit dem Jahre 1919 wo das Proporzsystem eingeführt wurde, hatte noch keine Partei eine so große Zustimmung erhalten. Das Volk hatte entschieden und dies klar zugunsten der SVP. Diese Wahl hat gezeigt, dass die SVP Wähler anscheinend ihrer Partei ein deutlich größeres Vertrauen für die Lösung politischer Probleme geben, als die Wählerschaft der anderen Parteien.

Vor allem das Thema Ausländer und Migration waren das wichtigste Problem für die SVP- Wählerbasis. Wurden für die SVP die Schlagworte wie Kriminalität und Sicherheit als generelles Problem gesehen, wurden diese Schlagworte in der Wählerschaft als so genanntes Ausländerproblem wahrgenommen. Auffallend an diesem Wahlergebnis war, dass die SVP vor allem von der FDP viele Wählerstimmen erhalten hat. Im Vergleich zur Wahl in Jahre 2003 konnte die SVP bei Personen mit einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss zulegen. Der SVP gelang es bereits zum fünften Mal in Folge, ihren Stimmenanteil im Nationalrat zu steigern.

Parallel mit den Nationalratswahlen fanden auch die Ständeratswahlen statt. Im Vergleich zu den Nationalratswahlen zeigten diese ein anderes Bild. Nach wie vor stehen die CVP und FDP im Vordergrund, obwohl diese im Nationalrat bereits zu den kleineren Bundesratsparteien zählen. „Der SVP ist es auch 2007 nicht gelungen, ihren Stimmenzuwachs im Nationalrat der letzten 12 Jahre in Ständeratssitze umzusetzen; Im Gegenteil hat die SVP gegenüber 2003 sogar einen Sitz eingebüßt.“

Wenn man die Wahlmotive näher anführen möchte so ist in der Schweiz aufgefallen, dass als wichtigster Grund für die Wahlteilnahme der Wunsch nach Mitbestimmung angegeben wurde. Erst an zweiter Stelle wird die Beteiligung aus Tradition oder Pflichtbewusstsein angeführt. Aufgefallen ist, dass gerade bei der Wählerschaft der SVP die Person Christoph Blocher gut ankam. Obwohl in der Schweiz bei Parlamentswahlen

Bundesratsmitglieder nicht im Vordergrund stehen, spielt diese Persönlichkeit für die Wahrnehmung und das Image der Partei eine wichtige Rolle. Tatsache ist, dass Christoph Blocher bei der Wählerschaft sehr beliebt war. Jedoch ist ausgeschlossen, dass die Personen die Christoph Blocher nicht mögen trotzdem die SVP wählen würden. Der SVP ist bei den Wahlen auch gelungen ehemalige Nicht-Wähler zu mobilisieren. Das soll jedoch nicht heißen, dass die SVP unter den Nicht-Wählern nicht beliebt war. Im Gegenteil denn die SVP war unter den Nicht- Wählern teilweise noch beliebter als bei den Wählern selbst.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage warum die SVP solch einen Erfolg erzielen konnte?

„Welche Themen den Wählerinnen und Wählern unter den Nägeln brennen, ist für den Wahlerfolg einer Partei mindestens genauso wichtig wie die Positionierung der Parteien auf diesen Themen. Wenn viele Menschen sich Sorgen um die Umwelt machen, dann ist das für die Grüne Partei am vorteilhaftesten, weil sie am ehesten als jene Partei wahrgenommen wird, die dieses Problem lösen könnte. Wenn viele die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer oder der Asylwerber als problematisch empfinden nützt das am ehesten der SVP.“

Bei den Nationalratswahlen 2007 standen die Themen wie Ausländer, Migration, Asyl im Vordergrund der SVP. Dieses Thema zeigte innerhalb der Wählerschaft große Relevanz. Aus diesem Grund bekam die Kampagne der SVP einen großen Bedeutungszuwachs. Die SVP versuchte jene Wähler zu erreichen, welche sich Sorgen um die Immigration machen. Diese Bedeutung der Wahlthemen war ein gute Indikator für den Wahlerfolg.



## 6 Conclusio

Zwischen der Freiheitlichen Partei Österreich und der Schweizer Volkspartei lassen sich Parallelen aber auch Kontroversen zeigen. Da in meiner Arbeit die Nationalratswahl der FPÖ 2006 und die Nationalratswahl 2007 der SVP genau dargestellt wurden, soll nun kurz analysiert werden, welche Vergleiche beziehungsweise Unterschiede zwischen der FPÖ und SVP vorherrschen. Ein Vergleich zwischen diesen Parteien soll sich jedoch nicht nur auf die Nationalratswahlen 2006 bzw. 2007 konzentrieren, sondern auf mehreren Ebenen erfolgen. Es soll versucht werden die unterschiedlichsten Bereiche anzuführen.

In Europa wird die SVP auf der Seite der rechten Parteien zu den Erfolgreichsten gezählt. Jedoch wurde dieser Umstand weder in Europa noch direkt in der Schweiz am Anfang richtig realisiert. Denn selbst der große Erfolg den Christoph Blocher im Bereich des Asylgesetzes in der Schweiz erreicht hatte, wurde nur kurz in den Medien der anderen Nachbarländer dokumentiert und wahrgenommen. Der Grund warum diese Partei zu den erfolgreichsten zählt ist: keine rechtspopulistische Partei hat es bisher geschafft, wie es die SVP geschafft hat. Mit fast 29 Prozent Wähleranteil bei den Nationalratswahlen 2007 konnte die SVP ein Rekordergebnis erreichen. Seit dem Jahre 1919 wo das Proporzsystem eingeführt wurde, hatte noch keine Partei eine so große Zustimmung erhalten. Trotz Regierungsantritt von Christoph Blocher war nur ein geringer Teil des Wählerzuspruchs und der Mobilisierungsfähigkeit verloren gegangen. Seit diesem Ergebnis der SVP wird sie in Europa vor allem im Bereich der internationalen Rechtspopulismusforschung als interessanter Sonderfall bezeichnet.<sup>212</sup>

Im Vergleich zur FPÖ kann gesagt werden, dass die Wahlen 2006 für die FPÖ keine Leichtigkeit waren. Denn vor allem nach den Streitereien

---

<sup>212</sup> Vgl. SVP-Klartext. Die Zeitung des Mittelstandes.  
[http://www.svp.ch/index.html?page\\_id=23&node=101&level=0&l=2](http://www.svp.ch/index.html?page_id=23&node=101&level=0&l=2) – 13.11.2008

zwischen FPÖ und BZÖ befand sich die FPÖ in schwierigen Turbulenzen. Durch die Abspaltung des BZÖ blickte man jedoch vorausschauend dem bevorstehenden Wahlkampf entgegen. Die Stellung der FPÖ nach den Nationalratswahlen 2006 war überraschend. War die FPÖ, nach der BZÖ-Spaltung, nur mehr mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten, konnte die Partei mit 11 Prozent nun an absoluten Stimmen gewinnen und 21 Mandate im Nationalrat erlangen.<sup>213</sup>

Da die Darstellung dieser beiden Parteien eine Reihe von Ähnlichkeiten zeigt, sollen diese nun kurz angeführt werden. Eine Ähnlichkeit ist, dass sowohl die FPÖ als auch die SVP keine neugegründeten Parteien sind, was soviel heißt wie, die Parteien „ (...) transformierten sich aus bereits seit Jahrzehnten existierenden, im jeweiligen nationalen politischen Feld aber relativ randständigen Formationen in rechtspopulistische und nachfolgend bei Wahlen sehr erfolgreiche Parteien. Ihr sich über mehr als ein Jahrzehnt (und beinahe im Gleichschritt) vollziehender Aufstieg hatte jeweils eine erhebliche Dynamisierung des nationalen politischen Feldes zur Folge und mündete schließlich, bei Stimmenanteilen von jeweils 25 Prozent, in vollumfängliche Regierungsbeteiligungen auf nationaler Ebene.“<sup>214</sup> Beide Parteien haben diesen Wechsel jedoch unterschiedlich bewältigt. Denn die FPÖ hatte kurz nach ihrem Regierungseintritt im Jahre 2000 mit einem Abstieg zu kämpfen. In den Folgejahren musste die FPÖ bei fast allen Wahlen auf Bundes,- Landes,- und kommunaler Ebene Stimmen einbüßen. Große Turbulenzen und eine Parteispaltung waren das Endergebnis. Demgegenüber hat die SVP nach dem Regierungseintritt von der Führerfigur Christoph Blocher noch keinen ernsthaften Schaden erhalten. Bis jetzt blieben innerparteiliche Konfrontationen aus, bei den regionalen Wahlen konnte die SVP ihre

---

<sup>213</sup> Christoph Nitsch/Sigrid Salfinger/Birgit Hofinger (2006): Alles Bawag oder was? Kampagnen, Wählerströme und Motive der Nationalratswahl 2006. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien. S. 144.

<sup>214</sup> Oliver Geden (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden, S. 47.

Stimmenanteile in etwa halten und einige wichtige nationale Volksabstimmungen für sich bestimmen.<sup>215</sup>

„Dass die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe beider Parteien nach ihrem Regierungseintritt nicht allein auf ihre jeweils spezifische Konstitutionen zurückzuführen sein können, zeigt schon ein flüchtiger Blick auf das politische Tagesgeschäft in beiden Ländern. Obgleich sowohl Österreich als auch die Schweiz aufgrund ihrer Prägung durch konsensorientierte Verhandlungsmodi häufig als Konkordanzdemokratien klassifiziert werden, differieren die politischen Felder Österreichs und der Schweiz in ihrer Struktur und den sie prägenden Dynamiken zum Teil beträchtlich.“<sup>216</sup> „Als Oppositionsparteien setzten sowohl die FPÖ als auch die SVP massiv und erfolgreich auf die Diskursivierung ethnischer Identitäten, wobei der dem „Fremden“ ein weitaus höherer Stellenwert beigemessen wurde als der Thematisierung des „Eigenen“. Dementsprechend verknüpfen sich diese Deutungsangebote vornehmlich mit den Feldern der Ausländerpolitik und der Inneren Sicherheit. Was sich in der Oppositionsphase als Mobilisierungsstrategie bestens bewährt hat, gelingt in der Phase der Regierungsverantwortung lediglich der SVP.“<sup>217</sup>

Obwohl beide Parteien vor ihrer sozusagen rechtspopulistischen Wendung existiert hatten, konnten diese bereits vorher ein stabiles Wählerpotenzial aufbauen. Der Erfolg der beiden Parteien ist eng mit dem Aufkommen ihrer Führungspersonen verbunden. Durch diese ist es gelungen politische Auseinandersetzungen durchführen zu können. Sowohl die FPÖ als auch die SVP sprechen bevorzugt Wähler an, welche eher weniger ökonomisch und kulturell orientiert sind. Auch ist bekannt, dass diese Parteien mehr von Männern als von Frauen gewählt werden. Ihr Erfolg wird geprägt durch eine konsequent durchgeführte

---

<sup>215</sup> Vgl. Ebenda, S. 45.

<sup>216</sup> Ebenda, S. 48.

<sup>217</sup> Oliver Geden (2005): Identitätsdiskurs und politische Macht: Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel FPÖ und SVP. In: Susanne Rensmann/Lars Frölich-Steffen (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S. 80.

Oppositionspolitik gegen die politische Elite.<sup>218</sup> „Der Aufschwung von FPÖ und SVP vollzieht sich zudem in relativ festgefühten konkordanzdemokratischen Strukturen und bewirkt zugleich eine deutliche Dynamisierung der Kräfteverhältnisse des jeweiligen politischen Feldes“.<sup>219</sup>

Im Hinblick auf die Wahlen 2006 und 2007 in Österreich und in der Schweiz kann gesagt werden, dass sich das Interesse der Wähler in Österreich eher in Grenzen hielt. In der Schweiz jedoch war das Interesse der Wähler im Gegensatz zum Jahr 2003 gestiegen. Die Hauptthemen der beiden Parteien, welche mit kurzen Slogans und rechter Programmatik an die Wählerschaft gebracht wurden, sind eigentlich sehr ähnlich zu beurteilen. Auch bei den Plakatkampagnen war der Unterschied marginal sichtbar. Bei beiden Parteien standen die Themengebiete wie Asylwerber, Zuwanderer, der Islam und die Europäische Union im Vordergrund. Diese galt es zu bekämpfen, um die eigene nationale Identität und Lebensweise zu behalten. Diese Botschaft wurde sowohl von Seiten der FPÖ, als auch von Seiten der SVP versucht zu vermitteln. Grafisch versuchte dies die SVP anhand des Plakates mit den drei weißen Schafen, welche das asylsuchende schwarze Schaf aus der Schweiz hinauswerfen, umzusetzen. Die FPÖ setzte diese Botschaft mit dem Plakat „Daham statt Islam“ durch. Auch das Thema des Patriotismus steht bei beiden Parteien im Vordergrund. Die einen beschwören das Österreichertum zum Beispiel mit dem Plakat „Deutsch statt nix verstehn“ und die anderen das Schweizertum und gemeinsam ist ihnen das „Deutschtum“ wichtig. Bei der SVP vor allem in den deutschsprachigen Kantonen und in der Ostschweiz.<sup>220</sup>

Auch das Thema der Europäischen Union stellte bei beiden Parteien eine Wichtigkeit dar. Während die FPÖ aus der Mitgliedschaft am liebsten

---

<sup>218</sup> Vgl. Oliver Geden (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden, S. 141.

<sup>219</sup> Ebenda, S. 141.

<sup>220</sup> Vgl. <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1722-06.November.2008>

wieder aussteigen möchte und einen Beitritt der Türkei zur EU vehement verhindern möchte, ist die Schweiz zwar der EU noch nicht beigetreten, aber die SVP setzt sich vehement gegen einen Beitritt dieser ein. Beiden Parteien versuchen ihrer Wählerschaft zu vermitteln, dass sie mit ihren Themen die einzige politische Kraft sind, welche sich für die Ängste innerhalb der Bevölkerung einsetzen.

Aus diesem Grund versuchen beiden Parteien Themen anzuführen, die die Ängste und die Sorgen der Wählerschaft berücksichtigen. Themen der Bevölkerungsaenda werden zu Wahlkampfthemen dieser beiden Parteien.

Bei beiden Parteien ist festzustellen, dass „ein Tabubruch mit Regeln der politischen Kultur bewusst in Kauf genommen wird, um die Resonanz der Massenmedien zu finden. Skandal führen zur Medienpräsenz. Des Weiteren wird ein moderner medialer Wahlkampf geführt, der mit Anzeigen, Internetauftritten, spektakulären Plakaten und Auftritten in politischen Talkshows besticht. Ein besonderes Merkmal dieser Parteien ist auch, Themen mit Personen zu verknüpfen die medial wirkungsvoll sind das psychologische und sprachliche Repertoire der politischen Rhetorik beherrschen.“<sup>221</sup> Sowohl Strache als auch Blocher wurden als charismatische Führungspersönlichkeiten herangezogen, um mit ihrer rhetorischen Überzeugung bei den Wählern zu punkten.

Es zeigen sich jedoch auch Unterschiede zwischen der FPÖ und der SVP. Obwohl für beide Parteien der Sozialismus als Hauptgegner gesehen wird, tritt im politischen Geschehen nur die FPÖ in Konkurrenz zur heimischen Sozialdemokratie. „Der nationalkonservative Kurs der SVP zielt hingegen auf die Wählerpotenziale der aus ihrer Sicht nur noch scheinbürgerlichen Mitteparteien FDP und CVP, auch wenn es ihr trotz einer gegen den Wohlfahrtsstaat gerichteten Poleritik gelingt, vermehrt auch Stimmungen

---

<sup>221</sup> Christoph Herold (2003): Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP). Deutschland, S. 15.

aus der Arbeiterschaft zu mobilisieren. Mit der Marginalisierung der Rechtsaußenparteien integriert die SVP zudem ein Wählerspektrum, das in Österreich immer schon fest in der FPÖ verankert war.“<sup>222</sup>

Oliver Geden spricht die zentralen Differenzen in der Struktur der beiden Parteien im Hinblick auf die politischen Felder an, welche laut Geden in der jeweiligen Positionierung der Regierung liegen. Er führt an:

„Während die Regierung in Österreich im Zentrum des nationalen politischen Feldes steht, bleibt der Einfluss in der Schweiz auf den der obersten eidgenössischen Behörde begrenzt. Die österreichische Bundesregierung gibt die Richtlinien der Politik weitgehend vor. Auch dort, wo ihre Gestaltungsspielräume faktisch durch Richtlinien der EU begrenzt werden, liegt die Entscheidung über deren konkrete Umsetzung bei ihr. Ihre Machtposition hat weitreichende Konsequenzen für die Arbeit und die Artikulationsmöglichkeiten der Regierungsfractionen im Nationalrat sowie für die Gestaltungsspielräume der Bundesländer. Demgegenüber bleibt der Einfluss des schweizerischen Bundesrates deutlich begrenzt, vor allem infolge der direktdemokratischen Elemente der Verfassung, der relativen Autonomie der Parlamentsfractionen sowie der föderalen Struktur des Landes, die Gemeinden und Kantone weitreichende Kompetenzen gegenüber dem Bund einräumt. Diese Unterschiede schlagen sich nicht zuletzt auch in der Arbeitsweise der jeweiligen Regierung nieder. In Österreich wird die Bundesregierung seit 1983 durchgängig von Zwei-Parteien-Koalitionen getragen, die über ein gemeinsames Arbeitsprogramm verfügen, das den Ministern und den Regierungsfractionen im Parlament die Einigung auf gemeinsam zu vertretende Kompromisslinien abverlangt. In der Schweiz hingegen wird die Linie der Regierung nicht über ein Koalitionsabkommen bestimmt, sondern durch Mehrheitsentscheide unter den sieben Bundesräten.“<sup>223</sup>

---

<sup>222</sup> Oliver Geden (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden, S. 142.

<sup>223</sup> Ebenda, S. 143.

In diesem Zusammenhang will Geden darauf hinweisen, dass für die nach außen hin ziemlich ähnlichen Parteien, eine Regierungsbeteiligung unterschiedliche Konsequenzen haben kann. Dies hängt davon ab, in welchem politischen Feld diese sich bewegen.

Im Unterschied zur SVP kommuniziert die FPÖ mit anderen rechten Parteien in Europa. „Am stärksten ist die Zusammenarbeit derzeit mit dem Vlaams Belang in Belgien sowie der Bürgerbewegung pro Köln in Deutschland. Ein zentrales Vernetzungsgremium war die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität im Europäischen Parlament, der unter anderem auch die französische Front National und die Koalizija Ataka angehörten. Lose Kontakte bestehen auch zur Schweizerischen Volkspartei, an deren Kampagnen und Aktionsformen sich die FPÖ verstärkt orientiert.“<sup>224</sup> Die SVP hingegen pflegt diese politischen Interessen nicht. Im Vordergrund der Partei steht eine gewisse Isolation, welche sie durchsetzen möchte.

Ein großer aktueller Unterschied zwischen der FPÖ und der SVP ist, dass der Schweizer Volkspartei ihre charismatische Führungsfigur abhanden gekommen ist. Das heißt, Christoph Blocher ist nicht mehr Mitglied des Berner Konkordanzsystem beziehungsweise des Schweizer Modells einer Proporzregierung. Da die Kollegen im Bundesrat der Meinung waren, dass mit Christoph Blocher keine Politik mehr zu machen sei, wurde Blocher einfach aus Amt und Würde abgewählt.<sup>225</sup> Dies geschah am 12. Dezember 2007, wo sich SP, Grüne, CVP und Vertreter der FDP zusammenschlossen und Blocher abwählten. „Damit setzten sie einen jähen Schlussstrich unter das System der Konkordanz. Die anderen Parteien schickten die SVP in die Opposition: Seit Dezember 2007 hat die SVP keinen Vertreter mehr in der Landesregierung. Die Bundesräte Samuel Schmid und Eveline Widmer sind nicht Mitglied der SVP-Fraktion.“<sup>226</sup> „Dass eine Regierungsbeteiligung die Rechten vor eine Zerreißprobe stellt, hat sich in Österreich (und der Schweiz) in jüngster

---

<sup>224</sup> [de.wikipedia.org/wiki/FPÖ-06.November.2008](http://de.wikipedia.org/wiki/FPÖ-06.November.2008)

<sup>225</sup> Vgl. <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1722-06.November.2008>

<sup>226</sup> [http://www.svp.ch/index.html?&page\\_id=37&node=32&level=1&l=2-06.November.2008](http://www.svp.ch/index.html?&page_id=37&node=32&level=1&l=2-06.November.2008)

Vergangenheit schon gezeigt. In der Wählergunst nachhaltig geschadet hat es ihnen aber weder in Bern noch in Wien.“<sup>227</sup>

Lange Zeit wurde diskutiert, wie es die rechten Parteien in Europa schaffen, ihren Erfolg stetig fortführen zu können. Obwohl bereits beide Parteien Misserfolge einstecken mussten, wurde der Kampf erneut weiter geführt. Die Ursachen für die Erfolge der beiden Parteien, welche sie bei den Nationalratswahlen 2006 in Österreich und bei den Nationalratswahlen 2007 in der Schweiz erzielen konnten, können sowohl aufgrund ihrem politischen Handeln, als auch aufgrund ihrer richtigen Strategie erklärt werden. Im Mittelpunkt der Politik dieser beiden Parteien steht der Versuch, eine fundamentale Konfliktlinie im politischen System aufzubauen. Auf der einen Seite steht das Volk als sozusagen einziger politischer Vertreter. Es wird versucht ein „Wir- Gefühl“ entstehen zu lassen. Ein so genanntes „Wir gegen die Anderen“. Genau dies konnten die beiden Parteien FPÖ und SVP bei ihren Wahlen durchsetzen. Sowohl FPÖ und SVP versuchten zu vermitteln, dass diese keine Eigeninteressen verfolgen würden, sondern lediglich „authentisch“ und „kompromisslos“ den Interessen der Bevölkerung nachgehen.

## **7 Ausblick**

Laut Kurt Richard Luther wird der österreichische Rechtspopulismus aufgrund von Angebotsfaktoren eine Zukunft haben. Luther stellt fest, dass verglichen mit anderen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas die FPÖ eine sehr hohe organisatorische Institutionalisierung hat. Es soll darauf hingedeutet werden, dass die FPÖ ihre Kontinuität als Partei relativ sicher behalten wird. Die FPÖ verfolgt seit dem Jahr 2005 eine auf Arbeiter ausgerichtete Strategie, mit welcher sie versuchen will, die Interessen des „kleinen Mannes“ zu ermöglichen. Aufgrund dieser Strategie wird sie versuchen der SPÖ Stimmen abzunehmen. „Ferner will

---

<sup>227</sup> <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1722-06.November.2008-06.November.2008>



die FPÖ die in letzter Zeit erneut präsenten politischen Affären (beispiel Eurofighter) zur Wiederbelebung ihrer Strukturopposition instrumentalisieren. Andererseits ist die FPÖ intern keineswegs geschlossen, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um die Jugendfotos ihres Vorsitzenden gezeigt haben. Zu teilweise auf Persönlichkeiten beruhenden Konflikten kommen auch strategische Unterschiede. So hat die Parteiführung vor der letzten Wahl die FPÖ verpflichtet, in der Opposition zu bleiben, seither jedoch angedeutet, sie könne sich vorstellen, dass die Partei bald wieder in eine Regierung eintritt.<sup>228</sup>

In Österreich ist zu beobachten, dass die einst als sehr stabil bezeichnete Wählerschaft wandlungsfähiger geworden ist. Die Wahlkampagnen und Wahlstrategien der Parteien haben an Bedeutung innerhalb der Bevölkerung gewonnen. Einen leichten Vorteil haben hier die kleineren und mobileren Parteien, wie es zum Beispiel die FPÖ ist bekommen. Sie musste jedoch ihr volles Potenzial im Hinblick auf eine konsequente und effektive Wahlstrategie vollkommen ausschöpfen, um das Wahlverhalten ihrer Wähler beeinflussen zu können.

In der SVP hingegen sieht die Situation seit der Blocher- Abwahl 2007 anders aus. Sie wird von Niederlagen geplagt und diese stellen die SVP vor eine harte Prüfung. Der Bruch den sie jetzt voraussichtlich in ihrer Erfolgskurve hinnehmen muss, stellt sie vor unabsehbare Probleme. Ob sich ihr Erfolgskurs auch ohne Christoph Blocher fortsetzen wird, wird sich zeigen. Eines ist jedoch klar, nach der Abwahl von Christoph Blocher und der Fortgang der SVP in die Opposition wird in der Schweiz vorläufig ohne Konkordanzsystem regiert. Jedoch laut Politologen muss das nicht das Ende der Konkordanz sein. Denn es könnte sogar möglich sein, dass die Partei selbst nach wie vor auf Christoph Blocher zählen kann. Er konnte trotz Abwahl seiner Partei behilflich sein, ihren Wähleranteil weiter

---

<sup>228</sup> Kurt Richard Luther (2007): Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006. In: Fritz Ulram/Peter A. : Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S. 252.

auszubauen. Da Blocher genug Eigenkapital zu Verfügung hat, wird er die Partei vielleicht finanziell unterstützen um so weiterhin Initiativen und Wahlkampagnen zu ermöglichen.<sup>229</sup>

Denn, „in Zukunft kann die SVP wieder voll auf Christoph Blocher zählen. Der von seinen Regierungsverpflichtungen "befreite" SVP-Leader könnte seiner Partei gar dazu verhelfen, ihren Wähleranteil noch auszubauen.

„In einer Demokratie sind jedoch dem Stimmenkauf Grenzen gesetzt. Die SVP könne schliesslich ihre Mitglieder nicht jeden Tag auf die Strasse schicken, um Unterschriften zu sammeln. Die SVP kann vielleicht in der Opposition noch an Wählern gewinnen, doch die zahlreichen Referenden und Initiativen könnten ihr zusetzen“, sagt Pascal Sciarini, Politologe an der Universität Genf. Dabei hänge auch viel davon ab, wie die Regierungsparteien politisieren würden.“<sup>230</sup>

---

<sup>229</sup> <http://www.swissinfo.ch/>- 12.November 2008

<sup>230</sup> Ebenda.

## 8 Literatur- und Quellenverzeichnis

BAILER-GALANDA, BRIGITTE (1987): Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Wien.

BAILER-GALANDA, BRIGITTE / NEUGEBAUER, WOLFGANG (1997): Haider und die Freiheitlichen in Österreich. Berlin.

BETZ, HANS- GEORG (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: ÖZP. Seite 251-264.

BÖHM, WOLFGANG/ LAHODYNSKY, OTMAR (2001): Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel. Seite 142-150.

BREITLING, RUPERT (1987): Populismus. In: Anton Pelinka (Hrsg): Populismus in Österreich. Wien.

DECKER, FRANK (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden. VS Verlag.

DECKER, FRANK (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen.

DECKER, FRANK (2000): Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen.

DUBIEL, HELMUT (1986): Das Gespenst des Populismus. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/Main. Seite 33-50.

ERNST, WERNER (1987): Zu einer Theorie des Populismus. In: Anton Pelinka: Populismus in Österreich. Wien, Seite 10-12

GRUNER, ERICH (1977): Die Parteien in der Schweiz. Geschichte neue Forschungsergebnisse aktuelle Probleme. Bern.

GSTEIGER, FREDY (2002): Christoph Blocher. Milliardär und Volkstribun. In: Michael Jungwirth: Haider, Le Pen & Co. Europas. Rechtspopulisten. Graz, Seite 44-61.

HARTLEB, FLORIAN (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie von Schill- Partei und PDS. Wiesbaden.

HENNECKE, HANS JÖRG (2003): Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, Seite 145-162.

HENTGES, GUDRUN / BUTTERWEGGE CHRISTOPH (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Budrich.

HEROLD, CHRISTOPH (2003): Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP). Deutschland, Seite 3-28.

HOFINGER, CHRISTOPH / OGRIS GÜNTHER / SALFINGER BRIGITTE (2006): What goes up must come down. Wählerströme und Wahlmotive bei der Nationalratswahl 2006. In: Fritz Ulram/Peter A. Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, Seite 195-211.

HOFINGER, CHRISTOPH / SALFINGER SIGRID / SALFINGER BIRGIT (2006): Alles Bawag oder was? Kampagnen, Wählerströme und Motive der Nationalratswahl 2006. In: Thomas Toth/Barbara Hofer (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, S. 135-151.

KICKL, HERBERT (2006): Einer gegen alle anderen. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zu Nationalratswahl. Wien, Seite 71-81.

KRÄH, GERD (1996): Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Frankfurt/Main.

KRIESI, HANSPETER / LACHAT ROMAIN / SELB PETER / BORNSCHIER SIMON/ HELBLING MARC (2005): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich. Verlag Neue Züricher Zeitung

LEDERER, ANDREAS (2007): It's advertising, stupid! – Strategien und Praktiken politischer Werbung im Nationalratswahlkampf 2006. In: Fritz Urlam/Peter A. Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, Seite 39-76.

LINDER, WOLF (1999): Schweizerische Demokratie. Institutionen-Prozesse-Perspektiven. Wien.

LUTHER, KURT RICHARD (1997): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Herbert Dachs: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien.

LUTHER, KURT RICHARD (2007): Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986-2006. In: Fritz Urlam/Peter A. Plasser (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien.

METTAUER, ELISABETH (2008): Wir Schweizer sind immer die Neger! Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihr Hang zum Rechtspopulismus. Saarbrücken.

MINKENBERG, MICHAEL (1998): Die Erneuerung der radikalen Rechten in westlichen Demokratien: USA, Frankreich und Deutschland im Vergleich. In: Helmut Fröchling/Wolfgang Gessenharter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch- ideologischen Raumen? Opladen.

MÖLZER, ANDREAS (2006): Neue Männer braucht das Land. Heinz-Christian Strache im Gespräch mit Andreas Mölzer. Wien. W3 Verlagsgesellschaft.

MÖLZER, ANDREAS (2005): Was bleibt von der Dritten Kraft? Wien.

NOHLEN, DIETER/ SCHULTZE, RAINER-OLAF (2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München. Seite 749.

OCIEPKA, BEATA (2005): Populismus und Massenmedien. Anmerkungen zur Rolle der Medien. In: Rudolf Hoffmann/Anna von Thadden: Populismus in Europa- Krise der Demokratie? Göttingen, Seite 31- 42.

ÖTSCH, WALTER (2002): Haider light. Handbuch für Demagogie. Wien.

PELINKA, ANTON (1974): Die Großparteien und der Rechtsextremismus. In: Brigitte Neugebauer/Wolfgang Bailer-Galanda (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien.

PELINKA, ANTON (2005): Die FPÖ: eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Susanne Rensmann/Lars Frölich-Steffen (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, Seite 87-105.

PIRINGER, KURT (1982): Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien.

PLASSER, FRITZ / ULRAM, PETER A. (2007): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien.

PLASSER, FRITZ / ULRAM, PETER A. / SEEBER, GILG (2007): Was Wähler(innen) bewegt Parteien,- Themen- und Kandidatenorientierungen. In: Fritz Ulram/Peter A. Plasser: Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, S. 155-191.

PUHLE, HANS JÜRGEN (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, Seite 15-43.

REISIGL, MARTIN (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus. Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Susanne Rensmann/Lars Frölich-Steffen (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, Seite 51-66.

REISIGL, MARTIN (2005): Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbiederungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer Politikerinnen. In: Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität. Wien, Seite 148-198.

RENNER, FRANZ (2007): Die Qual der Fernsehwahl. In: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hrsg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zu Nationalratswahl. Wien, Seite 119-135.

SCHARSACH, HANS HENNIG (2002): Rückwärts nach rechts. Europa Populisten. Christoph Blocher: Polarisierung als politisches System. Wien, 140-147.

SCHIEDEL, HERBERT (2007): Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien. Edition Steinbauer.

SCHILLING, CHRISTOPH (1994): Blocher. Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers. Zürich. Limmat Verlag.

SOTTOPIETRA, DORIS (1998): Phänomen Rechtspopulismus. Wien. Czernin Verlag.

UITZ, HERMANN / FRITZL, MARTIN (1975): Kritische Anmerkungen zur so genannten Lagertheorie. In: ÖZP, Seite 327.

VOGLMAYR, IRMTRAUD (1999): Politik online. Österreichische Parteien im Internet. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Neue Medien und Politik. Innsbruck, Seite

VON THADDEN HOFFMANN/ANNA RUDOLF (2005): Populismus in Europa- Krise der Demokratie? Göttingen, Seite 7-10.

WANDRUSZKA, ADAM (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Heinrich Benedikt (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien.

WERZ, NIKOLAUS (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen.

### **Internetquellen:**

Georg Lutz (2008): Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. In:

LEICHT, ROBERT (05.05.2004) In:

[www.zeit.de/2004/15/Robert\\_Leicht\\_05\\_04\\_04](http://www.zeit.de/2004/15/Robert_Leicht_05_04_04)



Österreichische Gesellschaft für Politberatung und Politikentwicklung (2005): Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien. In: [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/3\\_wahlen/Wahlkampf\\_in\\_Wien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/3_wahlen/Wahlkampf_in_Wien.pdf)- 29.09.2008

SVP-Klartext. Die Zeitung des Mittelstandes. In: [http://www.svp.ch/index.html?page\\_id=23&node=101&level=0&l=2](http://www.svp.ch/index.html?page_id=23&node=101&level=0&l=2) – 13.11.2008

[http://de.wikipedia.org/wiki/Heinz-Christian\\_Strache](http://de.wikipedia.org/wiki/Heinz-Christian_Strache)- 29.09.2008

[http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl\\_in\\_%C3%96sterreich\\_2006](http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2006)- 29.09.2008

[http://de.wikipedia.org/wiki/Schweizerische\\_Volkspartei](http://de.wikipedia.org/wiki/Schweizerische_Volkspartei)- 09.11.2008

[http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph\\_Blocher](http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph_Blocher)- 09.11.2008

<http://de.wikipedia.org/wiki/FPÖ>- 06.11.2008

[http://www.svp.ch/index.html?&page\\_id=37&node=32&level=1&l=2](http://www.svp.ch/index.html?&page_id=37&node=32&level=1&l=2)- 06.November 2008

<http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1722>- 06.November.2008

### **Zeitungsquellen:**

40 Jahre Freiheitliche Partei Österreich, S. 13.

Die Freiheitlichen in Kärnten/BZÖ: 30 Jahre Jörg Haider. Sein Weg. S..

Neue Freie Zeitung. Nummer 17 Mittwoch 27. April 2005. S. 1

Neue Freie Zeitung Nummer 7 16. Februar 2006 S. 4

## 9 Anhang

### A.1 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

**Abbildung 1:** „Der Patriot, Er für Euch“- FPÖ Wahlplakat 2006

Quelle: eigene Fotografie vom 26.09.2006



**Abbildung 2:** „Sozialstaat statt Zuwanderung“- FPÖ Wahlplakat 2006

Quelle: eigene Fotografie vom 24.09.2006



**Abbildung 3:** „Heimat statt Schüssel & Brüssel“- FPÖ Wahlplakat 2006

Quelle: eigene Fotografie vom 24.09.2006



**Abbildung 4:** „Wahlplakate der FPÖ 2006“

Quelle: <http://www.politikberatung.or.at>- 07.11.2008



**Abbildung 5:** „Daham statt Islam“- Wahlplakat der FPÖ 2006

Quelle: <http://www.politikberatung.or.at> - 07.11. 2008



**Abbildung 7:** „Sicherheit schaffen“ Wahlplakat der SVP 2007

Quelle: <http://www.svp.ch>- 08.11.2008



**Abbildung 8:** „Vertrag mit dem Volk“ – Wahlplakat der SVP 2007

Quelle: <http://www.svp.ch>- 07.11.2008



**Abbildung 9:** „Blocher stärken! SVP wählen!“ – Wahlplakat der SVP 2007

Quelle: <http://www.svp.ch>- 07.November 2008



**Tabelle 1:** kurzer Ausschnitt aus dem Ranking der TV- Debatten zur Nationalratswahl 2006

			Seher	MA in %	RW in %
1.	Diskussion der Spitzenkandidaten	28.9.	1,264 Mio.	47	18,3
2.	Schüssel-Gusenbauer	21.9.	1,148 Mio.	45	16,6
3.	Strache-Westenthaler	15.9	597,000	40	8,7

Quelle: Franz Renner (2007): Die Qual der Fernsehwahl. In: . In: Thomas Hofer/Barbara Toth (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. Wien. S. 133.

ORF. MA Marktanteil – Prozentanteil an der Gesamtzahl der Zuseher, die zu einem bestimmten Zeitpunkt fernsehen. RW Reichweite – Prozentanteil an der Gesamtzahl der Personen in TV- Haushalten, die vom ORF (über einen bestimmten Zeitraum) erreicht werden können.

## **A.2 Abstract**

Das Thema Populismus spielt seit vielen Jahren eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen vor allem die mit dem Etikett als populistisch versehenen Parteien, welche sich in Europa etabliert haben. Sei es durch ihre beachtlichen Wahlerfolge, durch ihre gewachsenen Stimmenanteile oder als wichtige, ernstzunehmende und aktive politische Akteure. Im politikwissenschaftlichen Kontext beherrscht das Phänomen des Rechtspopulismus bereits seit Mitte der 1980er Jahre die politische Arena. Parteien wie FPÖ und SVP stehen hier im Mittelpunkt der Populismusforschung. Die Arbeit beschäftigt sich mit der Nationalratswahl der FPÖ 2006 und der Nationalratswahl der SVP 2007. Es sollen die Strategien der Wahlkämpfe dieser beiden Parteien verglichen werden. Analysiert werden sollen sowohl Parallelen als auch Kontroversen dieser beiden Parteien.

## A.3 Lebenslauf

### Angaben zur Person

<b>Name</b>	Kristina Terplak
<b>Adresse</b>	<b>Khevenhüllerweg 16/5 9210 Pörtschach</b>
<b>Telefon</b>	<b>0699/11090688</b>
<b>E-Mail</b>	<b>kristina.t@gmx.at</b>
<b>Staatsangehörigkeit</b>	Österreich
Geburtsdatum	04.Januar 1985
Geburtsort	Klagenfurt
Schul- und berufsbildung	 1991 – 1995 <b>Volksschule Völkermarkt</b>  1995 – 1999 <b>Realgymnasium Völkermarkt</b>  1999 - 2004 <b>HLA Klagenfurt für wirtschaftliche Berufe</b>  seit 2004 <b>Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien</b>